Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Geschäftsstelle innerhalb Dresdens 2,50 M. (einschl. Zutragung), durch die Post im Deutschen Reiche 3 M. (ausschließlich Bestellgeld) vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. Bei Zurücksendung der für die Schriftleitung bestimmten, aber von dieser nicht eingeforderten Beiträge beansprucht, so ist das Porto beizufügen.

Dresdner Journal.

Herausgegeben von der Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Zwingerstraße 20. — Fernspr.-Anschluß Nr. 1295.

Erscheinen: Werktags nachm. 5 Uhr.

Ankündigungsgebühren: Die Zeile kleiner Schrift der 7mal gespaltenen Ankündigungs-Seite oder deren Raum 20 Pf. Bei Tabellen- und Ziffernsatz 5 Pf. Aufschlag für die Zeile. Unterm Redaktionsstrich (Eingesandt) die Textzeile mittler Schrift oder deren Raum 50 Pf. Gebühren-Ermäßigung bei öfterer Wiederholung. Annahme der Anzeigen bis mittags 12 Uhr für die nachmittags erscheinende Nummer.

№ 24. Donnerstag, den 30. Januar nachmittags. **1902.**

Amtlicher Teil.

Dresden, 30. Januar. Se. Kaiserl. und Königl. Hoheit der Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen ist gestern abend 7 Uhr 15 Minuten nach Bonn abgereist.

Dresden, 30. Januar. Se. Königl. Hoheit der Fürst von Hohenzollern ist heute vormittag 11 Uhr 6 Minuten in Dresden eingetroffen und hat im Prinzl. Palais in der Zinzendorfstraße Wohnung genommen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Straßenwärter a. D. Imhof in Gersdorf bei Hainichen das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Bekanntmachung.

Die laut Bekanntmachung vom 10. August 1869 nach Maßgabe der Verordnung vom 16. September 1856 zum Geschäftsbetriebe im Königreiche Sachsen zugelassene Versicherungsanstalt

The Gresham,
Life Assurance Society Limited zu London,

beschränkt sich seit dem 1. Januar 1902 auf die Abwickelung der vor diesem Termine abgeschlossenen Verträge und hat für diese Geschäfte Karl Max Meinberg mit dem Wohnsitze in Dresden als Hauptbevollmächtigten für das Königreich Sachsen bestellt.

Dresden, am 28. Januar 1902.

Ministerium des Innern,
Abtheilung für Ackerbau, Gewerbe und Handel.
814 **Dr. Bodel.**

Ernennungen, Versetzungen ꝛc. im öffentl. Dienste.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Zu besetzen: die zweite Lehrerstelle in St. Michaelis. Koll.: die oberste Schulbehörde. 1200 M. Grundgehalt, 300 M. perf. Zulage, 135 M. f. Turnunterricht u. fr. Wohnung m. Gartengenuß. Gesuche bis 18. Febr. an Schulrat Dr. Winkler, Freiberg; — die 2. ständ. Stelle in Grünbach. Koll.: die oberste Schulbehörde. 1200 M. Grundgehalt, 100 M. perf. Zulage, 110 M. f. Fortbildungsschule, fr. Wohnung u. Gartengenuß. Gesuche mit sämtl. Zeugnissen, einschl. eines Militärdienstausweises, bis 8. Febr. an Bezirksschulinspektor Richter, Auerbach i. V.

(Behördl. Bekanntmachungen erscheinen auch im Anzeigenteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Die Reichstags-Ersatzwahl in Döbeln.

Die Reichstags-Ersatzwahl in Döbeln hat, wie schon die Meldung in unsrer gestrigen Nummer mit Sicherheit erkennen ließ, der Sozialdemokratie bereits im ersten Wahlgange den Sieg gebracht. Nach dem jetzt vorliegenden vollständigen Ergebnis haben erhalten Fabrikant Grünberg-Hartha (Soz.) 11781, Landtagsabgeordneter Dr. Vogel-Dresden (nl.) 6119 und Gutsbesitzer Sachße-Merschwitz (kons. und B. d. L.) 5340 Stimmen. Grünberg ist somit mit 160 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt worden. Das Mandat war durch den Tod des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Lehr erledigt worden. In der Hauptwahl im Jahre 1898 erhielt dieser 5938, der Kandidat der Konservativen 5406 Stimmen, während für den Sozialdemokraten 9758 Stimmen abgegeben wurden. In der Stichwahl wurde Dr. Lehr mit 11925 Stimmen gewählt, während sich auf den sozialdemokratischen Gegenkandidaten 10681 Stimmen vereinigten. Gegen 1898 vereinigte der sozialdemokratische Kandidat 2023 Stimmen mehr auf sich, als der damalige Bewerber auf das Mandat, der derselben Partei angehörte. Wie weit dies auf örtliche oder persönliche Verhältnisse zurückzuführen sein möchte, entzieht sich vorläufig der Beurteilung. Jedenfalls aber ist auch dieser Vorgang wieder ein Beweis dafür, daß es beinahe unverantwortlich ist, wenn die nationalen Parteien sich nicht von vornherein auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen und sich den Luxus von Sonderkandidaturen gestatten mit dem Rückhalt, daß man ja im Notfalle bei der Stichwahl immer noch zusammengehen könne. Ob in diesem Falle der Bund der Landwirte oder die Nationalliberalen geglaubt haben, dem einfachsten Gebote der politischen Klugheit zuwiderhandeln zu können, sei dahingestellt; zweifellos ist das eine sicher: wenn nicht, wie in den Landesteilen mit polnischer, mit dänischer, mit sonst protestlerischer, so auch in denen mit einer von der sozialdemokratischen Wahlvorsehung aufgehetzten Fabrikarbeiterbevölkerung schon zu den Hauptwahlen die auf nationalem Boden stehenden Parteien das Opfer der gesonderten Parteiaufstellung zu bringen vermögen und auf das Getrenntmarschieren verzichten, so werden sie noch in nicht wenigen Wahlkreisen von den zielbewußten Gegnern der historisch gegebenen Ordnung der Dinge im Deutschen Reiche aufs Haupt geschlagen werden.

Die „Sächs. Arbeiterzeitung" glaubt ihrer Sache gerecht zu werden und zu dienen, indem sie schreibt, diese Wahl sei eine neue vernichtende Niederlage für die Brotwucherer! Man begreife deren brennendes Verlangen, ihr volksverderbliches Wuchergesetz mit aller Beschleunigung durch die parlamentarische Beratung durchzupeitschen, denn die Masse des „ausgepowerten" Volkes werde mit ihnen eine furchtbare Abrechnung halten.

Daß die Methode der Aufhetzung der Wähler gegen die Parteien, die den Schutz der heimischen Gütererzeugung den gegebenen Verhältnissen entsprechend ausgestalten wollen — und die man als Brotwucherer denunziert — nach Lage der Dinge erfolgreicher sei, als die der Aufklärung der politisch einsichtigen, augenblicklich aber leider teils sehr indolenten, teils mit durch den wirtschaftlichen Rückschlag in Mitleidenschaft gezogenen Angehörigen der bürgerlichen Parteien, ist wiederholt an dieser Stelle hervorgehoben worden. Wir sagten auch bereits, daß die erstere Methode noch um so größere Erfolge davontragen werde, je länger es dauere, bis der Zolltarif aus der Diskussion wieder ausgeschieden werden könne. Ob die „Sächsische Arbeiterzeitung" ein Recht dazu hat, den Mund so voll zu nehmen, wie sie es zu thun beliebt, mögen die Leser selbst entscheiden, wenn sie sich berechnen, daß der konservative Kandidat gegen die letzte Wahl allerdings 66 Stimmen weniger auf sich vereinigt hat, während der nationalliberale 181 mehr davontrug. Unsere Gesamtbeurteilung des Vorganges wird durch das Gewicht dieser Teilergebnisse selbstverständlich nicht berührt.

Der Ausbau der Flotte.

In seiner gestrigen Morgennummer veröffentlicht der „Vorwärts", das Zentralorgan der Sozialdemokratie, einen weiter unten im Wortlaut wiedergegebenen vertraulichen Erlaß des Staatssekretärs des Reichs Marineamts an die ihm unterstellte Behörde. Die Richtigkeit des Aktenstücks in der vom „Vorwärts" veröffentlichten Form ist seitens des Hrn. Staatssekretärs des Reichs-Marineamts in der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags anerkannt worden, wo der Abgeordnete Müller-Sagan die Marineverwaltung über den Inhalt interpellierte. Staatssekretär v. Tirpitz erklärte dabei den Erlaß als authentisch, bedauerte die vorgekommene Indiskretion, bez. den Diebstahl amtlich vertraulichen Materials, bekannte sich aber zu dessen Inhalt und führte aus, der Erlaß enthalte durchaus nichts Neues, sondern sei nur eine Konsequenz der Stellung des Reichs-Marineamts zum Flottengesetze. Der Hr. Staatssekretär verlas zu diesem Zwecke seine am 6. Juni 1900 im Reichstage gemachten Ausführungen über die weitere Behandlung der in dem Flottengesetze nur vorläufig zurückgestellten Ausland-Flotte. Von verschiedenen Rednern, namentlich auch von dem Abgeordneten Müller-Fulda (Z.) wurde darauf hingewiesen, daß der Erlaß nichts Erschreckendes an sich habe, da es ja nach wie vor in den Händen des Reichstags liege, zu prüfen, ob die finanziellen und sonstigen innerpolitischen Voraussetzungen, von denen der Erlaß selbst spricht, vorhanden seien, um zu einer weiteren Vermehrung unserer Flotte zu gelangen.

Eine so ruhige und sachliche Behandlung ihres neuesten Sensationsstückes hat die Sozialdemokratie wohl kaum erwartet, wenigstens hat ihr Organ die Veröffentlichung des gestohlenen Erlasses mit dem üblichen Lärm begleitet. Der Erlaß selbst lautet:

„Bei Aufstellung der Berechnungen zum jetzigen Flottengesetz diente als Grundlage für die Gesamtentwickelung der Marine lediglich der Gesichtspunkt, jährlich eine gleiche Anzahl von Schiffen in Bau zu geben, und zwar wurde das jährliche Bautempo auf

2 Linienschiffe,
1 großen Kreuzer,
3 kleine Kreuzer

festgesetzt.

Eine parallel laufende planmäßige Steigerung der Indienststhaltungen, im besonderen der möglichst beschleunigte organisatorische Aufbau der Schlachtflotte, mußte in den Berechnungen vorläufig außer acht gelassen werden, da eine dem anwachsenden Schiffsbestande entsprechende Steigerung der Indienststhaltungen für die Jahre 1905 bis 1910 so hohe Bedarfszahlen für die „Fortdauernden Ausgaben" ergeben hätte, daß die Flottenvorlage ohne neue Steuern nicht durchführbar gewesen und infolgedessen aufs äußerste gefährdet worden wäre.

Nach den bisherigen Absichten soll dem Reichstage im Winter 1904/05 eine Novelle zum Flottengesetze vorgelegt werden.

Der Inhalt der Novelle selbst wird sich zwar nur auf die zahlenmäßige Vermehrung der Auslandsschiffe erstrecken, die beizufügende Begründung aber wird

1. den Schiffsbauplan für die nächsten 5 Jahre (1906 bis 1910),
2. einen Ueberblick über die Entwickelung der Gesamtkosten der Marine innerhalb dieser Bauperiode (1906 bis 1910) geben müssen.

Falls im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reiches dies irgendwie gestatten, wird man den Versuch machen müssen, in der vorzulegenden Begründung zur Flottennovelle die planmäßige Entwickelung der Indienststhaltungen in den Jahren 1906 bis 1910 dem wachsenden Schiffsbestand und dem zu beschaffenden Berufspersonal anzupassen und zu diesem Zwecke eine ausreichende Steigerung der „Fortdauernden Ausgaben" in den Berechnungen vorzusehen.

Eine wie hohe jährliche Steigerung der „Fortdauernden Ausgaben" seinerzeit in der Reichstags-Vorlage in Aussicht genommen werden kann, ist eine staatspolitische Frage, deren Entscheidung vorbehalten bleiben muß.

Von größter Wichtigkeit aber ist es, baldmöglichst klare Anschauungen darüber zu gewinnen, welche Steigerung der Indienststhaltungen nach Maßgabe des zu beschaffenden Berufspersonals bis zum Jahre 1910 einschließlich bei normaler Entwickelung möglich ist, und welche Geldmittel dazu erforderlich sind.

Zu diesem Zwecke ersuche ich, im Einvernehmen mit den anderen beteiligten Gruppen des Hauses:

1. einen Indienststhaltungsplan nach Maßgabe des 1910 verfügbaren Schiffsbestandes und des bis 1910 bereit zu stellenden Berufspersonals (Kapitel 52),
2. den Gesamtbedarf an Militärpersonal (Kapitel 51) zur Durchführung dieses Indienststhaltungsplanes aufzustellen und mir vorzulegen.

Als Muster für den Indienststhaltungsplan ist der alljährlich für den Etat aufgestellte Indienststhaltungsplan unter namentlicher Aufführung der einzelnen Schiffe bez. Angabe des Schiffstyps zu benutzen, damit nach diesem Plan Kapitel 52 berechnet werden kann.

Eine Schiffsliste der im Jahre 1910 dienstbereiten Schiffe liegt bei.

Bei Aufstellung derselben ist angenommen, daß

1. das jetzige Bautempo von jährlich 2 Linienschiffen, 1 großem Kreuzer und 3 kleinen Kreuzern auch von 1906 bis 1910 beibehalten wird,
2. Linienschiffe und große Kreuzer 5 Jahre, kleine Kreuzer 4 Jahre, Torpedoboots-Divisionen 3 Jahre nach der Bewilligung ihre Probejahren beendigt haben und dienstbereit sind.

Bei Aufstellung des Indienststhaltungsplanes ersuche ich, im besonderen folgendes zu erwägen:

A. Auslandsschiffe.

Wir werden bis zum Jahre 1910, also für 8 Jahre, mit einer erheblichen Steigerung der Auslands-Indienststhaltungen rechnen müssen.

(Folgt ein Tableau und unter B. ein Verzeichnis der heimischen Schlachtflotte.)

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts.
(gez.) v. Tirpitz."

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt hierzu folgendes: Die vorstehende Verfügung beauftragt die Departements und Abteilungen des Reichs-Marineamts, in die Vorarbeiten einzutreten für die im Winter 1904/05 seitens der verbündeten Regierungen zu stellende Nachforderung der seinerzeit abgelehnten Auslandsschiffe. Darüber, daß im Winter 1904/05 eine derartige Vorlage in Aussicht genommen war, deren finanzielle Konsequenzen zuerst im Etatsjahre 1906/07 eintreten würden, ist seitens der Regierungsvertreter im Plenum des Reichstages gelegentlich der Beratungen des Flottengesetzes nie ein Zweifel gelassen worden. Dem „Vorwärts" giebt die Verfügung Anlaß zu nachstehenden Ausführungen: „Das vorstehende Aktenstück entwirft ein erschreckendes Bild von den moralischen Auffassungen, die der machiavellistische Marine-Absolutismus dem Reichstag und dem Volke gegenüber bethätigt. Der Reichstag wird gerade nur für wert gehalten zu zahlen und — gröblich dupiert zu werden. In erster Linie ist es ja das Zentrum, das auf diese Weise zum Narren gehalten worden ist." Der Inhalt der Verfügung des Staatssekretärs des Reichs-Marineamts, sowie die Rede desselben im Plenum des Reichstages vom 6. Juni 1900 widerlegen den Ausfall des „Vorwärts" in solcher Weise, daß weitere Worte hierüber nicht zu verlieren sind.

Wir selbst bemerken zu der Angelegenheit noch, daß es sich in diesem Erlaß in der Hauptsache nicht um neue Forderungen handelt. Es dürfte noch erinnerlich sein, daß seitens der Marineverwaltung gelegentlich der letzten Flottenvorlage auch eine Vermehrung der Auslandsflotte gefordert wurde. Diese Forderung ging seinerzeit nicht durch; der Staatssekretär des Reichsmarineamts sah sich daher veranlaßt, zu erklären, daß die Verstärkung der Auslandsflotte, da sie als unerläßlich betrachtet würde, seinerzeit wieder gefordert werden würde. Dieser Plan ist nicht aufgegeben worden, und es ist daher nicht überraschend, wenn sich die Marineverwaltung frühzeitig über die Einzelheiten dieser Vorlage klar zu werden bemüht. Hierum aber, also um diese

Kunst und Wissenschaft.

Königl. Opernhaus. — Am 29. d. Mts.: „Tell". Große Oper in vier Akten. Musik von G. Rossini.

Bedauerlicherweise war nur ein kleiner Hörerkreis Zeuge der vortrefflichen Wiedergabe, die das wirkungssichere, an schöner Musik reiche Werk am gestrigen Abend fand. In der Rollenbesetzung hatte insofern eine tiefergreifende Aenderung Platz gegriffen, als Hr. Petter zum ersten Male den Arnold sang. Die Partie erfordert ihrer musikalischen Anlage nach einen jener Sänger alten Stils, die heldischen Glanz des Organs mit dem lyrischen Schmelz der Cantilene zu vereinen wußten, mit anderen Worten Gesangskünstler mit reichem Stimmbesitz. In Deutschland wird man jetzt vergebens nach ihnen Ausschau halten. Seit den Tagen, da ein Niese den Spuren Tichatschek's folgte, haben auch wir keinen dieser echten „Heldentenöre" mehr besessen. Richard Wagner hob im Bühnengesang den Naturalismus auf den Schild, und wir stehen noch im Banne seiner Herrschaft. Insbesondere aber der tenoristische Nachwuchs trifft keinerlei Anstalten, sich von der letzteren frei zu machen. Die Gestalten der von der Gunst der Zeit getragenen Werke des Bayreuther Meisters verheißen leichtere und sicherere Erfolge, als die der alten Opern, in denen noch im Gesang das Schwergewicht der Wirkung lag. Da ist es denn gewiß schon ein Gewinn, wenn man einen Sänger findet, der mit Lust und Liebe an diese Aufgaben herangeht. Und ein solcher ist Hr. Petter. Sichtlich mit voller Hingabe war er an das Studium seiner Partie getreten, und das allein giebt ihm ein Anrecht auf eine lobende Anerkennung seiner Leistung. Die Stimme erscheint auch heute noch fleißiger Selbstschulung nach seiten einer leichteren Tonansprache wert, entwickelt sie doch in den hohen Lagen einen heldischen Glanz, den nur das Forcieren in der Wirkung beeinträchtigt. Daß aber das naturalistische Singen nicht allzulange ohne Schaden fortgesetzt werden könnte, läßt allerdings der Schleier erkennen, der bereits über dem medium liegt. In der Darstellung bot Hr. Petter in noch höherem Grade als im Gesange das Bild der Anfängerschaft, vor allem müßte er bedacht darauf sein, sein ganzes Sich-Geben repräsentabler zu machen. Neben den Debütanten stellte Frl. Abendroth eine Mathilde, die von neuem zeigte, welche echte Sangeskünstlerin unser Königl. Institut in dieser Dame besitzt. Hr. Scheidemantel als Tell bot wie immer in dieser Rolle eine Leistung hervorragender Art, ward aber auch von seinen Mit- und Gegenspielern, den Damen v. Chavanne und Rast und den Herren Wachter, Gutzschbach, Nebuschka ꝛc., trefflich unterstützt. Das Ballett, voran die Damen Hörnlein und Gäbler, sowie Hr. Bonfiglio, hatte im zweiten Akt einen Sondererfolg. Die Königl. Kapelle leistete unter Hrn. v. Schuchs Leitung Bewundernswertes. Nicht nur daß die Ouverture geradezu zündend einschlug, wurde auch sonst der orchestrale Teil in einer Feinfühligkeit geboten, die ein volles, ungetrübtes Genießen aufkommen ließ. O. S.

Residenztheater. — Am 29. d. Mts.: „Heimat", Schauspiel in vier Akten von Hermann Sudermann.

Nachdem Frl. Hilda Dittmar, eine für das Fach der Salondamen im Residenztheater auf Engagement gastierende Künstlerin, während des Matkowsky-Gastspiels in zwei bedeutungslosen Rollen aufgetreten war, gab ihr gestern die Direktion Gelegenheit, sich der Presse und dem Publikum in der schauspielerisch dankbaren Aufgabe der Magda vorzustellen. Wir haben schon gelegentlich ihres Auftretens als Charlotte im „Großen Licht" und als Gräfin Helena in „Kean" auf die Spielbegabung der Künstlerin hingewiesen. Ihr gestriges Auftreten bestätigte diese Wahrnehmung. Die Künstlerin erwies sich in ihm als denkende Schauspielerin, die nicht schematisch großen Vorbildern nachahmt, sondern mit Erfolg bestrebt ist, eigenes Gefühl und eigene Auffassung des Dichterwortes in ihrem Spiele zum Ausdruck zu bringen. Da ihre mimische Vorbildung eine gute gewesen zu sein scheint, so gelingt ihr der darstellerische Teil einer schauspielerischen Aufgabe vortrefflich; ihre Magda war in dieser Beziehung eine Leistung, der man Gewandtheit und Sicherheit nachrühmen darf, und die ferner durch den Zauber einer vorteilhaften Erscheinung, durch sprechendes Mienenspiel und die beredte Sprache schöner Augen gefangen nahm. Leider machte sich in der Deklamation auch gestern wieder der Sprechfehler, an dem die Künstlerin leidet, hier und da in störender Weise geltend. Er ist nicht so auffallend, um auf die Dauer nicht ertragen werden zu können, aber doch bemerkbar genug, um nicht übersehen zu werden. Bei strenger Selbstbeobachtung erscheint uns sein Verschwinden wohl möglich, da er zumeist nur im Affektvortrage hervortritt. Wäre er nicht vorhanden, so würden wir das Engagement der Künstlerin ohne weiteres befürworten können; aber selbst mit ihm glauben wir der Direktion des Residenztheaters nicht direkt von der Gewinnung dieser Künstlerin abraten zu sollen, da, wie das Beispiel mehrerer deutschen Schauspielerinnen lehrt, ein geringer Sprechfehler aufgewogen werden kann durch ein geist- und ausdrucksvolles Spiel. W. Dgs.

Die Böcklin-Ausstellung in Arnolds Kunstsalon.

II.

Das wertvollste Stück des Nachlasses dürfte die 1896 angefertigte Skizze zur „Jagd der Diana" sein (Nr. 20). Sie wirkt wie eine Naturstudie und dürfte als solche eine Ausnahme bilden, da Böcklin bekanntlich in seiner späteren Zeit Naturstudien im großen nicht mehr zu machen pflegte. Im Vergleich zu dem gleichfalls ausgestellten Bilde (Nr. 3) besitzt sie die Vorzüge größerer Frische und reicherer Farbigkeit, auch erscheint sie weit geschlossener als jene, da Böcklin das gegebene Naturmotiv nicht nur wesentlich abgeändert, sondern auffallend stark auseinandergezogen hat, so daß das im Verhältnis zur Höhe sehr schmale Format dem Ganzen etwas Unruhiges giebt, was Böcklin durchgängig vermieden hat, indem er in der Regel den Blick auf einen Punkt, von dem sich alles als Einheit darstellt, sicher zu lenken wußte. Im übrigen gehört diese „Jagd der Diana" zu den wenigen rein landschaftlichen Arbeiten Böcklins aus seiner letzten Periode. Die Figuren des Bildes sind rein als Staffage behandelt und könnten recht gut fehlen, ohne daß der Eindruck ein wesentlich anderer sein würde. Dasselbe gilt von dem wunderbaren „Sommertag" mit dem in dem gekrümmten Fluß badenden Knaben (Nr. 5). In Klingers bekannter Radierung nimmt sich gerade dieses Bild noch bedeutender aus, was wohl daran liegt, daß sich Böcklin im Format versehen hat. Die gleichfalls von Klinger radierte „Ruine am Meere" vom 1881 (Nr. 7) ist eines der wenigen Beispiele, in denen Böcklin ganz ohne Staffage ausgekommen ist. Die bei Arnold ausgestellte Fassung des Themas in überhöhtem Format ist jedenfalls der späteren Wiederholung, in der dasselbe Motiv in nur wenig abgeänderter Darstellung mehr ins Breite ausgedehnt worden ist, vorzuziehen.

Unter den auf reiner Erfindung beruhenden Gemälden idealen Inhalts nimmt das in Florenz zu Anfang der achtziger Jahre entstandene „Malerei und Dichtung" betitelte Bild eine hervorragende Stellung ein. Auch von ihm existieren zwei verschiedene Bearbeitungen. In der bei Arnold ausgestellten Ausführung stehen die Gestalten der Malerei und Dichtung vor einer Halle mit braunroten Porphyrsäulen, durch die der Blick auf eine köstliche italienische Landschaft fällt. Aber obwohl das Bild im einzelnen viele Schönheiten bietet, so hat es

SLUB
Wir führen Wissen.

Vorarbeiten, dreht sich im wesentlichen der Erlaß, dessen Zweck es ist, einzelne Ressorts des Marineamts und einzelne Offiziere zu ihrer Meinungsäußerung aufzufordern. Ebensowenig dürfte es überraschen, daß eine planmäßige Steigerung der Indienststhaltungen erwogen wird, denn sie ist ebenfalls eine Folge der Vermehrung der Auslandsflotte, falls diese die Zustimmung des Reichstages findet. Darüber konnte um so weniger ein Zweifel bestehen, als ausdrücklich in dem Erlaß die Jahre 1905 bis 1910 angezogen sind. Ferner verdient hervorgehoben zu werden, daß der Erlaß eine ausreichende Steigerung der „Fortdauernden Ausgaben" für die Indienststhaltung der Schiffe fordern werde, falls im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reiches dies irgendwie gestatten.

Im übrigen brennt die Frage gegenwärtig noch nicht; bis zum Jahre 1905 aber können sich die Verhältnisse, die für eine Einstellung weiterer Auslandsschiffe bestimmt sind, noch ganz erheblich ändern. Der Zweck der Veröffentlichung des „Vorwärts", der sich mit ihr wiederum zum Mitschuldigen eines groben Bruches der Amtspflicht und des Vertrauens gemacht hat, ist daher im vorliegenden Fall der, in die Beratung des Zolltarifs neue Beunruhigung zu tragen und nach dem Lande hin, nachdem man mit dem „Hungerzoll" anscheinend nicht mehr weiterkommt, mit dem „Blutzoll" neue Hetzerei zu verüben. Vielleicht verhilft sie den Parteien, die den neuen Zolltarif annehmen wollen, aber sich vorläufig noch nicht einigen können, auf den Weg zur Einsicht, daß ihr Zaudern ihnen allen gleichmäßig zum Nachteil von der sozialdemokratischen Agitation ausgebeutet wird und daß eine möglichst baldige Herbeiführung einer Einigung in der Zolltariffrage das Beste ist.

Sozialdemokratisches.

Das Urteil des Berliner Landgerichts, durch das Bauarbeiter der Erpressung für schuldig befunden wurden, weil sie durch die Weigerung, mit nicht der Gewerkschaft angehörenden Arbeitern zusammen zu arbeiten, diese zum Eintritt in die Gewerkschaft zu nötigen gesucht hatten, scheint die Sozialdemokratie sehr empfindlich zu berühren, denn das sozialdemokratische Zentralorgan „Der Vorwärts" kommt immer wieder auf diesen Richterspruch zurück und versucht sich an ihm zu reiben. In dieser Polemik treten zwei für unsere Sozialdemokratie, oder wenigstens die in ihr führenden Elemente besonders charakteristische Züge hervor. Zunächst wird dem Richter ganz einfach zugemutet, der sozialdemokratischen Auffassung Rechnung zu tragen, nach der das Koalitionsrecht den Koalitionszwang in sich schließt, obwohl diese sozialdemokratische Auffassung mit dem § 153 der Gewerbeordnung in direktem Widerspruche steht. Einer der namhaftesten sozialdemokratischen Parteiführer hat ja einmal direkt ausgesprochen, er pfeife auf Recht und Gesetz. Jetzt geht man aber im sozialdemokratischen Lager so weit, selbst von dem Richter zu verlangen, daß er sich zu Gunsten der sozialdemokratischen Bestrebungen einfach über Recht und Gesetz hinwegsetze. Sodann ist die lebhafte Beschwerde darüber, daß die Strafbestimmung gegen Erpressung auf Arbeiter angewendet wird, die Zwang zum Eintritt in eine sozialdemokratisch geleitete Organisation ausüben wollen, eine drastische Illustration zu der Behauptung, daß die Sozialdemokratie lediglich Rechtsgleichheit für die Arbeiter erstrebe. In Wirklichkeit wird ein Rechtsprivileg für die dem sozialdemokratischen Banner folgenden Arbeiter gefordert, indem man verlangt, daß die Bestimmungen des Strafrechts, die gleichmäßig auf alle Staatsbürger Anwendung finden, auf sie nicht angewendet werden. Nicht Rechtsgleichheit, sondern Vorrecht vor allen andern Bürgern des Staates für das Proletariat ist das, worauf die Sozialdemokratie abzielt. Mißachtung von Recht und Gesetz und die Herabdrückung zu Bürgern minderen Rechts für alle diejenigen, die den sozialdemokratischen Organisationen nicht angehören, sind die Leitsätze der sozialdemokratischen Bestrebungen. Man wird sich daraus leicht eine Vorstellung machen, welches Maß der Knechtschaft und Unterdrückung alle nicht proletarischen Teile der Bevölkerung zu gewärtigen haben würden, wenn das sozialdemokratisch beherrschte Proletariat die Vorherrschaft in Deutschland gewänne; von dem sozialdemokratischen Zukunftsstaate gar nicht einmal zu reden. Gerade solche Züge, wie sie in dem Verhalten der sozialdemokratischen Presse gegenüber ihr unbequemen Urteilen der Gerichte hervortreten, sind geeignet, zu zeigen, wie eitel Heuchelei es ist, wenn die Sozialdemokraten sich über Unterdrückung der Arbeiter durch Staat und Gesellschaft beschweren, während sie in Wirklichkeit die Unterdrückung aller übrigen Teile des Volkes durch das von ihnen beherrschte Proletariat anstreben.

Tagesgeschichte.

Dresden, 30. Januar. Zu dem gestrigen Ballfeste bei Ihren Majestäten dem Könige und der Königin im Residenzschlosse waren über 300 Einladungen ergangen. Unter den Festteilnehmern, die sich von ½9 Uhr ab im Stucksaale und im großen Ballsaale versammelt hatten, befanden sich die Herren Gesandten Graf v. Dönhoff und Graf v. Clary und Aldringen sowie Ministerresident Viscount Gough mit den Sekretären und Attachés der Gesandtschaften und ihren Damen, vom Hause Schönburg Se. Erlaucht der Graf Joachim v. Schönburg-Glauchau mit Gemahlin, Ihre Durchlauchten der Prinz Ernst mit Prinzessin-Tochter und der Prinz und die Frau Prinzessin Ulrich von Schönburg-Waldenburg, ferner die Herren Staatsminister mit Gemahlinnen, die Herren Präsidenten und Vizepräsidenten beider hohen Kammern der Ständeversammlung, eine größere Anzahl aktiver und inaktiver Generale und Offiziere nebst ihren Damen und viele Damen und Herren der Aristokratie.

Der Königliche Hof erschien um ¾9 Uhr in der Festversammlung. Ihre Majestäten der König und die Königin waren umgeben von Ihren Kaiserl. und Königl. Hoheiten der Frau Großherzogin von Toscana und der Erzherzogin Margarete, Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Georg, Ihrer Kaiserl. und Königl. Hoheit der Frau Prinzessin Friedrich August, Ihren Königl. Hoheiten dem Prinzen und der Frau Prinzessin Johann Georg und der Prinzessin Mathilde, sowie Sr. Hoheit dem Herzog Paul Friedrich zu Mecklenburg-Schwerin und den Damen und Herren der Hof- und Militärstaaten.

Im Stucksaale fand zunächst ein kurzer Cercle statt, nach dem die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften in den Ballsaal eintraten und der Tanz seinen Anfang nahm.

Se. Majestät der König hatten die Uniform Allerhöchstseines 1. (Leib-) Grenadierregiments Nr. 100 angelegt. Se. Königl. Hoheit der Prinz Georg trugen diejenige des Königl. 1. Feldartillerieregiments Nr. 12.

Von 11 bis ¾12 Uhr wurde im Eckparade- und im Bankettsaale an kleinen Tischen soupiert und nach dem Souper der Tanz noch bis 1 Uhr fortgesetzt. Die Funktionen des Vortänzers hatte Leutnant Frhr. v. Fritsch vom Königl. Gardereiter-Regiment übernommen.

Se. Majestät der König verließen das Fest gegen 12 Uhr, während Ihre Majestät die Königin und die übrigen Fürstlichen Herrschaften demselben bis zum Schlusse beiwohnten.

Die Ausführung der Hofballmusik war dem Trompetercorps des Königl. 1. Feldartillerie-Regiments Nr. 12 übertragen worden.

— Heute nachmittag findet bei Ihren Königlichen Majestäten im Residenzschlosse Familientafel statt, an der außer den Prinzen und Prinzessinnen des Königlichen Hauses, Königl. Hoheiten, Ihre Kaiserl. und Königl. Hoheiten die Frau Großherzogin von Toscana mit Erzherzogin-Tochter Margarete, sowie Se. Königl. Hoheit der Fürst von Hohenzollern, höchstwelcher zu Besuch bei Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Georg weilt, teilnehmen werden.

— Wie uns mitgeteilt wird, gedenken Ihre Majestäten der König und die Königin in der nächsten Woche einige Tage in Leipzig Aufenthalt zu nehmen.

Dresden, 30. Januar. Se. Königl. Hoheit der Fürst Leopold von Hohenzollern ist heute vormittag 11 Uhr 6 Minuten zum Besuche Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Georg in Dresden eingetroffen und hat im Palais auf der Zinzendorfstraße Wohnung genommen. Ihre Majestät die Königin sowie Ihre Königl. Hoheiten der Prinz Georg und die Prinzessin Mathilde waren zur Begrüßung des durchlauchtigsten Fürsten auf dem Bahnhofe anwesend.

Deutsches Reich.

Berlin. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin unternahmen gestern morgen mit den Prinzen August Wilhelm und Oskar einen Spaziergang im Tiergarten. Um 10 Uhr hörten Se. Majestät der Kaiser den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Wirkl. Geh. Rats Dr. v. Lucanus und besuchten später mit den Fürstlichen Gästen den neuen Dom und das Pergamon-Museum. — Bei dem vorgestrigen Empfange des Comte de Cuverville war der französische Botschafter Marquis de Noailles zugegen. Mittags war bei dem Kaiserpaare Familientafel, an der teilnahmen Ihre Königl. Hoheiten die Großherzöge von Hessen und Sachsen-Weimar, der Fürst von Hohenzollern, Prinz Heinrich mit Gemahlin, der Erbprinz von Sachsen-Meiningen mit Gemahlin, Prinz Friedrich Karl von Hessen mit Gemahlin und Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe mit Gemahlin. Zur Abendtafel waren geladen Prinz und Prinzessin Heinrich, Erbprinz und Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, Prinz und Prinzessin Friedrich Karl von Hessen und Prinz und Prinzessin Adolf zu Schaumburg-Lippe sowie die Gefolge.

— Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten Karl v. Thielen vollendet heute sein 70. Lebensjahr. Hr. v. Thielen ist am 30. Januar 1832 zu Wesel, Kreis Rees, geboren. Sein Vater war der verstorbene evangelische Feldpropst der Armee Oberkonsistorialrat D. Thielen. Er widmete sich dem höheren Verwaltungsdienste und wurde, nachdem er die große Staatsprüfung „mit Auszeichnung" bestanden hatte, am 9. April 1860 zum Regierungsassessor ernannt. Am 20. Juni 1891 erfolgte seine Ernennung zum preußischen Staatsminister und Minister der öffentlichen Arbeiten.

— Für § 10 des Zolltarif-Gesetzes (Stundung und Verzinsung) haben neuerdings die Abgg. Dr. Paasche (natlib.) und Müller-Fulda (Z) folgende Fassung beantragt: „Die Zölle werden mit der Ueberführung der Waren in den freien Verkehr fällig. Bei regelmäßig für größere Mengen wiederkehrenden Verzollungen kann monatliche Zahlung gegen Sicherheitleistung nach Anordnung des Bundesrates gestattet werden. Für eine längere Frist die Zollbeträge zu stunden, ist unzulässig.

— Die Sozialdemokraten haben zur zweiten Beratung des von den Abgg. Dr. Lieber (Montabaur) und Gen. eingebrachten Entwurfes eines Reichsgesetzes, betreffend die Freiheit der Religionsübung, den Antrag eingebracht, den § 2b durch den folgenden § 2b zu ersetzen: § 2b. „Die Religionsunterweisung kommt in allen Schulen des Deutschen Reichs als Unterrichtsgegenstand ausnahmslos in Fortfall."

— Die konservative Reichstags-Fraktion hat gestern in einer Fraktionssitzung dieselbe Stellung zum Toleranzantrag wie bei der ersten Lesung genommen.

— Die Abgg. Dr. Crüger, Dr. Müller (Sagan), Fischbeck und Gen. haben zur zweiten Beratung des Reichshaushalts, zum Etat des Reichsamts des Innern, folgende Resolution eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: den Hrn. Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage eine Uebersicht über den gegenwärtigen Bestand der Innungen, Innungsausschüsse und Handwerkskammern vorzulegen, unter besonderer Berücksichtigung der Mitgliederzahl der einzelnen Innungen in den verschiedenen Handwerkszweigen, sowie der Beitragsleistungen bei den verschiedenen Innungsorganisationen und der aus diesen Beiträgen für andere als für Verwaltungszwecke gemachten Aufwendungen.

— Die Abgg. Dr. Hieber (Württemberg) und Dr. Sattler haben zu dem Gesetzentwurfe, betreffend die Freiheit der Religionsübung, folgenden Abänderungsantrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: für den Fall der Annahme des § 1 der Kommissionsbeschlüsse zum Antrage Dr. Lieber (Montabaur) und Gen. folgenden Absatz 2 einzufügen: „Der Erlaß von Gesetzen zur Ausführung des vorstehenden Grundsatzes ist bis zum Erlasse eines Reichsgesetzes über Vereins- und Versammlungsrecht Sache der Einzelstaaten."

— Die Abgg. v. Chrzanowski und Dr. v. Komierowski haben folgenden Abänderungsantrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: dem § 2b folgenden Absatz beizufügen: „Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten darf ein Kind auch nicht zur Teilnahme an dem nicht in seiner Muttersprache erteilten Religionsunterricht angehalten werden. Die Entscheidung über die Muttersprache des Kindes steht den Erziehungsberechtigten zu."

— Vom Abg. Grafen Kanitz ist zu § 8 des Zolltarifentwurfes und dem dazu von ihm mit dem Frhrn. v. Heyl u. a. gestellten Antrag der Abänderungsvorschlag eingegangen, den Abs. 1 folgendermaßen zu fassen: „Bei der Wareneinfuhr ist ein Nachweis über den Ursprung der Ware zu erbringen, widrigenfalls die Abfertigung unterbleibt. Von diesem Nachweise kann abgesehen werden, wenn über den Ursprung kein Zweifel besteht. Die näheren Vorschriften über Form und Inhalt dieses Nachweises erläßt der Bundesrat."

— Nach der im Reichsversicherungsamt angefertigten Zusammenstellung betrug die Zahl der seit dem 1. Januar 1891 bis einschließlich 31. Dezember 1901 von den 31 Versicherungsanstalten und den neun vorhandenen Kasseneinrichtungen bewilligten Invalidenrenten 734251. Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezuges von Unfallrenten oder aus anderen Gründen weggefallen 247306, so daß am 1. Januar 1902 liefen 486945 (gegen 467370 am 1. Oktober 1901). Die Zahl der während desselben Zeitraumes bewilligten Altersrenten betrug 389971. Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten oder aus anderen Gründen weggefallen 210521, sodaß am 1. Januar 1902 liefen 179450 (gegen 181245 am 1. Oktober 1901). Invalidenrenten gemäß § 16 des Invalidenversicherungsgesetzes (Krankenrenten) wurden seit dem 1. Januar 1900 bewilligt 14309. Davon sind infolge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen weggefallen 5609, sodaß am 1. Januar 1902 liefen 8700 (gegen 8058 am 1. Oktober 1901). Beitragserstattungen sind bis zum 31. Dezember 1901 bewilligt worden: a) an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind, 742910 (gegen 699317); b) an versicherte Personen, die durch einen Unfall dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes geworden sind, 589 (gegen 468); c) an die Hinterbliebenen von Verstorbenen 164236 (gegen 157276); also zusammen 907735 (gegen 857061) bis zum 30. September 1901.

— Vom Reichseisenbahnamte (vergl. Nr. 11 der „Berliner Korrespondenz" vom 25. Januar 1901) ist seinerzeit auf ein im Reichseisenbahnamt aufgestelltes, zum ersten Male am 1. Januar 1901 ausgegebenes Verzeichnis hinzewiesen worden, das den Eisenbahnverwaltungen wie den Verkehrsinteressenten außer anderen Auskünften namentlich eine vollständige Uebersicht über alle damals auf den deutschen Eisenbahnen bestehenden Tarife und Verkehrsverbindungen darbot. In diesem Verzeichnisse sind im Laufe des Jahres viele und mannigfache Aenderungen eingetreten. Um diese einschließlich der am 1. Januar 1902 eingeführten Aenderungen zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, ist im Verkehrsbureau des Reichseisenbahnamts ein Nachtrag I zum Tarifverzeichnisse ausgearbeitet worden. Der Nachtrag umfaßt etwa 37 Druckseiten, wird Ende Januar (im Verlage von Julius Springer in Berlin N, 24, Monbijouplatz 3) erscheinen und zum Preise von 2 M. vom Verlage zu beziehen sein.

— Die gestern ausgegebene Nr. 5 des Reichs-Gesetzblattes enthält: Bekanntmachung, betreffend Aenderungen der Betriebsordnung für die Haupteisenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892 (Reichs-Gesetzbl. S. 691), vom 22. Januar 1902; Bekanntmachung, betreffend den Umlauf von Scheidemünzen luxemburgischen Gepräges innerhalb deutscher Grenzbezirke, vom 23. Januar 1902, sowie Bekanntmachung, betreffend das Verfahren bei Anträgen auf Verlängerung der Ladenschlußzeit, vom 25. Januar 1902.

Preußischer Landtag. Abgeordnetenhaus. 15. Sitzung vom 29. Januar, 11 Uhr. Tagesordnung: Beratung des Etats der Gestütsverwaltung. — Die Einnahmen werden debattelos bewilligt. Bei den Ausgaben bringt Abg. Kopsch (fri. Vgg.) die Schulverhältnisse auf den Vorwerken des Hauptgestüts Trakehnen zur Erörterung. Die Verhältnisse der Lehrer seien dort noch sehr verbesserungsbedürftig. Ferner seien die Arbeitslöhne ganz ungewöhnlich niedrig, die Arbeiterwohnungen schlecht und verfallen. Minister v. Podbielski entgegnet, Lehrer und andere Beamte könnten volles Vertrauen zu ihm haben, so weit er könne, prüfe er deren Gesuche selbst. Aber Zwischenträgereien liebe er nicht, am wenigsten von einem Lehrer, der seinen Schülern mit gutem Beispiel vorangehen solle. (Lebhafte Zustimmung.) Auf solche minderwichtigen Sachen, wie die Lohnhöhe, die Wohnungsbeschaffenheit, sollte hier überhaupt nicht eingegangen werden; sie schädigten nur das Ansehen und die Autorität der Beamten. Abg. Graf Limburg (kons.) meint, Leute, die Beschwerden an Abgeordnete richteten, sagten oft die Unwahrheit oder stellten die Sachen einseitig dar. Die Abgg. Frhr. v. Dobeneck (kons.) und v. Mendel-Steinfels (kons.) erörtern die Züchtungsergebnisse der Gestüte. Der Gestütsetat wird bewilligt. — Es wird dann die Beratung über den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung bei dem Titel „Ministergehalt" fortgesetzt. Abg. Pieß (Z.) beschwert sich über die Verunreinigung der Emscher und erklärt sich

---

doch durch die Halle etwas ungewöhnlich Feierliches, um nicht zu sagen Steifes erhalten. Aus diesem Grunde hat Böcklin das Bild noch einmal gemalt und an Stelle der Säulenhalle einen heiligen Hain angebracht, bei dieser Gelegenheit auch die Haltung der die Hand im Wasserbecken netzenden Malerei und ihr Kostüm wesentlich verbessernd. In dieser zweiten Fassung ist das Gemälde in den Besitz des Schlesischen Landesmuseums in Breslau gelangt. Dieselben echt Böcklinschen idealen Frauengestalten, nur um eine dritte vermehrt, treffen wir dann auf der „Frühlingshymne" von 1888 wieder. Es ist eine der farbenreichsten Schöpfungen des Künstlers, der hier namentlich in den Amoretten, die in der heiteren Frühlingsluft ihr neckisches Spiel treiben, eine mit Worten nicht wiederzugebende Grazie und Heiterkeit entwickelt hat.

Doch bietet die Ausstellung auch Gelegenheit, Böcklins Kunst in der Schilderung wilder Leidenschaften und ungebändigter Naturtriebe kennen zu lernen, da sie eine seiner bedeutendsten Schöpfungen auf diesem Gebiete, den „Kentaurenkampf" von 1878, enthält (Nr. 11). Das Bild ist einer der glänzendsten Beweise für die schöpferische Kraft des Meisters, der es wie kein zweiter verstanden hat, die für den modernen Menschen toten Geschöpfe der griechischen Sage so zu beleben, daß sie uns glaubhaft erscheinen, und daß wir sie als Naturwesen betrachten müssen, die nicht anders empfinden und handeln können, als wie sie uns im Bilde entgegentreten. Der großartigte Zug aber des Bildes besteht darin, daß die wilde Wut der kämpfenden Kentauren nur ein Widerspiel des Kampfes ist, der in den entfesselten Elementen des Himmels tobt. „Kampf in den Lüften, Kampf auf der Erde: Tod und Vernichtung dem Alter und der Schwäche, damit Raum werde für Kraft und Leben!" (Lehrs.)

Geradezu erschütternd, durch Mark und Bein dringend ist Böcklin in seiner Darstellung des Krieges. Er hat sich mit ihr dicht neben Dürer und Cornelius gestellt, indem er das von diesen bereits behandelte Thema der apokalyptischen Reiter wieder aufgriff und durch die Uebersetzung in seine ureigenste Sprache von einer neuen Seite behandelte. Der wesentliche Unterschied zwischen Dürers und Cornelius' Verkörperung der biblischen Weissagung und der Böcklinschen Schilderung des Krieges besteht darin, daß jene nicht ganz über das Abstrakte hinauskamen, da der Schein des Wirklichen gar nicht von ihnen erstrebt wurde, während Böcklin seinen Gestalten einen so hohen Grad von Lebendigkeit gegeben hat, daß sie nicht nur als das Abbild dämonischer Kräfte, sondern als die alles zerstörenden Dämonen selbst dem Beschauer entgegentreten. In der Arnoldschen Ausstellung finden wir die beiden Bearbeitungen des Gegenstandes, die Böcklin vorgenommen hat, vereinigt. Unter ihnen ist die kleine, schon längere Zeit bekannte Skizze (Nr. 12) der unvollendet gebliebenen großen Ausführung von 1896 (Nr. 19) bei weitem vorzuziehen, nicht etwa deshalb, weil in der Skizze die überlieferte Vierzahl der Reiter noch beibehalten ist, während in dem Bilde an die Stelle der beiden mittleren Reiter ein fürchterliches nacktes Weib getreten ist, das seine Hände drohend zum Himmel erhebt, sondern weil das kleine Format die Komposition besser zusammenhält und der Eindruck der Wirklichkeit in ihm stärker gewahrt ist als im Bilde, das durch seine Größe an die Uebertreibung grenzt. Dazu kommt vor allem noch, daß die farbige Ausführung in der Skizze gemäßigter ausgefallen ist, während sich Böcklin in dem allerdings unvollendeten Bilde auf ein Fortissimo greller Farben eingelassen hat, dem sich ein durch die Feinheiten des modernen Pleinairismus geschultes Auge schwer anzupassen vermag.

Weit größere koloristische Feinheiten weist die auf der vorjährigen Berliner Sezessionsausstellung zuerst bekannt gewordene Scene aus „dem rasenden Roland" (Nr. 1 von 1897) auf. Indessen wird man zugestehen müssen, daß der zu grotesker Uebertreibung neigende Humor Böcklins in diesem Bilde einmal gründlich mit ihm durchgegangen ist, sodaß man wohl begreift, weshalb sich Böcklin selbst nicht bewogen gefühlt hat, diese mehr als übermütige Karikatur mit dem in der Luft schwebenden Gesellen bei seinen Lebzeiten auszustellen. Er war sich offenbar sehr klar darüber, wie weit er seine Einfälle der Oeffentlichkeit preisgeben sollte oder nicht, und hat in dieser Selbstkritik ein so gesundes Urteil bewiesen, daß es wünschenswert erscheint, auch in diesen Dingen seine Autorität anzuerkennen und sein Ansehen nicht durch die Ausstellung von Arbeiten zu schädigen, die er selbst zurückgehalten hat.

H. A. Lier.

Verein für Erdkunde.

Am 24. d. Mts. hielt im Dresdner Verein für Erdkunde Hr. Karl Ribbe einen Vortrag unter dem Titel „Kreuz und quer durch den Bismarck-Archipel", in dem er seine Fahrten an den Küsten von Neupommern und Neumecklenburg und in dem zwischen diesen Inseln liegenden Meeresgebiete schilderte. Wiederholt schon hat Hr. Ribbe über das Schutzgebiet der Neuguinea-Compagnie gesprochen, immer aber wußte er aus dem reichen Schatze der Beobachtungen und Erfahrungen, die er dort in jahrelangem Aufenthalte zu sammeln Gelegenheit hatte, Neues und Interessantes darzubieten, dessen Eindruck durch Vorlegung zahlreicher Gegenstände aus seinen Sammlungen noch erhöht wurde. So auch diesmal. Hr. Ribbe war 1895 von den Salomonsinseln nach Kinnigumang zurückgekehrt, der Hauptstation der Südseefirma Hernsheim u. Co., auf der Gazellenhalbinsel von Neupommern östlich von Herbertshöh gelegen, als ihm diese Firma den Vorschlag machte, die Leitung ihrer am nördlichsten Ende von Neumecklenburg gelegenen Station Nuka zu übernehmen und auf der Fahrt dorthin neue Stationen anzulegen, wie auf den Französischen Inseln im Norden des südwestlichen Teils von Neupommern, auf den Gardnerinseln nordöstlich von Neumecklenburg, den Admiralitätsinseln, der noch weiter westlich gelegenen Mathyinsel und anderwärts. Von Matupi in der Blanchebai ging die Fahrt an den Vulkanen Vater, Süd- und Nordsohn, die alle drei in Thätigkeit waren, vorbei längs der Nordküste von Neupommern, dann zur Offenen Bai und nach den Französischen Inseln, wo in Mangamba eine Station angelegt wurde, auf der zwei Händler zurückblieben. Zwischen der Offenen Bai und den Französischen Inseln wurde die Inselgruppe passiert, deren nördlichste Willaumez heißt und die bis in die neueste Zeit für eine nördliche Halbinsel von Neupommern gehalten wurde. Die vulkanische Beschaffenheit der Französischen Inseln giebt sich in Geisern, anderen heißen, auf Gips vorkommenden Quellen und Teichen mit heißem Wasser kund. Nach den zahlreichen Gruppen von Kokospalmen zu urteilen, die überall an den Küsten wahrgenommen wurden, müssen die Inseln gut bevölkert sein. Die Bewohner, schöne Gestalten, die, abgesehen vom Schmuck, den sie sehr lieben, völlig nackt sind, haben als Waffen unter anderem große, aus Holz gefertigte Schilde; ihre Boote sind ausgehöhlte Baumstämme. Sie glauben an gute und böse Geister, mit denen sie Berge, Bäume, Gewässer ꝛc beleben. In den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurden hauptsächlich hier die Arbeiter für die Pflanzungen der Neuguinea-Compagnie in Kaiser Wilhelms-Land angeworben. Da von den Arbeitern nur wenige zurückkamen, weil die meisten dem mörderischen Klima zum Opfer fielen, waren die Werbeschiffe sehr gefürchtet. Im nördlichen Neumecklenburg besuchte Hr. Ribbe zunächst Kabaterou, den alten Hauptplatz der Unternehmungen der aus dem Hamburger Handelshause Godeffroy hervorgegangenen Deutschen Handels- und Plantagengesellschaft der Südseeinseln, und ging dann nach Nuka, wo er sich seinem Auftrage gemäß für längere Zeit niederzulassen hatte. Nuka, eine der gefährlichsten Stationen, war Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre zum Zwecke des Einkaufs von Kopra und Palmkernen gegründet, bisher aber schlecht verwaltet worden; es galt daher zunächst Ordnung zu schaffen, was Hrn. Ribbe, der noch von zwei andern Europäern unterstützt wurde, auch bald gelang. Zugleich mußten auch die Handelsbeziehungen neu eingerichtet werden, zu welchem Zwecke Eingeborene, mit europäischen Waren versehen, nach den verschiedenen Gebieten ausgesandt wurden.

An die Schilderung seiner Reise und seiner Thätigkeit schloß Hr. Ribbe eine Darstellung der Insel Neumecklenburg im allgemeinen. Die langgestreckte Insel, deren Länge der Entfernung von Berlin bis Heidelberg

gegen das Anerbenrecht. Abg. Goldschmidt (frs. Vp.) stimmt dem Vorredner in dem letzten Punkte zu und tritt für die Aufhebung der Grenzsperren ein. Minister v. Podbielski betont, das Anerbenrecht werde provinziell geordnet werden müssen. Die Berunreinigung der Gewässer sei nur eine der vielen Materien, die im Wasserrecht geregelt werden müßten. Die Grenzsperren hätten im ganzen günstig gewirkt. Was die Leutenot anlange, so dürfte das nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Viel komme dabei auf die Entlohnung an. Ehe man an eine Aufhebung der Freizügigkeit denke, solle man versuchen, den Arbeitern den Aufenthalt auf dem Lande angenehm zu machen. Abg. v. Heimburg (kons.) wünscht eine nachsichtigere Behandlung seitens der Veterinärpolizei, um Landwirte vor unnützem Schaden zu behüten. Abg. Ehlers (frs. Vg.) führt aus, daß ihm einige Aeußerungen des Ministers v. Podbielski sehr sympathisch gewesen seien, so z. B. über das Anerbenrecht und über die Schälwaldungen. Weniger gefalle ihm aber dessen Bestreben, den inländischen Markt zunächst für die inländische Erzeugung zu sichern. In solcher Weise könne man den inländischen Markt und den ausländischen Markt nicht trennen, ohne in unserem Tauschverkehr ganz erheblich zurückzukommen. Minister v. Podbielski erwidert, das Augenmerk müsse vor allem auf eine gute Versorgung des Volkes gerichtet sein. Redner verbreitet sich dann über den Butterexport nach England. Dem Abg. v. Cynern (nl.) scheint es, als ob hier im Hause Einhelligkeit darüber bestehe, daß die bestehenden Kontingente nicht zu hoch seien. Anders stehe es mit der Frage der Zollerhöhung. Abg. Dasbach (Z.) verbreitet sich über die Frage betreffend den Stand der Schälwaldungen, der so ganz hoffnungslos doch nicht sei. Minister v. Podbielski bemerkt bezüglich der Domänenpachtverträge, daß an dem Höchstgebot festgehalten werden müsse, weil sonst die Klagen über Günstlingswirtschaft bei der Verpachtung nicht aufhören würden. Abg. Engelsmann (nl.) bespricht den Weinbau am Rhein und dessen Nebenflüssen. Abg. Lüders-Grenen (frk.) schildert die schädlichen Wirkungen der Saccharinfabrikation auf den Zuckerverbrauch. Minister v. Podbielski bemerkt, daß in den rheinischen Weinbergen gegen die Reblaus das Eytinkins-Verfahren mit aller Strenge durchgeführt werde. Heute 1 Uhr: Kleine Vorlagen, dann Antrag v. Arnim (frk.) auf Reorganisation der Generalkommissionen, Fortsetzung der heutigen Debatte.

Wilhelmshaven. Das von Sr. Majestät dem Kaiser an den Chef der Marinestation der Nordsee Admiral Thomsen gerichtete Telegramm, das bereits gestern an dieser Stelle kurz erwähnt worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Es lag Mir schon lange am Herzen, für die Offiziere in Wilhelmshaven beizutragen zu den Freuden des Segelsports und des Lebens auf dem Wasser. Nachdem Ich heute Meine Jacht „Meteor", die fortan den Namen „Orion" führen wird, der Marine zum Geschenk gemacht und sie den Offizieren in Kiel zugewiesen habe, bestimme Ich nunmehr, daß Meine Jacht „Komet" den Offizieren in Wilhelmshaven zur Verfügung gestellt werden soll. Indem Ich Sie ersuche, dies den Offizieren bekannt zu machen, gebe Ich dem Wunsche Ausdruck, daß der „Komet" den Offizieren manche fröhliche Stunde bereiten möge, wobei sie sich erinnern wollen, wie erfolg- und genußreich das gute, starke Seefahrzeug durch viele Jahre ihrem Kaiser gewesen ist. Wilhelm, I. R.

Braunschweig. Ein Gesetzentwurf über die Abänderung des Katholikengesetzes ist dem Landtage zugegangen. Die Vorlage bezweckt zunächst, das Gesetz mit der Reichsgesetzgebung und den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches in Einklang zu bringen, es erfüllt aber auch einige Wünsche, die von katholischer Seite geltend gemacht worden sind und sachlich gerechtfertigt erscheinen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien. Aus der Erklärung des Ersten Lords des Schatzes Balfour, daß die englische Regierung die auf den Frieden in Südafrika bezügliche Mitteilung der holländischen Regierung in Erwägung ziehe, folgert die „Neue Freie Presse" die Berechtigung zur Hoffnung, daß der Beginn von Verhandlungen auch deren Erfolg bedeute und daß über kurz oder lang ein Schlußpunkt unter das Kapitel der englisch-holländischen Kämpfe um die Oberherrschaft in Südafrika gesetzt werden könne. Es sei nicht wahrscheinlich, daß sich die britische Regierung hart erweisen würde, und für die Buren wäre es wohl nicht das schlimmste Los, britische Unterthanen zu sein, ihre Nationalität werden sie wahren und ihre bürgerliche Freiheit würde nicht eingeschränkt werden.

Buda-Pest. Abgeordnetenhaus. Im Laufe der Budgetdebatte erörterte der Abgeordnete Lindner (Sachse) die Gründe, warum seine Partei nicht in die Regierungspartei eingetreten sei. Abgeordneter Pichler ruft dazwischen: „Gehen Sie nach Posen!" und unterbricht den Redner noch durch andere Zwischenrufe, worauf er unter großer Unruhe des Hauses zur Ordnung gerufen wird. Lindner führt fort, er sei nicht berufen, die preußische Regierung zu verteidigen. Es handle sich hier um ungarische, nicht um polnische Angelegenheiten. Was das sächsische Volksprogramm anlange, so gravitierten die Sachsen nicht nach auswärts, sondern ständen auf dem Boden des konstitutionellen ungarischen Staates und erkennten innerhalb der Grenzen des Nationalitäten-Gesetzes von 1868 das Recht der Staatssprache an. Das magyarische Element sei geschichtlich zur führenden Stellung berufen; das bedeute aber nicht Suprematie, unbedingte Herrschaft. (Großer Widerspruch.) Vizepräsident Daniel ruft Lindner zur Ordnung. Lindner schließt: „Die Nationalitätenfrage ist eine Rechtsfrage, so lange sie auf dem Boden des Nationalitäten-Gesetzes bleibt, sonst wird sie eine Machtfrage, die zur Unterdrückung der Nationalitäten und zur Vernichtung jeder Autonomie führt." Am Schlusse der Sitzung entstand eine erregte Scene, in der der demokratische Abgeordnete Vaszonyi in einer persönlichen Angelegenheit das Wort ergriff und der klerikalen Partei zurief: „Sie sind davongelaufen, nachdem Sie die Straßenhetze inszeniert hatten." Die Mitglieder der Kossuthpartei riefen: „Sprechen Sie nicht von unseren Bänken; wir haben keine Gemeinschaft mit Ihnen." Vaszonyi konnte bei der großen Unruhe im Hause nicht sprechen.

Frankreich.

Paris. Deputiertenkammer. Das Haus nimmt die Vorlage betreffend die zeitweilige zollfreie Zulassung von Getreide in der vom Senat genehmigten Fassung an und beruft sodann die Vorlage betreffend Festsetzung eines Normalarbeitstages für die Grubenarbeiter. Basly (Soz.) verlangt hierfür die Dringlichkeit; der Minister der öffentlichen Arbeiten Baudin schließt sich ihm an. Basly beantragt die Festsetzung des Achtstundentages. Guillain bekämpft den Antrag, es liege kein Grund vor, die Grubenarbeiter anders zu behandeln, als die übrigen Arbeiter. Devins erklärt, es sei nicht möglich, einen Normalarbeitstag festzusetzen, ohne auch die Frage des Minimallohnes zu regeln. Aynard sagt, es sei weder Sache des Parlaments, noch der Regierung, einen Minimallohn festzusetzen. Der Berichterstatter Barrois beantragt, zunächst eine neunstündige Arbeitszeit einzuführen, nach zweijähriger Arbeitszeit solle sie für jeden Arbeiter auf 8½ und nach abermals zwei Jahren auf 8 Stunden herabgesetzt werden. Der Antrag Basly wird hierauf mit 369 gegen 196 Stimmen abgelehnt. Minister Baudin erklärt, die Mitwirkung des Staates sei durchaus berechtigt, da die Beschäftigung der Grubenarbeiter im öffentlichen Interesse erfolge. Die Regierung sei mit den Vorschlägen des Berichterstatters einverstanden. Hierauf stimmt auch Basly diesen Vorschlägen zu. Nach einigen Bemerkungen Aynards, der die Vorlage als einen Eingriff in die Rechte der Arbeitgeber und Arbeiter bezeichnet, wird die Weiterberatung auf Mittwoch, den 5. Februar vertagt und die Sitzung sodann geschlossen.

Italien.

Rom. Die Blätter besprechen, einem bereits in einem Teile der gestrigen Auflage unseres Blattes gebrachten Berichte zufolge, in sympathischster Weise das Geschenk Sr. Majestät des Deutschen Kaisers an die Stadt Rom und bringen lange Artikel über den Aufenthalt Goethes in Rom. — „Tribuna" sagt, die Depesche Sr. Majestät sei eine Handlung voll Wohlwollen, voll Kunst und voll Poesie. Der Monarch würden jedesmal, wenn Er nach Rom käme, dort denselben warmen Empfang finden. — „Patria" schreibt: Goethe kommt zu uns als alter Gast durch das Geschenk, das ein deutscher Kaiser der Stadt gemacht hat, die in der Vorzeit die Krone seiner Vorgänger weihte. Das Geschenk scheine einen wunderbaren, in der Geschichte bis jetzt nicht gesehenen Pakt zu besiegeln. — „Giornale d'Italia" meint, der Tag, an dem, und die Art, in der Se. Majestät der Kaiser Sein Geschenk angekündigt hätten, würden Seine große Volkstümlichkeit in Rom und Italien noch vermehren.

— Die „Tribuna", „Patria" und das „Giornale d'Italia" drücken ihre Befriedigung über die Erklärungen Chamberlains bezüglich Maltas aus, die ein Zeichen der freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Italien seien.

Niederlande.

Haag. Erste Kammer. Pynacker Hordyk interpellierte die Regierung wegen der vorgestern von Balfour im englischen Unterhause gemachten Mitteilung über eine Note der niederländischen Regierung in der Burenfrage. Ministerpräsident Kuyper erwiderte, die Mitteilung Balfours sei richtig; er könne aber zur Zeit über den Inhalt der niederländischen Note keine Mitteilung machen. Die Höflichkeit verbiete eine solche Mitteilung, solange die englische Regierung den Inhalt nicht veröffentlicht habe oder nicht wenigstens die Antwort der englischen Regierung bei der niederländischen Regierung eingegangen sei. (Wiederholt.)

— Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus" ist der hier anwesenden Burendeputation durchaus nichts von dem Inhalte der Note bekannt, die die niederländische Regierung an die englische Regierung gerichtet hat.

Großbritannien.

London. Unterhaus. Im weiteren Verlaufe der Adreßdebatte stellte Boland (Nationalist) einen Antrag, in dem gegen die Verhinderung öffentlicher Versammlungen auf Malta zur Besprechung der beabsichtigten Einführung der englischen Sprache in den Gerichtshöfen und der Erhöhung der Abgaben Einspruch erhoben wird. Chamberlain stellte in Abrede, daß irgend welche Volksversammlungen der Malteser verboten worden seien, sie seien sogar von den Behörden gefördert worden. Das einzige, was verboten worden sei, sei eine Prozession durch die engen Straßen der Stadt gewesen. Allerdings beständen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Ausführenden Rat von Malta und der britischen Regierung, es sei aber nicht wahr, daß ernstliche Unzufriedenheit unter der Bevölkerung herrsche. Er wolle gern etwaigen Beschwerden der Malteser entgegenkommen. Malta sei aber in erster Linie Festung, und hier eine Agitation zu eröffnen, könne die Regierung nicht dulden. Redner legt dann dar, daß die Sprache Maltas ursprünglich nicht die italienische, sondern ein arabischer Dialekt war, daß sich aber die Mehrheit der älteren Generation (82 Proz.) für die Erlernung des Englischen durch Option entschieden habe. Wenn die Mehrheit der Bevölkerung nun nicht mehr Italienisch lernen wolle, so könne die Regierung sie nicht dazu zwingen. Das habe nun in Italien schmerzliche Erregung hervorgerufen. Es wäre bedauerlich, wenn irgend welche Bedeutung die Sympathie beeinflussen oder verringern könnte, die bisher zwischen England und Italien bestanden habe und, wie er hoffe, noch lange weiterbestehen werde. (Beifall.) Die Italiener seien hauptsächlich gegen die Proklamation, die binnen 15 Jahren die englische Sprache zur alleinigen Gerichtssprache machen wolle. Wenn er durch irgend ein Kompromiß das schmerzliche Gefühl entfernen könnte, das bei den guten Verbündeten Englands, den Italienern, herrsche, dann würde er diese Proklamation in aller Form bedingungslos zurückziehen und sein Vertrauen allein auf die Zukunft setzen. — Boland zieht darauf seinen Antrag zurück. — Evans Gordon bringt einen Antrag ein, in dem die Notwendigkeit betont wird, gesetzliche Maßnahmen zur Einschränkung der Einwanderung mittelloser Fremder zu treffen. Gerald Balfour erklärt, die Regierung sei zwar der Meinung, daß schrankenlose Fremdeneinwanderung schlimme Dinge im Gefolge habe und daß sie unter gewissen Umständen Gefahren mit sich bringen könne; aber die Regierung müsse auch auf die Schwierigkeiten achten, die mit dieser Frage verbunden seien. Jedenfalls aber könne ohne Untersuchung keine gesetzgeberische Maßnahme getroffen werden. Die Regierung sei bereit, eine solche Untersuchung zu veranstalten. Hierauf wird der Antrag zurückgezogen und die Adresse angenommen.

— Die „Saint James Gazette" erfährt, die gestern von Balfour im Unterhause erwähnte Mitteilung der niederländischen Regierung sei in sehr freundschaftlicher, achtungsvoller Sprache abgefaßt und bringe das aufrichtige Bedauern des niederländischen Volkes über die Fortdauer der Feindseligkeiten in Südafrika und seinen aufrichtigen Wunsch zum Ausdruck, daß es baldigst zum Friedensschluß kommen möge. Die Mitteilung besage dann weiter, die niederländische Regierung sei bereit, jeden möglichen Schritt, der eine Lösung näher bringe, zu erleichtern. Am Schluß der Mitteilung werden die guten Dienste der Niederlande zur Verfügung der englischen Regierung gestellt, falls eine Gelegenheit sich bieten sollte, bei der die Niederlande als freundschaftlicher Vermittler handeln könnten. — Auch das „Reutersche Bureau" berichtet, daß die niederländische Regierung keine Friedensvorschläge gemacht, vielmehr der britischen Regierung gewisse Anregungen geben hat, die den Zweck verfolgen, Mittel und Wege zur Beendigung des Krieges zu finden. Immerhin hält man es noch für zweifelhaft, ob der Schritt der niederländischen Regierung zu einem greifbaren Ergebnis führen werde, solange nicht die kriegführenden Buren selbst einen bestimmten Schritt gethan haben, aus dem ihr Wunsch, in Friedensverhandlungen einzutreten, sich ergiebt. Auf dieser Linie aber sei es immer möglich, Vorschläge anzunehmen.

Wellington (Neuseeland). 500 Offiziere und Mannschaften mit Pferden sind gestern nach Südafrika abgegangen. Weitere 500 folgen am 8. Februar. Außerdem bereitet man sich vor, noch eine, oder wenn es nötig sein sollte, auch zwei Abteilungen von je 1000 Mann nach Südafrika zu schicken.

Spanien.

Madrid. In der Kammer wurde vorgestern ein Antrag über Maßnahmen zur Bekämpfung der Heuschreckenplage beraten, in dem gleichzeitig ein Tadel gegen den Landwirtschaftsminister ausgesprochen wurde. Die Mehrheit enthielt sich der Abstimmung. Der Landwirtschaftsminister reichte sofort sein Abschiedsgesuch ein. Sagasta ist bemüht, einer Ministerkrisis vorzubeugen.

Türkei.

Philippopel. Wie aus Konstantinopel vom Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureau gemeldet wird, ist ein Beamter des türkischen Kommissariats in Sofia, der Syrer Gabriel Ghazel Effendi, aus politischen Gründen verhaftet und in das Gefängnis gebracht worden.

Asien.

Tientsin. Dem „Standard" wird von hier berichtet, daß ein dort veröffentlichter Erlaß den Admiral Yeh anweise, in Tschifu eine Marineschule zu errichten und den Admiral Lord Charles Beresford als Instrukteur unter Yehs Leitung zu engagieren.

Örtliches.

Dresden, 30. Januar.

* Der nächste Vortragscyklus des Hrn. Arndt-Oberwartha in der Gehe-Stiftung wird Vater August in seiner gesegneten Thätigkeit für den Landbau Sachsens besprechen. Am 3. Februar ½6 Uhr soll der Ackerbau, am 10. Februar die Viehzucht und am 17. Februar der Gartenbau jener Zeit behandelt werden.

* Am Sonnabend, den 1. Februar, findet im Cirkus Schumann eine Wohlthätigkeits-Galavorstellung zum Besten des Albertvereins statt, die bereits um ½8 Uhr beginnt und gegen ¼11 Uhr endet. Einlaß ist um ½7 Uhr. Hr. Julius Seeth, der auch an diesem Tage seine 25 Löwen vorführen wird, tritt nur noch einige Male auf.

* Sonnabend, den 1. Februar, findet die Erstlingsvorstellung eines völlig neuen Programms im Viktoriasalon statt; unter anderen gastiert an diesem Abend zum ersten Male die humoristische Buda-Pester Singspielgesellschaft „Springer und Pauly", deren komische Singspiele und Burlesken voraussichtlich auch hier, wie überall, ihre Wirkung nicht verfehlen werden. Von besonderer Anziehungskraft wird die persisch-kaukasische Karawane, die Mirza-Golem-Truppe sein, die seit Monaten im Zirkus Schumann in Berlin mit großem Erfolge auftritt und die „tatarischen Spiele auf lebenden Kamelen" ausführen wird. Versuchsweise werden diesen Monat einmal drei Humoristen miteinander wetteifern. Am Sonntag sind wie gewöhnlich zwei Vorstellungen, in denen das gesamte neue Zusammenspiel sich zeigen wird.

* Eine eigenartige Ausstellung ist gegenwärtig in dem Schaufenster der Hutfabrik von C. F. Lehmann, Königl. Hofhutmacher, Scheffelstraße 26, zu sehen. Sie stellt eine Sammlung von Originalhüten dar, die von den Bediensteten und Kutschern der Staatsoberhäupter der verschiedenen Länder getragen werden. Es sind 17 deutsche Bundesstaaten vertreten und 10 außerdeutsche Staaten. In die Augen fällt sogleich der Hut der Bediensteten des Sächsischen Hofes mit den breiten Silbertressen, deren Anblick den Dresdnern schon von weitem erkennen läßt, daß eins der erlauchten Mitglieder unseres erhabenen Königshauses eine Ausfahrt unternimmt. Prächtig nehmen sich auch die golddurchwirkten Galadreispitze der Bediensteten des Kaisers von Oesterreich aus, phantastisch diejenigen der Dienerschaft des Königs von Spanien wie des italienischen Monarchen, reich geschmückt in den französischen Farben sind die Galahüte der Lakaien des Präsidenten Loubet, geschmackvoll silberverziert die Galadreispitze der Bediensteten des Sächsischen Hofes. Die schönsten Goldtressen weist der Hut der Kutscher des Königs von Belgien auf, vollständig schwarz sind die Galadreimaster der päpstlichen Lakaien, ebenso, doch von origineller und charakteristischer Form die Kopfbedeckungen der Kutscher des Zaren. Verhältnismäßig einfach wirkt der Hut der Königl. preußischen Kutscher. Die Sammlung wird für jedermann, besonders aber für Herrschaften von Interesse sein, die eigene Dienerschaft haben.

* Ueber die Vorteile der Baugenossenschaften für die Gesamtheit und den einzelnen, mit besonderer Berücksichtigung des Dresdner Spar- und Bauvereins und der Dresdner Verhältnisse wird am Donnerstag, den 6. Februar, abends ½9 Uhr im Saale des Vereinshauses, Zinzendorfstraße 17 Hr. Landgerichtsdirektor Dr. Becker berichten, woran sich eine allgemeine Besprechung anschließen soll und wozu eine zahlreiche Beteiligung erbeten wird.

* Ein riesiger Rochen, den Bremerhavener Fischer gefangen haben, ist jetzt in dem bekannten Restaurant Fischhaus, große Brüdergasse 15/17, zur Besichtigung ausgestellt. Auf diese Gelegenheit zur Besichtigung dieses hier selten zu sehenden Meerungeheuers sei hierdurch hingewiesen.

---

gleichkommt, ist jetzt geläufig. Häfen sind nur im Süden und Norden bekannt; gegen die übrigen Küsten stürmt jahraus, jahrein die Brandung. Zum Beweise dessen, daß das Klima für Europäer sehr ungesund ist, erinnerte Vortragender an den allerdings in gänzlich ungenügender Weise durchgeführten Kolonisationsversuch des französischen Marquis de Rays an der Südspitze von Neupommern. „Nouvelle France", wie die Kolonie genannt wurde, ging bald zu Grunde; hunderte von Ansiedlern verschiedener europäischer Nationen bezahlten ihre Vertrauensseligkeit mit dem Leben. Besucht wird die Insel nur des Handels wegen, dem sie vor allem Kopra, danach Schildpatt, Perlmutter und Trepang liefert, und zur Anwerbung von Arbeitern. Diese begann in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als zur Zeit der Baumwollkrise in den Vereinigten Staaten von Amerika auch in der Südsee der Baumwollbau eingeführt wurde, der nach dem amerikanischen Bürgerkriege nur lohnend bleiben konnte, wenn ganz billige Arbeitskräfte verwendet werden konnten. Diese Anwerbung von Arbeitern artete durch das Vorgehen der Führer der englischen, französischen und amerikanischen Werbeschiffe zum wahren Sklavenhandel aus, bis die Regierungen von England und Frankreich dem Unwesen durch Maßregeln der Gesetzgebung steuerten. Die Einwohner von Neupommern sind Melanesier von hoher und kräftiger Gestalt und häufig von stark semitischem Gesichtstypus. Ihr Charakter ist immer als recht schlecht geschildert worden; sie haben alle Untugenden der Melanesier, insbesondere huldigen sie der Menschenfresserei, und das nur aus Genußsucht. Die Kriegsgefangenen werden zu Sklaven gemacht, als solche aber gut behandelt. Als Schmuck tragen die Neumecklenburger Arm- und Beinringe, oder sie verzieren den Körper mit Hautnarben, die sie durch Brennen hervorrufen, während das Tätowieren anscheinend nicht vorkommt. Eigentümlich sind Scheiben, die sie in einem allmählich bis zu 10 cm erweiterten Loche des Ohrläppchens tragen. Außerordentlich geschickt sind sie in der Holzschnitzerei, mittels deren sie Tanzmasken, Tabuhäuser und Boote in mannigfaltigster Weise verzieren. H. G.

Wissenschaft.

† In Edinburgh starb am 26. Januar der Professor des Hebräischen und der orientalischen Sprachen Dr. Davidson. Er galt als eine Autorität in bezug auf die Schriften des Alten Testaments und war Ehrendoktor der Universitäten Cambridge und Oxford.

Musik.

* Im Berliner Königl. Opernhause ging am Dienstag „Heilmar", Oper in drei Aufzügen und einem Vorspiel von Wilhelm Kienzl, zum ersten Mal in Scene. Die Oper erinnert, nach der „Frs. Ztg.", stark an den „Evangelimann", sowohl ihrem Inhalt wie dem ganzen Gefüge der Musik nach, beide Werke entstammen auch ungefähr derselben Schaffensperiode des Meisters, doch ist der „Evangelimann" das spätere, reifere Geistesprodukt, während „Heilmar", wie er jetzt in Berlin geboten wird, nur die Umarbeitung einer Jugendarbeit darstellt. Doch trotz dieses Umgusses zeigt die Oper in Text und Musik noch viele Eigenschaften, die Erstlingswerken anzuhaften pflegen. Was zunächst die Handlung betrifft, so verzichtet sie zu sehr auf innere psychologische Begründung und behilft sich dafür mit rein äußerlichen Mitteln. Kienzl hat der Handlung fast durchweg opernhaften Charakter gegeben — wie er ja auch sein Werk nicht Musikdrama, sondern Oper nennt. Im Vorspiel eine märchenhafte Traumerscheinung, im ersten und letzten Akt Ballette und andere Einlagen; auch Heilmar selbst heilt nicht etwa durch Suggestion, durch die Macht der Persönlichkeit, sondern durch Gebet (wie heute die Scientisten!), also durch Hineinziehung von überirdischen Kräften. Nur der zweite Akt zeigt uns wirkliche Menschen, er ist auch sonst dem Autor am besten geraten und macht darum den erfreulichsten Eindruck. Aber hier wie in der ganzen Oper bietet die Musik viel Theatralisches und lehnt sich bedenklich an ältere Vorbilder, vor allem an Wagner an. Man merkt ein Ringen an Selbständigkeit, vorläufig herrscht aber noch das unwillkürliche Haften an dem Ueberkommenen vor. Auf eigenen Füßen steht Kienzl eigentlich nur in den Volksscenen, bei denen er populären Rhythmen geschickt künstlerische Gestaltung zu geben versteht.

Theater.

* Aus Rom wird gemeldet: Gestern abend fand zu Ehren der Adelaide Ristori im Teatro Valle eine Soirée statt, in deren Verlauf der greisen Künstlerin begeisterte Huldigungen dargebracht wurden. Das Unterrichtsministerium hat ihr eine besonders für diesen Zweck geprägte goldene Medaille gewidmet. — Aus Anlaß ihres 80. Geburtstags sind der Künstlerin aus allen Teilen des Landes Glückwunschtelegramme und Blumenspenden zugegangen. Die Königin-Mutter Margherita übersandte mit einem huldvollen Schreiben ein goldenes mit Brillanten geschmücktes Armband. Die hiesigen Blätter sowie die der Provinzen gedenken in warmen Artikeln der Künstlerin. — Se. Majestät der Deutsche Kaiser ließen Adelaide Ristori durch den Deutschen Botschafter unter Ausdrücken des Bedauerns, die große italienische Künstlerin, deren Genie ehemals auch das deutsche Publikum in Begeisterung versetzt habe, nicht persönlich zu kennen, Seine Glückwünsche aussprechen und einen Blumenkorb überreichen.

---

* Mitteilung aus dem Bureau der Königl. Hoftheater. Im Königl. Schauspielhause findet Sonntag, den 2. Februar, nachmittags die letzte Vorstellung des Weihnachtsmärchens „Schneewittchen" statt.

* Residenz-Theater. Hr. Adalbert Matkowsky spielt morgen, Freitag, noch einmal den Kean. — Am Sonnabend geht zum ersten Male mit Frl. Jenny Groß und Hrn. Adolf Klein als Gästen das Lustspiel „Die Fee Caprice" von Dr. Oskar Blumenthal in Scene. Sonnabend nachmittag ¼4 Uhr wird das Märchen „Der Edelweißkönig" wiederholt.

* Der zweite Beethoven-Abend von Wilma Norman-Neruda (Lady Hallé) (Violine) und Laura Rappoldi-Kahrer (Klavier) findet Sonnabend, den 8. Februar im Musikhause statt. Zur Aufführung gelangen die Klavier-Violin-Sonaten: A-moll, op 23; G-dur, op. 96; F-dur, op. 24; G-dur, op. 30 Nr. 3. — Karten sind in der Rietschen Hofmusikalienhandlung (Kaufhaus) zu haben.

* In die Musikgesellschaft in Dundee (Schottland), die allmonatlich regelmäßig Musikabende veranstaltet, war am 17. d. Mts. Frl. Agnes Witting aus Dresden, die seit einigen Jahren in London lebt, als Sängerin geladen worden. Frl. Witting hat bisher in den verschiedenen Musikaufführungen in London und in anderen Städten Englands, wie in Bristol, Glasgow, Edinburg, mit gutem Erfolge mitgewirkt. Sie ist nun auch in Dundee gefeiert worden. In dem „Dundee Advertiser" vom 18. d. Mts. ist darüber zu lesen: Frl. Witting hat eine wohlgebildete machtvolle Mezzo-Sopranstimme. Ihr Vortrag zeichnet sich durch ein vornehmes künstlerisches Gepräge aus. Die 13 Lieder dieses Abends erhielten, trotz der Verschiedenheit des musikalischen Charakters, eine Ausführung, die allgemein erfreute; besonders in den dramatischen Liedern trat ihr bedeutendes Können am deutlichsten hervor. Mit Liszts „Loreley", Schuberts „Allmacht", Händels „Come and Trip it", Brahms „Meine Liebe ist grün" erntete die Künstlerin stürmischen Beifall, und allgemein bewunderte man ihre Vielseitigkeit des musikalischen Ausdrucks. -r.

* Im Sonnabend-Symphonie-Konzert der Trenkler'schen Kapelle im Gewerbehause kommen folgende Kompositionen zur Aufführung: Ouverture „Sakuntala" von C. Goldmark; Romanze G-dur für Violinensolo von L. van Beethoven (Hr. Konzertmeister Willy Olsen); „Schneewittchen", Nr. 2 der Deutschen Märchenbilder von Franz Bendel; Symphonie Nr. 7 (A-dur) von L. van Beethoven; Ouverture zur Oper „Loreley" von A. Becker (zum 1. Male); „Masquerade", Suite von A. Sullivan (zum 1. Male).

* Im Königl. Sächsischen Altertumsverein (Kurländer Palais, Jeughausplatz) wird nächsten Montag, den 3. d. Mts. Archivsekretär Dr. Beschorner über „Die Wüstungen und ihre Entstehung" einen Vortrag halten.

SLUB
Wir führen Wissen.

Oeffentliche Zustellung.

In Ehesachen der Auguste Emma verehel. Langanke geb. Mauß in Stolpen, Klägerin, vertreten durch den Rechtsanwalt Michaelis in Dresden, gegen ihren Ehemann, den Barbier Hugo Robert Langanke, zuletzt in Neustadt, jetzt unbekannten Aufenthalts Beklagten, wegen Ehescheidung, hat Klägerin gegen das am 28. Oktober 1901 verkündete, öffentlich zugestellte und die Klage abweisende Urtheil der III. Civilkammer des Kgl. Landgerichts Bautzen Berufung eingewendet mit dem Antrage:

unter Aufhebung des angefochtenen Urtheils nach dem Klagantrage zu erkennen.

Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits zu dem vom V. Civilsenate des Kgl. Oberlandesgerichts Dresden anberaumten Termine auf

Sonnabend, den 19. April 1902, Vormittags ½10 Uhr,

mit der Aufforderung, einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Berufung bekannt gemacht.

Dresden, den 21. Januar 1902.

698 **Der Gerichtsschreiber beim K. S. Oberlandesgerichte.**

Venedig. Hotel d'Italie Bauer. **Julius Grünwald sen.** Besitzer.

Neubau des Ministerialgebäudes zu Dresden-N.

Die **Granittreppen für den Mittelbau und die Eingangshallen** sollen auf dem Wege öffentlichen Ausschreibens vergeben werden. Angebote hierfür sind bis spätestens den **10. Februar 1902 vormittags 10 Uhr** bei der unterzeichneten Bauleitung, Arnimstraße 4, einzureichen, woselbst auch vom 1. Februar 1902 ab die Unterlagen gegen gebührenfreie Erlegung von 1 M. 45 Pf. für 1 Stück entnommen und die Zeichnungen eingesehen werden können.

Jedwede Entschließung bezüglich Vergebung der Arbeiten bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Jeder Bewerber ist bis zum 10. März 1902 an sein Preisangebot gebunden. Wer bis dahin keinen Bescheid erhält, hat dasselbe als abgelehnt zu betrachten.

Dresden, den 29. Januar 1902.

Königl. Bauleitung des Ministerialgebäudes zu Dresden-N.
H. Kuster, Landbauinspektor. 821

Circus Schumann
Dresden-Löbtau.
Täglich Abends 8 Uhr
Grosse Vorstellung.

Nur noch 6 Tage: Auftreten des berühmtesten Dompteurs Herrn **Julius Seeth** mit seinen **25 abessynischen Löwen.** — Direktor **Max Schumann** mit dem **Tigerhengst „Domino"** als **Commis voyageur.** — Herr **Hugo Herzog** mit seinem Schulpferde **„Monopole".** — **Orig.-Max Franklins Truppe, Parterre-Akrobaten. Areo** und **Kiva** mit ihrer Neuheit: Die seiltanzende Koloffaldame. — **Ungarische Hetzjagd, Leben und Treiben auf der Puszta,** dargestellt vom gesammten Personal.

Sonnabend, den 1. Februar:

Grosse Parade-Gala-Vorstellung,

zum Besten des Albertvereins, wozu Ihre Majestät die Königin Allerhöchstihren Besuch in Aussicht gestellt hat.

Sensations-Programm.

Neue Debuts! 822 Neue Debuts!

Wiener Garten.

Täglich 7 Uhr, Mittwochs, Sonnabends und Sonntags 4 Uhr
im festlich dekorirten Concert-Saal

Grosses Concert
der echten Original Wiener Schrammelsänger.

Humoristisches Programm. Kaiserle-Theater. Illumination.
Eintritt Wochentags frei. — Programm 10 Pf. — Sonntags 20 Pf.

In der originell eingerichteten **Alt-Oberbayrischen Gebirgs-Schänke** täglich **Concert** der urgemüthlichen Oberländler Spezialisten. Eintritt gänzlich frei.

Morgen Freitag **Spezialität**

Sauerbraten mit voigtländischen Klösen.

1 Portion 50 Pf.

818 **M. Canzler.**

Hotel Stadt Gotha
Weinrestaurant

Austern prima Whitestable Natives und Holländer.

Weinhandlung A. Kögel. 3

Hôtel du Nord

Bes. **Alwin Hensel**

empfiehlt seine

vollständig renovierten Säle

zur Abhaltung von

Hochzeiten, Familienfesten, Diners etc.

Franz. Küche. Pr. Referenzen. Weine nur erster Firmen.

871

Gasthaus „Zum Trompeterschlößchen"
Dresden.

Altbewährtes bürgerliches Gasthaus I. Ranges.
40 Zimmer mit guten Betten von 1,25 M aufwärts **ohne Berechnung** von Licht und Service.

Größte Ausspannung der Residenz.
Besitzer **A. Reibeholz.**

Wasserstand der Elbe und Moldau.

	Budweis	Prag	Perhubitz	Melnik	Leitmeritz	Dresden
29. Januar	+ 11	+ 42	+ 50	+ 56	+ 58	− 26
30. „	+ 16	+ 49	+ 49	+ 48	+ 50	− 37

Stadtverein für innere Mission.

Sonntag, den 2. Februar 1902
Abends ½8 Uhr
Vereinshaus, Zinzendorfstr. 17.

Dritter griechischer Dichterabend:
Aeschylus.

Mitwirkende:
Herr Gymnasialoberlehrer Dr. **Giesing** (Vortrag), Herr Kammersänger **Glomme** (Recitation), Herr **Joh. Köyschke** (Orgel).

Einlaß ½7 Uhr. 708

Eintrittskarten: Sitzplätze zu 80 Pf. (unnumerirt), 50 und 60 Pf. (numerirt) Zinzendorfstraße 17 (Vereinshaus). — Ecke König Johann- und Moritzstraße (Rüger), Ecke Sor- und Breitestraße (Rüger). Ecke Haupt- und Ritterstraße (Spähde).

Panorama international.

Marienstraße 20, I (Drei Raben). System Hofl. R. Fuhrmann-Berlin.

2 Diese Woche:

Salzkammergut,

Salzburg, Gmunden, Ischl, Hallstadt etc.

Eintritt 20 Pf. Kinder 10 Pf.

491

Saubere Frau sucht **Wäsche** aufs Land, zum **Nähen, Bleichen, Plätten. W. Richter,** Wachwitz, Pillnitzer Str. 6.

Junger strebsamer Mann,
welcher Beamtenschule besucht, gute Zeugnisse besitzt, 14½ Jahre alt,

sucht Stellung

bei **Gemeinde, Bezirkssteuereinnahme, Rechtsanwalt** oder **ähnlichen Verwaltungen.**

Antritt kann **sofort** erfolgen.

Werte Offerten unter **A. W.** in die Geschäftsst. d. Bl. 816

Tageskalender.

Freitag, den 31. Januar.

Königliches Opernhaus.
(Altstadt.)

Fünftes Symphonie-Konzert (Serie A). Anfang 7 Uhr. Vormittags 10 Uhr: **Generalprobe.**

Sonnabend: **Samson und Dalila.** Oper in drei Akten und vier Bildern von C. Saint-Saëns. (Anfang ½8 Uhr.)

Königliches Schauspielhaus.
(Neustadt.)

Des Pastors Ämke. Eine Komödie in drei Aufzügen von Erich Schlaikjer. Anfang ½8 Uhr.

Sonnabend: **Der erste Liebhaber.** Lustspiel in vier Akten von Richard Franz. (Anfang ½8 Uhr.)

Residenztheater.

Gastspiel Adalbert Matkowsky **Kean oder Genie und Leidenschaft.** Schauspiel in fünf Akten und einem Zwischenspiel im Zuschauerraum (Drury-Lane-Theater 1820) von Alexander Dumas. Edmund Kean — Hamlet: Adalbert Matkowsky als Gast. Anfang ½8 Uhr. Ende nach ½11 Uhr.

Sonnabend: Nachm. ¼4 Uhr: **Edelweißkönig.** — Abends ½8 Uhr: Gastspiel Jenny Groß und Adolf Klein: **Die Fee Caprice.**

Central-Theater.

Täglich **Variété-Vorstellung.** Anfang ½8 Uhr.

Victoria-Salon.

Anfang ½8 Uhr. 1
Sonntags: ¼4 und ½8 Uhr.

Hohenzollernhof-Restaurant
Breitestrasse 5.

Vornehmes Bier- u. Wein-Lokal
I. Ranges.

Specialität:
Vorzügliche Küche bei kleinen Preisen.

167 **Georg Dressel.**

J. M. Schmidt & Co.

Königl. Sächs. Hoflieferanten

12 Neumarkt 12
Fernsprecher I, 174.

Importen Bremer und Hamburger Cigarren.

558

Kaffee. Thee.

Ferdinand Sander
Karlsbader Original-Bäckerei
Bismarckplatz 12.
(Fernspr. I 413) 823

Pfannkuchen
Torten
Thee- & Dessertgebäck.

Verschiedene **Biere.**

Frühstück. Garten.

Pohle-Dresden.

Echte
Perser-Teppiche

alte, selten schöne, gut erhaltene,
offerire ich, um mein zu großes Lager schneller umzusetzen,

mit 30—33⅓% Preis-Ermässigung.

Türkische, indische, Japaner Teppiche.
Kelims, Kelimdecken, Jijims, Jijimdecken.
Türkische, indische Stickereien.
Tabourets, Tische mit Bronceplatten, Kleiderständer etc.
Niedrige Preise. Reelle Bedienung.

Orient-Import
Joh. Georg Pohle,
Dresden-A., Struvestrasse 7. 95

Auswahlsendungen nach allen Orten franko nächstgel. Bahnstation.

Die zur Konkursmasse der
Aktien-Gesellschaft Electricitätswerke
(vorm. O. L. Kummer & Co.)
gehörigen, noch in reicher Auswahl vorräthigen

elektrischen Beleuchtungskörper

werden von heute ab

mit 30% unter Selbstkosten

Waisenhausstraße 22 im Hintergebäude verkauft.

Dresden, den 4. Januar 1902.

Der Konkursverwalter:
Justizrath Dr. Mittasch.

302

C. Bär & H. Beyer
Schlossstrasse
28
schräg über
dem Königl. Schlosse.

Feine Tafelbonbons
Specialitäten erster auswärtiger Confiseure.
à Pfd M 3,—
Neuheit: **Wiener Confituren.**

Schweizer Chocoladen:
Kohler • Lindt • Suchard
„Gala" Peter.

24

Theresienstraße 7,
Dresden-Neustadt,

ist die hochherrschaftliche

Parterre-Wohnung,

bestehend aus 6 Zimmern, Mädchenkammer, Badezimmer und Zubehör, mit Gartengenuß, **mit oder ohne Stall** für 3 Pferde, v. 1. April ab oder später, **zu vermiethen.** Näheres Theresienstraße 7 beim Hausmann. 813

Altes Gold

u. **Silber, Uhren,** sowie **Münzen u. Medaillen, Edelsteine kauft Fr. v. Schlechtleitner,** Juwelier, **Annenstr. 21,** neb. **Hotel Ansonhof. Alterthümliche Sachen jeder Art werden gekauft.** 4

199

Braut-Ausstattungen
Kinder-Ausstattungen.
388 Wäsche-Ausstattungsgeschäft
Marg. Stephan, Breitestr. 4.

Tagesordnung der Kammern.

I. Kammer. 18. öffentliche Sitzung Dienstag, den 4. Februar 1902, mittags 12 Uhr. 1. Vortrag aus der Registrande und Beschlüsse auf die Eingänge. 2. Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über Kapitel 27 und 28 des Staatshaushaltsetats für 1902/03, auf den Staatskassen ruhende Jahresrenten und Ablösung der dem Domänenetat nicht angehörigen Lasten sowie Abfindungszahlungen bei Rechtsstreitigkeiten betreffend (Drucksache Nr. 40), und allgemeine Debatte zum Staatshaushaltsetat für die Finanzperiode 1902/03.

Familiennachrichten.

Geboren: Ein Knabe: Hrn. Postkassirer Büchner in Meerane; Hrn. Johannes Seidel in Leipzig. — Ein Mädchen: Hrn. Brokarbeiter Otto Hänlich in Neusalza (Sachsen); Hrn. Curt Stelzner in Leipzig.

Verlobt: Hr. Ludwig Lenz in Rötzsenberg mit Frl. Louise Goldschmidt in Neumarkt i. O.

Gestorben: Hr. Rentier Henry Reisch (73 J.) in Dresden; Frau Elisabeth Rall geb. Rausch in Dresden; Hrn. Carl Heß in Dresden-Plauen ein Sohn (Walther, 3 J.); Frau Emilie verw. Richter geb. Werner in Dresden; Hr. Ingenieur Curt Wittig in Magdeburg; Hrn. Diplomingenieur Adolf Lippmann in Hildburghausen ein Sohn (Carl, 7 M.); Hr. Geh. Justizrat Hermann Mecke, Rechtsanwalt beim Reichsgericht (68 J.) in Leipzig; Hr. Max Alfred Pelikan (46 J.) in Leipzig; Hr. Otto Ulrich jun. (45 J.) in Werdau; Hr. Wilhelm Scherle (63 J.) in Leipzig; Frau Marie Meister geb. Zehnder (77 J.) in Plauen i. V.

Die Verlobung ihrer Tochter **Ella** mit Herrn **Hans von Zanthier,** Leutnant und Adjutant im 12. Infanterie-Regiment Nr. 177, beehrt sich anzuzeigen

Dresden, im Januar 1902.

Elvira Legler geb. Ehrler.

Seine Verlobung mit Fräulein **Ella Legler,** Tochter des verstorbenen Herrn Oberstleutnants Legler und dessen Gemahlin Frau Elvira Legler geb. Ehrler beehrt sich anzuzeigen

Dresden, im Januar 1902.

Hans von Zanthier,
817 Leutnant und Adjutant im 12. Infanterie-Regiment Nr. 177.

An alle diejenigen, welche in echt patriotischer Gesinnung den Verein

Invalidendank für Sachsen
Bureau:
Seestraße Nr. 5, I.

in seinen Bestrebungen zum Besten unserer jetzigen wie zukünftigen Invaliden zu fördern wünschen, ergeht hierdurch die ergebene Bitte, demselben zahlreiche schätzbare Aufträge für seine **Annoncen-Expedition,** die mit allen Zeitungen der Welt in geregeltem Verkehre steht, und daher Bekanntmachungen aller Art zu **Originalpreisen ohne Provision, Porto** und **sonstige Nebenspesen** in prompt und zuverlässige Blätter prompt besorgt, gütigst zu erteilen, sowie seiner **kostenfreien Stellen-Nachweis** für Militär-Invaliden, sein **Effekten-Kontroll-Bureau,** seinen **Theater-Billetverkauf** für die Königl. Hoftheater und das Residenztheater und seine

Kollektion der
Kgl. Sächs. Landeslotterie

benutzen zu wollen.

Statt jeder besonderen Ansage.

Generalmajor Freiherr **von Uslar-Gleichen** und Freifrau **von Uslar-Gleichen** geb. Freiin von Uslar-Gleichen beehren sich die Verlobung ihrer jüngsten Tochter **Ilse** mit dem Bezirksassessor **Ferdinand Freiherr von Könneritz** anzuzeigen.

Zwickau, 28. Januar 1902.

Statt jeder besonderen Ansage.

Bezirksassessor Freiherr **von Könneritz** beehrt sich seine Verlobung mit Freiin **Ilse von Uslar-Gleichen,** jüngster Tochter des Generalmajors Freiherr von Uslar-Gleichen und dessen Gemahlin, geb. Freiin von Uslar-Gleichen, anzuzeigen.

Zwickau, 28. Januar 1902. 819

Für die vielen liebevollen und wohlthuenden Beweise herzlicher Theilnahme beim Hinscheiden unseres unvergeßlichen geliebten Mannes und Vaters, des

Kgl. Sächs. Generalleutnant z. D.

Oskar von Funcke,

sagen wir Allen unseren

tiefgefühlten Dank.

Dresden-N., 29. Januar 1902.

820 **Die Hinterbliebenen.**

Für die Redaktion verantwortlich: Willy Doenges in Dresden.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

129. Sitzung vom 29. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Ministerialdirektor Caspar und einige außerpreußische Vertreter.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnete die Sitzung.

Auf der Tagesordnung standen Anträge aus dem Hause. Zunächst erfolgte die Beratung des Antrag Bassermann (nl.) wegen Vorlegung eines Gesetzentwurfes betreffend Einführung besonderer Gerichte für Rechtsstreitigkeiten aus dem kaufmännischen Dienstvertrag. Der Antrag fordert 1., daß diese besonderen Gerichte den Amtsgerichten anzugliedern sind; 2. sollen die Gerichte bestehen aus einem Amtsrichter als Vorsitzenden und je einem Prinzipal und einem Handlungsgehilfen als Beisitzern; 3. sollen die Beisitzer mittelst Wahl der Prinzipale und Handlungsgehilfen in getrennter Wahlhandlung bestellt werden. Diese Wahl ist unmittelbar und geheim; 4. soll das Verfahren ein beschleunigtes, einfaches, mit geringen Kosten verknüpftes sein; 5. sind den Gerichten die Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Dienstvertrage zu überweisen; 6. ist die Berufung gegen Urteile dieser Gerichte immer zulässig, wenn der Wert des Streitgegenstandes den Betrag von 100 M. übersteigt.

Zur Begründung des Antrages nahm das Wort

Abg. **Bassermann** (nl.): Kaufmännische Schiedsgerichte sind schon bei den verschiedensten Gelegenheiten gefordert. Ueber die Notwendigkeit der Einführung herrscht in diesem Hause nahezu Einstimmigkeit. Es muß eine rasche Rechtsprechung in Streitigkeiten über den kaufmännischen Dienstvertrag herbeigeführt werden. Es bestehen nur Meinungsverschiedenheiten darüber, ob diese Gerichte den Gewerbegerichten angegliedert werden sollen oder den Amtsgerichten. Indessen ist diese Frage von sekundärer Bedeutung. Ich bin für Angliederung an die Amtsgerichte, der Abg. Naab hat ja demgegenüber Angliederung an die Gewerbegerichte gefordert. Aber es scheint, als ob selbst die Freunde dieses Herrn nicht immer derselben Ansicht waren. So war auch in der „Staatsbürgerztg." eine entgegengesetzte Ansicht vertreten. Ich beantrage Verweisung unseres Antrages an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Ministerialdirektor **Caspar**: Die Beratungen des Reichsamts des Innern über den Gegenstand, den der Antrag des Abg. Bassermann behandelt, sind so weit vorgeschritten, daß in Bälde die Einbringung eines Gesetzentwurfs darüber zu erwarten ist. Unter diesen Umständen erübrigt es, auf die einzelnen vom Abg. Bassermann erwähnten Punkte einzugehen, erübrigt es auch nach meiner Meinung, eine besondere Kommission für seine Vorberatung einzusetzen, da ja die zu erwartende Vorlage voraussichtlich doch einer besonderen Kommission überwiesen werden wird.

Abg. **Hitze** (Z.): Ich freue mich über die Erklärung, halte es aber für sicherer, den Antrag an eine Kommission zu verweisen; die Kommission kann ja dann die Vorlage der verbündeten Regierungen abwarten. Ich freue mich auch, daß die Regierungen ihren passiven Widerstand gegen Initiativ-Anträge aufgeben. Es sprechen Gründe für Anschluß an die Amtsgerichte, wie für Anschluß an die Gewerbegerichte, und es ist schwer zu entscheiden, was hier das Richtigste sein wird. Ich schließe mich dem Antrage auf Verweisung an eine Kommission von 14 Mitgliedern an.

Abg. **Rosenow** (Soz.): Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit kaufmännischer Schiedsgerichte bestehen nicht, wohl aber geht uns der Antrag Bassermann nicht weit genug. Wir gehen der Angliederung an die Gewerbegerichte den Vorzug. Die Kaufleute treten nur für Angliederung an die Amtsgerichte ein, weil sie nicht mit den gewerblichen Arbeitern gleich behandelt werden wollen. Das aktive und passive Wahlrecht muß von 21 Jahren ab gewährt werden, Männern und Frauen in gleicher Weise.

Abg. **Oenning** (kons.): Wir stehen dem Antrage Bassermann sympathisch gegenüber. Die Frage, ob Angliederung an Gewerbegerichte oder an Amtsgerichte, können wir hier im Plenum nicht entscheiden. Es spricht für die Angliederung an die Amtsgerichte, daß dann ein Amtsrichter den Vorsitz führt, für die Angliederung an die Gewerbegerichte dagegen die Thatsache, daß Gewerbebetrieb und kaufmännischer Betrieb sich oft nicht genau voneinander scheiden lassen. Wir sind auch für Verweisung an eine Kommission.

Abg. **Pistl** (fr. Vp.): Wir sind für Angliederung an die Gewerbegerichte, und zwar wünschen wir Schaffung einer besonderen Kammer für kaufmännische Streitigkeiten bei den Gewerbegerichten. Auch wir sind für Verweisung an eine Kommission.

Damit schloß die Beratung.

Der Antrag ging an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Es folgte die erste Beratung des von dem Abg. Rickert (fr. Vgg.) eingebrachten Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des Wahlgesetzes für den Deutschen Reichstag in Verbindung mit der ersten Beratung des gleichartigen vom Abg. Gröber (Z.) eingebrachten Gesetzentwurfes.

Die Anträge bezwecken im wesentlichen, daß den Wählern amtlich gestempelte und undurchsichtige Umschläge geliefert werden, in denen jeder Wähler in einem abgesonderten Raum in Abwesenheit jeder anderen Person und von niemand beobachtet seinen Stimmzettel zu verschließen hat.

Zur Begründung nahm das Wort

Abg. Dr. **Barth** (freis. Vgg.): Ich bitte, den Entwurf nicht an eine Kommission zu verweisen, sondern heute noch in zweiter Lesung zu erledigen. Die Mißstände im Wahlverfahren, die durch unsere Anträge beseitigt werden sollen, sind nicht bloß politischer, sondern auch moralischer Natur. Der Bundesrat hat die Verpflichtung, das Seinige zu thun, um den hierbei vorkommenden moralischen Skandalen entgegenzutreten. In anderen deutschen Staaten haben wir jetzt schon, was wir heute für das Reich fordern. Wie kann dem gegenüber der Bundesrat mit verschränkten Armen dastehen? Es ist mir unerklärlich, wie er sich zum Mitschuldigen eines solchen Unfugs machen kann, wie er jetzt betrieben wird. Hier muß der Bundesrat diligentiam prästieren, indem er unsern Beschlüssen zustimmt, oder selbst einen Gesetzentwurf vorlegt.

Zur Begründung des Antrags Gröber sprach

Ab. **Kirsch** (Z.): Ich glaube, der Hr. Abg. Barth geht bei aller sonstigen Richtigkeit seiner Behauptungen zu weit, wenn er den Bundesrat schon jetzt dafür verantwortlich macht, daß auch in Zukunft der vorliegende Antrag nicht Gesetz werden sollte. Im übrigen unterscheidet sich der Antrag Gröber vom Antrage Barth so wenig, daß ich den Ausführungen des Abg. Barth nichts hinzuzufügen habe. Ich empfehle Ihnen, die Anträge schon heute in zweiter Lesung zu beraten.

Abg. **v. Tiedemann** (Rp.) erklärte, daß seine Freunde gegen die Anträge stimmen müßten, wenn sie gleich zur zweiten Lesung gelangen sollten. Sie bedürften einer Kommissionsberatung. Ob es geraten sei, die geheime Abstimmung noch geheimer zu machen, sei zweifelhaft. (Oho! links.) Der Text der Anträge enthalte eine Menge sprachlicher Inkorrektheiten. Wenn man ein Gesetz mache, müssen es wenigstens gutes Deutsch enthalten. Z. B. sei der Satz nicht schön „und dürfen von da ab keine Stimmzettel mehr angenommen werden". Er beantrage, den Entwurf zur Korrektur einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Dr. **v. Komierowski** (Pole): Auch in dieser Frage hat der Hr. Reichskanzler nicht klar seine Stellung zum Ausdruck gebracht; es scheint, daß er überhaupt nur in der Polenfrage klar und deutlich Farbe bekannt hat. Wir sind aber aus voller Ueberzeugung für die vorliegenden Anträge und empfehlen deren einstimmige Annahme ohne vorgängige Kommissionsberatung.

Abg. **Bassermann** (nl.): Aus mehrjähriger Erfahrung in Baden kann ich erklären, daß alle Parteien mit der Einführung der gleichen Stimmzettel und des Isolierraumes zufrieden sind. In der ersten Zeit ist es freilich vorgekommen, daß die Bürgermeister kleiner Städte zur besseren Wahrung des Wahlgeheimnisses einen Polizisten in die Wahlzelle gesteckt haben. (Heiterkeit.) Einer Kommissionsberatung bedarf der Gesetzentwurf nicht.

Abg. **Auer** (Soz.): Das Gesetz ist unbedingt nötig. Darüber sind eigentlich alle einig. Wie kann man nur behaupten, es handle sich nur darum, die Abstimmung noch geheimer zu machen. Dann wäre der Antrag ja überflüssig. Die Notwendigkeit der größeren Sicherung des Wahlgeheimnisses ist auch von Männern der Rechten hier im Hause anerkannt worden. Schade, daß diese Versicherungen keine Verbindlichkeit für die Praxis draußen im Lande haben. Es handelt sich bei dem Antrage darum, die hohe soziale Aufgabe der geheimen Abstimmung zu sichern. Die Verhältnisse bei den Wahlen sind überall verbesserungsbedürftig; verwendet man doch sehr oft als Wahlurnen Zigarrenkisten. Man treibt die Wähler jetzt kolonnenweise an die Urne und zwingt sie, den Zettel so zu halten, daß der kontrollierende Beamte die Abstimmung genau übersehen kann. Redner besprach sodann zahlreiche Unregelmäßigkeiten, die bei den letzten Wahlen vorgekommen seien.

Abg. Dr. **v. Levetzow** (kons.): Was der Hr. Vorredner ausführte, gehörte nicht zur Tagesordnung, wenn es auch zum Teil nicht uninteressant war. Ich will die Zeit, die dadurch verschwendet worden ist, wiedergewinnen, indem ich ganz kurz unsere Stellung festlege. Wir verwerfen den Antrag Rickert, wir halten an unseren früheren Erklärungen fest, wir halten fest an den Bedingungen der Verfassung und damit an den Wahlzetteln. Wir wollen nichts wegnehmen und nichts hinzuthun. Es ist heute nichts Neues gesagt worden, deshalb haben wir keinen Grund, unsere Stellung zu ändern. (Beifall rechts.)

Abg. **Beck**-Coburg (frs. Vp.): Die kleinen und mittleren Staaten sind nicht gegen den Antrag, es muß also schon die Schuld Preußens sein, wenn der Bundesrat diesem Antrage nicht günstig gegenübersteht. Der Hr. Reichskanzler wird also den preußischen Ministerpräsidenten beiseite nehmen müssen, um von ihm zu erfahren, weshalb Preußen die größere Sicherung des Wahlgeheimnisses nicht will. Die stilistischen Unebenheiten, die Hr. v. Tiedemann gerügt hat, sind nur an Stellen vorhanden, die der Verfassung entnommen worden sind.

Abg. Dr. **Pachnicke** (frs. Vgg.): Wir haben seit Jahren über diesen Antrag verhandelt, wie kann man sich da auf den Satz berufen quieta „non movere". Seit zehn Jahren ist dieser Grundsatz durchbrochen, nur der Bundesrat hat seine Ruhe bewahrt. Möglicherweise ist Hr. v. Tiedemann selbst schuld an den stilistischen Unebenheiten des § 11, da er doch die rechte Hand des Fürsten Bismarck war, als die Verfassung geschaffen wurde. Der Abg. Windthorst hat sich im Abgeordnetenhause auch für vollständig geheime Wahl ausgesprochen. Die Wahlproteste zeigen uns ja, was heute an Unregelmäßigkeiten vorkommt. Der Streit um das Wahlrecht ist ein Streit um die Macht. So lange die Wahl nicht vollständig geheim ist, sind Beeinflussungen möglich. Baden, Württemberg und Hessen haben das Seriphen eingeführt. Auch Frankreich beabsichtigt den Weg einzuschlagen. Folgen wir diesen Beispielen. (Beifall.)

Der Antrag Tiedemann wurde gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt. In der sich sofort anschließenden zweiten Beratung wurde der Gesetzentwurf ohne Erörterung angenommen.

Den nächsten und letzten Gegenstand der Tagesordnung bildete die zweite Lesung des vom Zentrum eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Freiheit der Religionsübung. Berichterstatter war Abg. Dr. Pichler.

§ 1, der von der Kommission unverändert angenommen ist, lautet: „Jedem Reichsangehörigen steht innerhalb des Reichsgebiets volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften sowie der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung zu. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen."

Hierzu beantragen die Abgg. Dr. Hieber und Dr. Sattler (natlib.), für den Fall der Annahme des § 1 folgenden Absatz 2 einzuschalten:

Der Erlaß von Gesetzen zur Ausführung des vorstehenden Grundsatzes ist bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes über Vereins- und Versammlungsrecht Sache der Einzelstaaten.

Abg. **Schrader** (frs. Vgg.): Ich freue mich, daß der Hr. Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky der Beratung beiwohnt. Ich entnehme daraus, daß die Bedenken, die bei der ersten Lesung auf seiten der verbündeten Regierungen obwalteten, nicht mehr in derselben Weise bestehen. Wir haben heute nur über den ersten Teil des Antrages Lieber zu verhandeln. Wir ist hierbei die Kompetenz des Reichs nicht zweifelhaft, während dies bei dem zweiten Teile der Fall wäre. Es handelt sich um die persönliche Freiheit der Religionsübung. Eine gleichmäßige Regelung dieser Angelegenheit im Deutschen Reiche ist durchaus angezeigt. Auch diejenigen, die noch Bedenken haben, sollten sich entschließen, im Wege der Verfassungsänderung oder in anderer Weise den Schwierigkeiten zu begegnen. Ich möchte wünschen, daß hier im Hause die Verhandlungen in versöhnlicher Weise gepflogen werden. Hoffentlich trägt dieses Gesetz dazu bei, ein besseres Verstehen der Konfessionen herbeizuführen. Nur so können wir zu einem religiösen Frieden kommen. Der § 1 ist der preußischen Verfassung entnommen. Den Antrag, die Ausführung den Einzelstaaten zu überlassen, halte ich nicht für unbedenklich. Ich bitte, den Paragraphen unverändert anzunehmen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Hieber** (nl.): Wir sind nur für den § 1, wenn auch unser Antrag zu diesem Paragraphen angenommen wird. Der Antrag ist begründet auf Vorkommnissen in den einzelnen Bundesstaaten. Die Protestanten bedauern alle solche Beschränkungen der Gewissensfreiheit. Wir wollen auch, daß alle Ueberreste veralteter Polizeiherrschaft auf kirchlichem Gebiete beseitigt werden. Ich bestätige, daß die Kommissionsverhandlungen durchaus im Geiste gegenseitiger Duldung geführt wurden. Wir sind aber über das Erstaunen nicht hinausgekommen, daß gerade das Zentrum als diejenige Partei sich hinstellt, die das deutsche Volk mit der wahren religiösen Freiheit beglücken will. Mit der bloßen dogmatischen Toleranz ist es nicht getan. Die Unterscheidung wurzelt in den Gedankenkreisen, die den Begriff des modernen Staates heraufgeführt haben. Der Gegensatz zu diesem Gedanken besteht bei der katholischen Kirche noch. Aber wir freuen uns, daß das Zentrum sich in der vorliegenden Frage auf den modernen Standpunkt stellt. Aus der Kompetenzfrage will ich keine Bedenken gegen den Antrag herleiten; wir legen auf die formale Kompetenzfrage keinen entscheidenden Wert. Wenn ein Bedürfnis der Reichs- und Rechtseinheit, der Bekenntnis- und Gewissensfreiheit vorliegt, das in dem jetzigen Rechtszustande seine Befriedigung nicht findet, so müßte eventuell die Kompetenz des Reiches erweitert werden. Es handelt sich um die Zweckmäßigkeitsfrage. Nun ist § 1 dem Art. 12 der preußischen Verfassung nachgebildet; aber es fehlt der Zusatz, der auf die Art. 30 und 31 hinweist. Es besteht die Gefahr, daß das Reichsgesetz die jetzt bestehenden Landesgesetze in einzelnen Punkten durchbricht. Diese Frage ist abhängig von der Regelung der Frage des Versammlungsrechts. Solange aber kein Reichsgesetz vorliegt, muß man sich hüten, in die Befugnisse der Einzelstaaten einzugreifen. Unsere Erfahrungen bei der Kulturkampfgesetzgebung zwingen uns, auf Annahme unseres Antrags zu bestehen. Den Hinweis auf die Schutzgebiete kann ich nicht gelten lassen, weil es sich dort nicht um einen Dualismus handelt, weil wir dort auch nicht eine so lange geschichtliche Entwickelung haben.

Abg. Graf **Bernstorff**-Lauenburg (Rp.): Wenn der Antrag mit seinem zweiten Teile noch belastet wäre, würden wir insgesamt dagegen stimmen. Ein Teil meiner Freunde hat auch jetzt noch Bedenken gegen § 1 aus Kompetenzrücksichten. Ich teile diese Bedenken nicht. Die freie Religionsübung ist das wichtigste Recht eines jeden Menschen, sie ist nur gebunden an solche Beschränkungen, die das Staatsinteresse gebietet. Wenn man ein Reichs-Vereinsgesetz will, sollten sich die Parteien in ihren Wünschen beschränken und nur das Erreichbare verlangen.

Staatssekretär Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner**: Der Hr. Reichskanzler hat bereits im Hohen Hause darauf hingewiesen, daß die Ausübung des jus circa sacra ein Sondergebiet der Einzelstaaten sei und hiernach eine Einwirkung der Reichsgesetzgebung zu Gunsten der staatsrechtlichen Stellung der katholischen Kirche dahinsteht ausgeschlossen bleiben muß. Es ist indessen nicht zu bestreiten, daß in einem Bundesstaate, in dem jedem Bundesangehörigen das gesetzliche Recht zusteht, in jedem Einzelstaat seinen gesetzlichen Wohnsitz zu nehmen und in dem seiner eine große Anzahl von Beamten des gemeinschaftlichen Staatswesens ihren amtlichen Aufenthalt innerhalb der Einzelstaaten häufig zu wechseln haben, aus politischen und konfessionellen Gründen in hohem Grade erwünscht ist, eine möglichste Uebereinstimmung des einzelstaatlichen Kirchenstaatsrechtes herbeizuführen; aus diesem Grunde hat sich der Hr. Reichskanzler zunächst an die Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinsche Regierung gewendet, und es ist von letzterer bereitwilligstes Entgegenkommen gezeigt worden. Nach Mitteilung der Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinschen Regierung ist diese entschlossen, durch Gesetz — jedoch vorbehaltlich der näheren Formulierung — den Angehörigen der römisch-katholischen Kirche die öffentliche Religionsübung (exercitium religionis publicum) zu gewähren und diese im wesentlichen in gleicher Weise rechtlich zu ordnen, wie dieses in Preußen und Bayern zur Zeit geschehen ist. Der Hr. Reichskanzler ist entschlossen, den begonnenen Versuch, die in Deutschland zu Ununsten der katholischen Reichsangehörigen auf dem Gebiete des Staatskirchenrechtes noch bestehenden Ungleichheiten zu beseitigen, im Wege bundesfreundlicher Verhandlungen fortzusetzen. Ich bitte das Hohe Haus, den Erfolg dieser Thätigkeit abzuwarten.

Stellvertretender Mecklenburg-Schwerinscher Bundesratsbevollmächtigter Landgerichtspräsident Dr. **Langfeld**: Die Beschwerden, die über die mecklenburgischen Verhältnisse vorgebracht worden sind, sind thatsächlicher und rechtlicher Natur. In erster Beziehung ist bemerkt worden, daß den Angehörigen der katholischen Kirche eine ihren Ansprüchen genügende Religionsübung nicht möglich gemacht ist. Es ist aber hierbei zu bedenken, daß nach der letzten Volkszählung in Mecklenburg 8097 katholische Seelen gezählt wurden gegenüber einer Gesamtbevölkerung von 607 763 Seelen. Die Katholiken bilden also nur ein Drittel Prozent der Gesamtbevölkerung. Unter diesen Umständen ist es unausführbar, den Katholiken die Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse in der gleichen Weise zu verschaffen, wie in einem Lande mit vorwiegend katholischer Bevölkerung. Dazu kommt, daß eine nennenswerte Vermehrung der katholischen Bevölkerung erst in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat. Wir haben es mit einer im Flusse befindlichen Bewegung zu thun, und es ist da schwer, dauernde organisatorische Anordnungen zu treffen. Die mecklenburgische Regierung ist deshalb bestrebt, allen berechtigten Wünschen entgegenzukommen, und ist bereits in dieser Richtung vorgegangen. Was die rechtliche Stellung der Katholiken betrifft, so ist allerdings Mecklenburg zurückgeblieben gegenüber den anderen Bundesstaaten. Die mecklenburgische Regierung ist aber entschlossen, diese Lücke auszufüllen, und eine entsprechende Verordnung ist bereits ausgearbeitet. Es wird dadurch die Rechtsstellung der Katholiken wesentlich in derselben Weise geregelt werden, wie dies in Preußen und Bayern der Fall ist. Meine Regierung ist sich bewußt, mit den geplanten Maßnahmen im wesentlichen nur eine Pflicht der Gerechtigkeit gegenüber den Katholiken zu erfüllen, ohne die Rechte der Angehörigen der lutherischen Kirche zu beeinträchtigen. Wenn diese Maßnahmen zur Durchführung gebracht worden sind, so wird ein weiterer Schritt zur Befestigung des konfessionellen Friedens gethan sein. Der Satz doctrina multiplex, veritas una ist auch in der Fassung wahr: confessio multiplex, veritas una. Das Bekenntnis ist nur eines: Gottes Wort. Wenn die Konfessionen meiner Heimat sich auf diesen Boden stellen, nach dem Gesichtspunkte der gegenseitigen Achtung unter peinlicher Wahrung der einmal gegebenen Verhältnisse und Rechte zu leben, dann werden beide Konfessionen auf verschiedenen Wegen, aber in friedlichem Zusammenwirken ihr Ziel erreichen. (Beifall.)

Braunschweigischer Bundesratsbevollmächtigter außerordentlicher Gesandter Wirkl. Geh. Rat Frhr. **v. Cramm-Burgdorf**: In Braunschweig findet schon heute eine paritätische Behandlung der Protestanten und Katholiken statt. Ich freue mich, daß heute über Braunschweig keine Klagen vorgebracht sind. Die braunschweigische Regierung wird dem Landtag aber noch einen Gesetzentwurf vorlegen — der zweifellos angenommen werden wird, durch den die Sicherheit für fernere paritätische Behandlung geboten werden soll. (Beifall.)

Abg. **Büsing** (nl.): Ich kann nur meine Befriedigung über die Erklärung des mecklenburgischen Bundesratsbevollmächtigten aussprechen, möchte aber bezweifeln, daß die Beschwerden der Katholiken, die von vorsintflutlichen Bestimmungen sprechen, übertrieben sind.

Abg. Dr. **Bachem** (Z.): Nach den Erklärungen, die wir gehört haben, will ich nicht alte Wunden aufreißen, sondern fröhlich in die Zukunft schauen. Ich hoffe, daß die Verordnung die Zustimmung der mecklenburgischen Landesversammlung finden wird. (Zuruf: Ist nicht nötig!) — Dann wird man die Verordnung aber in weiten Kreisen des Volkes billigen. Die Katholiken stellen keine übertriebenen Forder-

---

Rittergut Treffin.

Roman von Robert Misch.

21 (Fortsetzung.)

Alles das wurde hier vermieden. Aber am meisten imponierte ihm doch die Idee mit der umgekehrten Mitgift. Donnerwetter — wenn er das zu stande brächte — und anders gäbe er sie ihm einfach nicht —, das wäre ein Meisterstreich, den ihm einer nachmachen sollte!

In tiefe Gedanken verloren gab er seinem Gaul, der noch immer stillstand, Schenkeldruck und ritt zur Ziegelei.

* * *

Als vorsichtiger Mann, der er in allen geschäftlichen Dingen war (und eine Heirat war in seinen Augen ein Geschäft wie ein anderes), zog der Oekonomierat zunächst Erkundigungen über Platen, über seine Familie und Vermögensverhältnisse ein.

Sie bestätigten alles, was ihm der junge Mann so nach und nach von sich erzählt hatte. „Gute Königsberger Familie — Vater Fabrikant, vor zehn Jahren gestorben, Mutter bald darauf — sonst keine näheren Verwandten."

Ein „beträchtliches" Vermögen sei hinterblieben, meldete die eine Auskunft, während die andere nur von „guten Verhältnissen" berichtete, in denen der Erbe zurückgeblieben sei. Genaueres sei nach so langer Zeit darüber nicht mehr zu ermitteln.

Nun, jedenfalls stimmte wohl eher die zweite Auskunft. Sonst hätte sich der junge Herr wohl schon längst selbständig gemacht. Mit seinem kleinen Vermögen konnte er freilich heutzutage nicht viel anfangen; die Hypotheken hätten ihm alles weggefressen.

Gerade so einen Schwiegersohn, der von ihm abhängig war, brauchte er aber; und er war jetzt fest entschlossen, die Sache ins Reine zu bringen. Aber vorsichtig — und alles mußte schriftlich abgemacht werden, damit er ihn ganz fest hatte.

An einem Sonntagvormittag nach der Kirche nahm der Alte Platen unter den Arm und spazierte mit ihm um das Dorf herum, die Klützower Landstraße entlang.

Er sprach erst von diesem und jenem, von der Aussaat und dem Wetter und den Kornpreisen, die gottlob langsam wieder stiegen. Plötzlich blieb er stehen, stemmte sich auf den dicken Knotenstock und blickte den jungen Mann forschend an.

„Na, was meinen Sie, lieber Platen, wenn ich Ihnen meine Lisbeth gäbe?"

Dem stand vor freudigem Schreck das Herz still; aber er blieb äußerlich ganz ruhig.

„Ich sage nicht, daß ich sie Ihnen gebe", fuhr der Alte verschmitzt fort. „Aber wenn ich sie Ihnen gäbe, auf welche Weise würden Sie sich erkenntlich dafür zeigen?"

„Ich würde sie unsäglich glücklich machen", rief Platen enthusiastisch.

Der Alte stieß einen langgedehnten Pfiff aus und blinzelte ihn mit den kleinen, tiefliegenden Augen an, die so spöttisch und boshaft blicken konnten.

„Glücklich . . . hehe . . . nu ja . . . das versteht sich am Rande . . . Wollt's Ihnen auch anders raten! Aber das genügt nicht. Was habe ich davon?"

„Sie freuen sich an dem Glücke Ihres Kindes. Ich weiß nicht, was Sie sonst meinen?"

„Das will ich Ihnen sagen, mein Lieber. Wer meine Lisbeth haben will, der muß einheiraten. Verstanden? In Treffin muß er bleiben, unter meiner Aufsicht."

„Als Inspektor?" fragte Platen boshaft.

„Ach was, Inspektor!" — Als Schwiegersohn und Erbe natürlich."

Ach, Sie würden mir das Gut abirten oder mich wenigstens zum Teilhaber machen?"

Er stellte sich dumm, trotzdem er genau wußte, wohinaus der Alte wollte. Der sah ihn mit einem Blicke an, der jeden anderen niedergeschmettert hätte. „Es ist wohl nicht ganz richtig bei Ihnen! Das könnte Ihnen so passen! Warum soll ich nicht lieber gleich ins Ausgedinge gehen, wie bei den Bauern? Wenn ich meine Tochter jemand gebe, so will ich doch nicht noch was dazugeben. Mir muß man was geben dafür."

„Ihnen, Herr Oekonomierat?" fragte Platen ehrlich verblüfft.

„Gott — ich will sie eigentlich überhaupt nicht verheiraten."

„Nun, ich würde mich gern allen Ihren Bedingungen fügen", lenkte Platen schnell ein. „Ich würde mit Freuden bei Ihnen bleiben."

„Hehe, das glaube ich Ihnen! Ein gutes Geschäft für 'nen armen Inspektor!"

„Nun so ganz arm bin ich doch auch nicht!"

„So? Wieviel haben Sie denn so ungefähr?"

„Etwa fünfunddreißigtausend Mark."

„Nicht mehr? Ich habe da neulich einen Landsmann von Ihnen in Stettin kennen gelernt, der Ihren Vater kannte. Der soll sehr wohlhabend gewesen sein."

Platen verfärbte sich leicht.

„Ach, das überschätzen die Leute immer", erwiderte er harmlos, „wenn einer ein bißchen besser lebt. Mein Vater machte ein Haus und hatte zuletzt große Verluste. Als er starb, blieb nicht viel übrig. Natürlich haben auch meine Studien und Reisen Geld gekostet."

„Sie scheinen die verschwenderischen Neigungen Ihres Vaters geerbt zu haben und würden Ihr Geld wohl bald alle machen, mein Lieber."

„O — nicht doch!"

„Nu will ich Ihnen mal was sagen . . . Wenn ich sie Ihnen gebe, müßte das Geld für meine Tochter sichergestellt werden — als unkündbare Hypothek auf Treffin oder Beulwitz. Natürlich zahle ich Ihnen Zinsen . . . davon könnten Sie einen Teil Ihrer Ausgaben bestreiten, Kleidung und so weiter. Alles übrige, Wohnung, Essen, Bedienung haben Sie frei . . . Das ist Ihre Mitgift. Und außerdem beerben Sie mich mal . . . Fritz kriegt nur seinen Pflichtteil. — Nu überlegen Sie sich das!"

„Da ist nichts zu überlegen. Ich nehme es mit Freuden an."

„Das glaube ich! Aber will Sie denn das Mädel?"

„Ich glaube, ich bin ihr nicht unangenehm."

„Na, das bildet sich jeder ein. Sie sind ja ein ganz netter, hübscher Mensch; aber die jungen Mädchen haben so ihre eigenen Ideen über Liebe und Heiraten. Zwingen thue ich sie nicht . . . Das ist Ihre Sache, sie rumzukriegen." — — — —

Nach Tisch ließ der Oekonomierat die beiden jungen Leute allein, die eine lange, ernsthafte Unterredung miteinander hatten.

Voll Ungeduld wartete der Alte auf das Resultat. Sie hätte nicht Ja und nicht Nein gesagt, teilte ihm Platen mit — sie bäte sich Bedenkzeit aus.

„Ach was — Bedenkzeit! Ich werde mal selbst mit ihr sprechen!"

Innerlich freute er sich jedoch, daß sie so stolz sei und sich nicht wegwürfe. Aber er hoffte, sie dieser Ehe günstig zu stimmen, bei der alles „klappte". Sie war sein vernünftiges Mädel, seine echte Tochter, kühl und leidenschaftslos. Sie hatte nicht geschwärmt oder sich gar verliebt wie die meisten anderen Mädchen in ihren Jahren. Also würde sie ja auch die Vorteile dieser Verbindung einsehen.

Lisbeth betrat das Zimmer des Vaters ängstlich und verlegen. Platen hatte sie zwar unterrichtet, möglichst wenig zu sagen, vor allem nicht gleich „Ja", damit der Vater nicht mißtrauisch würde, aber gerade diese Verstellung, an die das ehrliche Mädchen nicht gewöhnt war, drückte sie. Am liebsten hätte sie ihm alles gestanden.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.

ungen. Ich hoffe, daß die mecklenburgische Regierung den Katholiken auch beim Bau von Kirchen etwas Wohlwollen entgegenbringt. Daß Mecklenburg das jus circa sacra sich so lange reserviert hat, kann ihm nicht zum Vorwurfe gemacht werden, solange Preußen nicht mit einer Aenderung voran gegangen ist. Mecklenburg hat ein sehr gutes Beispiel gegeben. Braunschweig ein gutes. Wir ist vor einigen Tagen der Entwurf des neuen Kirchengesetzes für Braunschweig zugegangen. Dieser Entwurf beseitigt allerdings den Mißstand, daß katholische Taufen beim protestantischen Geistlichen angemeldet werden müssen. Dagegen scheint mir doch anderes in dem Gesetz noch immer bedenklich. Wo bleibt nun aber Sachsen? Der Vertreter Sachsens ist da, aber er schweigt. Sollte Sachsen, das Königreich, nicht können, was Mecklenburg und Braunschweig kann? Wir sind natürlich für den § 1 des vorliegenden Antrages, wenn die Kompetenz des Reiches nicht hinreicht zur Ausführung des Gesetzes, so muß sie erweitert werden. Ich behaupte aber, daß dies nicht nötig ist. Den nationalliberalen Antrag können wir nicht annehmen. Redner besprach weiter braunschweigische Verhältnisse. In Blankenburg verbietet man trotz aller Freisinnigkeit dem katholischen Geistlichen, sich niederzulassen.

Braunschweigischer Bundesratsbevollmächtigter Frhr. **v. Cramm-Burgdorf:** In dem Blankenburger Falle, den der Hr. Vorredner soeben berührt hat, handelt es sich nicht um eine Gemeinde aus Angesessenen, sondern hauptsächlich um Saisonarbeiter. Es ist in dieser Angelegenheit zwischen der braunschweigischen Regierung und dem Bischof von Hildesheim wiederholt korrespondiert worden, die braunschweigische Regierung hat sich aber nicht überzeugen können, daß ein wirkliches Bedürfnis vorliege. Es ist selbstverständlich durchaus unrichtig, daß wir den Geistlichen verhindert hätten, sich niederzulassen. Dabei sind ihm keine Schwierigkeiten gemacht worden. Ich will aber ausdrücklich feststellen, daß sich die braunschweigische Regierung in dieser Frage nicht durchaus ablehnend verhält, sondern es ist von unserer Seite ausdrücklich erklärt worden, daß wir die Frage noch einmal in Erwägung ziehen wollen und unsere Stellung in dieser Frage vielleicht noch ändern werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Kunert** (Soz.) (schwer verständlich) tritt für volle Parität ein, die um so nötiger sei, als der Staat nicht das Recht habe, sich in die religiösen Angelegenheiten der einzelnen Staatsbürger einzumischen.

Abg. Dr. **Bachem** (Z.): Dem Hrn. Bundesratsbevollmächtigten muß ich erwidern, daß es sich darum handelt, ob die braunschweigische Regierung die Hinderung der Ansässigmachung der in Braunschweig ansässigen oder vorübergehend anwesenden Katholiken von Braunschweig selbst aus fortsetzen will, wie es dort noch ein Unikum ist.

Die Beratung wurde danach vertagt.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Branntweinsteuernovelle; Etat).

Schluß ¾6 Uhr.

Die Budgetkommission des Reichstags beendete gestern vormittag zunächst die Beratung des Kiautschou-Etats. Bei der Abstimmung wurde die Verstärkung der Besatzung von Kiautschou um 63 Mann genehmigt, dagegen die Neueinrichtung der Marine-Reitercompagnie abgelehnt. Auf Wunsch einiger Kommissionsmitglieder wird in eine Besprechung der Denkschrift über Kiautschou eingetreten. Staatssekretär Vizeadmiral v. Tirpitz verspricht, in der nächsten Denkschrift den geäußerten Wünschen möglichst Rechnung zu tragen. Zum Schluß kommt der jüngste Leitartikel des „Vorwärts" zur Sprache, der eine angeblich neue Marinevorlage ankündigt, einen Erlaß des Reichs-Marineamts vom 6. Januar d. Js. abdruckt und sich in der bekannten Tonart über machiavellistischen Marine-Absolutismus ausspricht rc. Staatssekretär v. Tirpitz erklärt den Erlaß als authentisch und bedauert die Indiskretion bez. den Diebstahl amtlich vertraulichen Materials. Er führt aus, der Erlaß enthalte durchaus nichts Neues, sondern sei nur eine Konsequenz der Stellung des Reichs-Marineamts zum Flottengesetze. Der Staatssekretär verliest zu diesem Zwecke seine am 6. Juni 1900 im Reichstage gemachten Ausführungen über die weitere Behandlung der in dem Flottengesetze nur vorläufig zurückgestellten Auslandsflotte.

* In der gestrigen 12. Sitzung der Zolltarifkommission des Reichstags lag zunächst ein Kompromißantrag vor (Antrag Gamp-Kardorff und Gen.), der die Fassung von § 8, Abs. 1 und 2, wie folgt, vorschlägt: „Bei der Einfuhr von Waren, die je nach dem Herkunftslande verschiedenen Zollsätzen unterliegen, ist ein Nachweis darüber, in welchem Staate die Herstellung der Ware erfolgte, zu erbringen, widrigenfalls die Abfertigung zu dem höchsten Zollsatze erfolgt. Ueber die Art und Weise, in der dieser Nachweis zu führen ist, trifft der Bundesrat die erforderlichen Bestimmungen. (Abs. 1.) — Wenn über die Herstellung in einem Lande, das Anspruch auf die Abfertigung zu dem niedrigeren Zollsatze hat, Zweifel nicht bestehen, so kann von der Beibringung eines besonderen Nachweises über den Ursprung Abstand genommen werden." (Abs. 2.) Die Beratung über diese Absätze wird fortgesetzt. Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowski-Wehner bedauert die Anträge der Konservativen im Interesse der Förderung der Vorlage; die Regierung hatte den jetzigen Zustand für ausreichend, um Täuschungen vorzubeugen. Die Anträge hätten im Lande die schwersten Beunruhigungen hervorgerufen. Der Staatssekretär weist einen Stoß gegen die Anträge gerichteter Depeschen vor, die er gestern erhielt. Er bedaure die Anträge aus taktischen Gründen; sie würden den Handel unter das Kanzleijoch bringen und trotzdem ganz wirkungslos sein, er bitte, die Beratung nicht zu sehr mit Details aufzuhalten. Er würde es im Interesse des gesamten Erwerbslebens bedauern, falls eine Einigung über den Tarif in der Kommission und im Reichstage nicht erzielt würde. Daher bitte er um Ablehnung der Anträge; sonst sehe er kein Ende der Beratung ab. Der Staatssekretär hebt später noch hervor, daß Deutschland in hohem Grade Nebenprodukte einführen, Fabrikate ausführen müsse; ergreife es Retorsionsmaßregeln, so müsse es auf Gegenzüge gefaßt sein. Um eine Verständigung herbeizuführen, schlägt der Staatssekretär folgenden Vermittelungsantrag vor, mit dem die Regierung einverstanden sein könne; er lautet: „Unterliegen die eingehenden Waren, je nach ihrem Ursprung, verschiedenen Zollsätzen, so kann die Anwendung des niedrigeren Zollsatzes von dem Nachweis ihres Ursprungs abhängig gemacht werden. Die näheren Ausführungsbestimmungen trifft der Bundesrat." Der Staatssekretär empfiehlt diesen Antrag dringend. Die Abgg. Fischbeck (frs. Vp.) und Gothein (frs. Vgg.) nehmen den Antrag als eigenen auf und bringen ihn ein. Abg. Gamp (Rp.) zieht einen früher von ihm zu § 8 gestellten Antrag zurück, nachdem er von Regierungskommissaren die erwünschte Zusicherung erhalten. Preußischer Handelsminister Möller erklärt die eingangs mitgeteilten Vorschläge Gamp-Kardorff für unannehmbar. Nur der vom Grafen v. Posadowsky angeregte Antrag Fischbeck-Gothein würde eventuell annehmbar sein. — Zu einer Abstimmung kam es noch nicht. Die Beratung wird heute fortgesetzt.

* Aus der großen Zahl der gestern in der Petitions-Kommission des Reichstages verhandelten Gesuche boten nur wenige Anlaß zu Beschlüssen, die den Reichstag beschäftigen könnten, viele wurden für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet, da ihnen z. B. kein Rechtsanspruch zu Grunde liegt, da sie erledigt, oder die Instanzen noch nicht erschöpft sind rc. Eine Petition aus Gr.-Flottbeck bittet um Verbesserung des Militär-Apothekerwesens. Infolge der vom Regierungsvertreter abgegebenen Erklärung, es werde für die Apotheker eine Dienstzeit wie bei den Medizinern erwogen, eine Entscheidung in den schwebenden Verhandlungen sei in Bälde zu erwarten, begnügte sich die Kommission mit einer Ueberweisung zur Erwägung. — Eine Petition, betreffend Erlaß von Vorschriften zur Verhütung der Beerdigung Scheintoter wurde durch Kenntnisnahme zu erledigen beschlossen. — Ein Gesuch des Prof. Dr. Mehrem in Greifswald wegen Abänderung der auf das Duell bezüglichen Paragraphen des Strafgesetzbuches wurde zur Ueberweisung an den Reichskanzler als Material für die Gesetzgebung empfohlen, nachdem Abg. Dr. Müller-Meiningen (frs. Vgg.) die Wünsche warm befürwortet hatte. Vom Vertreter der Reichsregierung wurde hierbei erklärt, daß eine Reform des Reichs-Strafgesetzbuches noch nicht in Angriff genommen worden sei, daß jedoch eine Reform der Reichs-Strafprozeßordnung, auch im Falle des Scheiterns der lex Kintzelen im Reichstage, von der Regierung im Auge behalten würde. — Auf ein Gesuch um Erlaß strafrechtlicher Bestimmungen zur Verhinderung medizinischer Eingriffe zu diagnostischen, Heil- und Immunisierungszwecken an Menschen erfolgte die Erklärung der Regierung, daß, da die preußische Regelung dieser Fragen, bez. die der Einzelregierungen zur Zeit noch als völlig genügend zu erachten ist, vom Reiche eine Regelung nicht zu gewärtigen wäre. Infolgedessen wurde die Petition zur Erwägung überwiesen. — Der Verband deutscher Lohnfuhrunternehmer in Frankfurt a. M. petitioniert um Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Haftpflicht der Besitzer von Kraftwagen. Der Abg. Dr. Müller-Meiningen legte unter Hinweis auf die Erfahrungen bei und seit der Automobilwettfahrt Paris-Berlin dar, daß eine Regelung in weiten Kreisen gewünscht werde, was nicht nur im Interesse des Publikums, sondern auch der Automobilfahrer selbst liege. Der Vertreter der verbündeten Regierungen hatte zwar gegen eine Ueberweisung als Material nichts einzuwenden, er wies jedoch darauf hin, daß erst vor einigen Jahren im Bürgerlichen Gesetzbuch eine Regelung erfolgt, deshalb eine weitere Abänderung schwerlich zu erwarten, weil unthunlich sei. — Die Petition soll dem Reichskanzler als Material überwiesen werden.

Vom Landtage.

Dresden, 30. Januar. Der heutigen Sitzung der Ersten Kammer wohnte Se. Excellenz der Hr. Staatsminister v. Metzsch bei. Auf der Tagesordnung stand der Bericht der ersten Deputation über das Königl. Dekret Nr. 9, den Entwurf eines Gesetzes, die Abänderung der Gesetze über die Ausübung der Jagd und die Schonzeit der jagdbaren Tiere vom 1. Dezember 1864 und 22. Juli 1876 in Ansehung der wilden Kaninchen betreffend, sowie über die hierzu eingegangenen Petitionen von H. Hülsmann in Altenbach bei Wurzen u. Gen. um Beseitigung der Schon- und Hegzeit für wilde Kaninchen und von Fritz Frenzel u. Gen. um Beibehaltung der Schonzeit für diese Tiergattung. (Berichterstatter Hr. Kammerherr Sahrer v. Sahr-Ehrenberg.) Nach dem Regierungsentwurfe sollen die wilden Kaninchen als jagdbare Tiere gestrichen werden und dem freien Tierfange überlassen sein. Die Deputation schlägt jedoch einen anderen Gesetzentwurf vor, wonach das wilde Kaninchen jagdbares Tier bleiben, dagegen die Schonzeit aufgehoben werden und sein Aussetzen und Hegen bei Strafe verboten sein soll. Des weiteren soll der Behörde das Recht gegeben werden, auf begründete Beschwerden der beteiligten Grundstückseigentümer über einen die Land- und Forstwirtschaft schädigenden Bestand an wilden Kaninchen deren angemessene Verminderung durch den Jagdberechtigten anzuordnen. Nach einigen erläuternden Bemerkungen des Hrn. Berichterstatters zum Deputationsberichte ergriff Se. Excellenz der Hr. Präsident Wirkl. Geh. Rat Dr. Graf v. Könneritz das Wort, um der Königl. Staatsregierung für die Einbringung des Gesetzentwurfs zu danken, bemerkte aber andrerseits, daß er die Motive für die Vorlage des Deputations-Gesetzentwurfs anerkenne und daß er daher für dieselbe stimmen werde. In gleichem Sinne sprach sich Hr. Kasten aus. Bei Schluß der Redaktion hatte Se. Excellenz der Hr. Staatsminister v. Metzsch das Wort ergriffen und erklärt, daß die Regierung auf Veranlassung des Landeskulturrats radikale Maßregeln zur Beseitigung der Kaninchenfrage ergriffen habe. — Die Sitzung dauert fort.

Der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer wohnten Ihre Excellenzen die Herren Staatsminister v. Metzsch und v. Watzdorf bei. Auf der Tagesordnung befand sich die Schlußberatung über den Schlußbericht der außerordentlichen Deputation über die mittels Königl. Dekrets Nr. 4 vorgelegten Gesetzentwürfe, und zwar: A eines Gesetzes über die direkten Steuern und C eines Vermögenssteuergesetzes, sowie über die hierzu eingegangenen Petitionen. Hr. Abg. geh. Oekonomierat Hähnel begründet zunächst die Stellungnahme der Deputation und empfiehlt schließlich die einstimmige Annahme des Vermögenssteuergesetzes in der von der Deputation abgeänderten Gestalt. Hr. Abg. Richter-Großschönau erklärte, daß er, anders als vor 4 Jahren, infolge der veränderten Situation der Finanzen dem abgeänderten Entwurf zustimmen könne. Gegen die Vorlage stimmen zu müssen, erklärte Hr. Abg. Neidhardt, der Deckung des Bedarfs durch Zuschläge zur Einkommensteuer wünschte, ebenso Hr. Abg. geh. Kommerzienrat Preibisch. Letzterer würde einer weiteren Ausgestaltung der Erbschaftssteuer zur Erhöhung der Staatseinnahmen den Vorzug geben. Des weiteren sprach sich Hr. Abg. Gräfe gegen die Vorlage aus, während Hr. Vizepräsident geh. Justizrat Dr. Schill die Einwände der Gegner des Gesetzes widerlegte und warm für dieses plaidierte. Hierauf ergriff Hr. Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Diller das Wort, um auszuführen, daß die Regierung den größten Wert auf Annahme der Vorlage lege und daß bei Ausführung des Gesetzes alle Härten vermieden werden sollten; er empfahl schließlich die Annahme der Vorlage. Hr. Abg. Kommerzienrat Grumbt gab die Erklärung ab, daß er sich zunächst noch nicht für das Gesetz erwärmen könne. Inzwischen war ein Antrag des Abg. Facius und Genossen eingegangen, die gegenwärtige Schlußberatung zu vertagen. Der Antrag wurde mit 62 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Es sprachen ferner Hr. Abg. Matthes, der auf der Tribüne unverständlich blieb, und Hr. Abg. Knobloch, der eine höhere Progression der Einkommensteuer oder Zuschläge zu dieser für annehmbarer erklärte als die Vermögenssteuer, gegen die er stimmen werde. Abg. Horst erklärte seine Zustimmung zur Vorlage; ebenso traten Hr. Vizepräsident geh. Hofrat Opitz und Hr. Abg. Müller für dieselbe ein, während sich Hr. Abg. Reinecker als Gegner des Gesetzes bekannt hatte. Bei Schluß der Redaktion bestätigte Se. Excellenz der Hr. Staatsminister v. Watzdorf nochmals, daß die Regierung den größten Wert auf die Verabschiedung der Vorlage lege und daß man bestrebt sein werde, beim Einsteuerungsverfahren alle Beschwerden der Steuerpflichtigen zu vermeiden. — Telephonischer Mitteilung zufolge wurde § 1 des Vermögenssteuergesetzes mit 66 gegen 9 Stimmen angenommen. — Die Sitzung dauert fort.

Örtliches.

Dresden, 30. Januar.

* **Der Kommers der Königl. Technischen Hochschule zu Ehren des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers** fand Mittwoch abend im Vereinshause statt, dessen schöner Saal erhöhten Schmuck durch die Wappenschilder und die sie überragenden Fahnen der Korporationen erhalten hatte. Vom Podium her leuchtete aus einem Lorbeerhaine die Büste des Kaisers, zu Häupten die Fahne der Hochschule; einem wirkungsvollen Abschluß hierzu bildeten die Attribute des Kaisertums: Reichsadler und Krone. An der Ehrentafel saßen mit den Ehrengästen die Professoren der Hochschule, zu Seiten des ersten Chargierten Se. Magnificenz geh. Hofrat Prof. Mehrtens sowie der Prorektor geh. Hofrat Prof. Dr. Rohn. Den weiten Saal füllten die Korporationen. Herab vom Balkon schauten frohgemut Gruppen von Damen. Die einleitenden Lieder waren verklungen, als der Vorsitzende Hr. stud. Müller (Polytymnia) den ersten Trinkspruch auf Se. Majestät den Kaiser ausbrachte. Mit der Freude über die Sympathien, die Se. Majestät der Kaiser wiederholt der Welt der Technik bewiesen haben, gab der Hr. Redner zugleich der Bewunderung Ausdruck, die das kraftvolle Walten Sr. Majestät allüberall wecke, und forderte die Kommilitonen zur Bekräftigung dessen zu einem Salamander auf, der donnernden Widerhall fand, während „Deutschland, Deutschland über alles" erklang. Nicht minder einmütige Begeisterung, die in der Königshymne ausklang, fand der Salamander, den der zweite Vorsitzende Hr. stud. Funke (Teutonia) zu Ehren Sr. Majestät des Königs reiben ließ, damit zugleich im Namen der akademischen Jugend gelobend, das, was Se. Majestät für unser Land erstritten und errungen haben, zu wahren für alle Zeiten. Den Ehrengästen dankte für ihr Erscheinen Hr. stud. Schrauff (Franconiae) und rieb einen urkräftigen Salamander auf das fernere Wohlwollen der vorgesetzten Behörden. Den Professoren nicht bloß als Trägern eines hohen wissenschaftlichen und künstlerischen Geistes, sondern namentlich als den Freunden der akademischen Jugend brachte aus vollem Herzen Hr. stud. Feustel (Masch.-Ing.-Verein) einen donnernden Salamander. Für die Begrüßung dankte im Namen seiner Kollegen Se. Magnificenz Hr. geh. Hofrat Prof. Mehrtens, zugleich den Anlaß nützend, eine Frage zu berühren, die in gewissem Sinne auch eine nationale Bedeutung hat: die Stellung der wissenschaftlich-technischen Bildung gegenüber den älteren, an der Universität vertretenen Bildungszweigen. Indem Se. Magnificenz ausführte, welch ein Wandel in der Wertschätzung technischer Bildung sich vollzogen und wie das Beispiel Sr. Majestät des Kaisers hierin Wunder gewirkt, so daß keine Bildungsstätte, sei sie noch so alt und dünke sie sich noch so hoch, den Anspruch erheben dürfe, Wissenschaft und Forschung, so zu sagen, in Erbpacht zu behalten, wies er als eine Aufgabe der Technischen Hochschulen im 20. Jahrhundert darauf hin, daß technische Bildung überall da vermehrten, maßgebenden Einfluß gewinne, wo es im Rate der Männer sich um die Wohlfahrt eines großen Gemeinwesens oder eines ganzen Landes handelt. Darum gelte sein Hoch dem Wachsen, Blühen und Gedeihen der Deutschen Technischen Hochschulen, ein Hoch, das in einem urkräftigen Salamander seinen jubelnden Ausdruck fand. In einer Ansprache, in der Humor und Ernst sich glücklich mischten, gedachte Hr. stud. Mohr (Finkenschaft) der Damen. Mit dem Dank der Ehrengäste vereinte Hr. Kreishauptmann Schmiedel zugleich die Versicherung lebhafter Fürsorge der Königl. Regierung für die Technische Hochschule und forderte zu einem jubelnd aufgenommenen Hoch auf das Blühen und Gedeihen unserer Hochschule auf, hiermit den offiziellen Teil des Abends erhebend abschließend.

* **Der Bürgerverein für Neu- und Antonstadt, Dresden** hielt gestern im Saale des Ballhauses unter Leitung seines ersten Vorsitzenden, Hrn. Stadtrat Leutemann, einen sehr zahlreich besuchten Vortragsabend ab. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen und Auswerfung eines Berechnungsgeldes von 420 M. zur Einkleidung würdiger und bedürftiger Konfirmanden erhielt Hr. Pastor Zillinger das Wort zu seinem Vortrage: „Im Venedig des Nordens". Mit Recht, führte Redner aus, lasse sich die Hauptstadt Schwedens, Stockholm, mit dem Venedig des Südens vergleichen. Beide Städte gehörten unstreitig zu den schönsten Europas. Nachdem der Vortragende zunächst die Eindrücke seiner von Saßnitz aus unternommenen Reise nach dem Norden, insbesondere die Schönheiten der Natur geschildert hatte, beschrieb er des näheren das Leben und Treiben in Stockholm, die hervorragendsten Baudenkmäler, das Königl. Schloß mit zahlreichen Andenken an den großen Schwedenkönig Gustav Adolf, die Verkehrs- und andere öffentliche Einrichtungen, die Erholungsstätten, die Schlösser in der Umgebung Stockholms rc. Der etwa 1½stündige fesselnde Vortrag war durch zahlreiche Lichtbilder unterstützt. Dem geschätzten Redner wurde von den Zuhörern der Dank durch Erheben von den Plätzen ausgedrückt.

n. **Der auf gestern, Mittwoch, anberaumte außerordentliche Vortragsabend des Vereins für Geschichte Dresdens** im Entreesaale der Dresdner Stadtbibliothek in dem ehemaligen Gräfl. Loßschen Palais (Kreuzstraße) hatte gegen 100 Zuhörer der besten Stände als Zuhörer herbeigezogen. Das hochgeschätzte Vereinsmitglied Hr. Geh. Rat Prof. Dr. med. Fiedler hielt einen Vortrag über das hiesige „Kurländische Palais" am Zeughausplatze, das unserer Generation in seinen Gebäuden als Asyl für medico-chirurgische Akademie (bis 1863), Hebammeninstitut, Landesmedizinalkollegium (seit 1865), Gesellschaft für Natur und Heilkunde (seit 1818), Chemische Zentralstelle, Poliklinik rc. in Erinnerung steht. Der Vortragende gab zunächst eine die Oertlichkeit erläuternde Vorgeschichte früherer dortiger Baulichkeiten und ging sodann näher auf das von Graf August Christoph v. Wackerbarth durch Landbaumeister Johann Christoph Knöfel erbaute, am 30. November 1729 feierlich eingeweihte Palais ein, das mehreren Dresdner Gouverneuren als Regimentshaus diente und seinen Namen von dem sächsischen Prinzen Karl (Herzog von Kurland) entlehnte, der es lange Zeit, bis zu seinem Tode 1796, bewohnte und hier Hof hielt. Dann diente das Palais wieder als Regimentshaus, 1813 und 1814 als Lazarett und endlich bis zu deren Auflösung der chirurgisch-medizinischen Akademie. Hier verkehrten verschiedene Wundermänner (Cagliostro, Schröpfer rc.), auch arbeitete in dem Palais die erste von Graf Rutowsky begründete hiesige Freimaurerloge. Herrliche Gemälde, Skulpturen und Gobelins gehörten ehedem zur Ausstattung des Inneren, doch ist nur noch weniges davon erhalten geblieben. Der durch mehrere zur Ansicht gestellte bildliche Darstellungen, insbesondere Porträts, erläuterte Vortrag fand dankbare Anerkennung durch lebhaften Beifall.

— Der im Jahre 1885 gegründete, zur Zeit 130 Mitglieder zählende Sächsische Hilfsverein „Freundschaftsbund" für reisende Geschäftsleute zu Dresden beging am Mittwoch, den 29. Januar, im „Eldorado", Steinstraße, sein 17. Stiftungsfest, verbunden mit Konzert, Gesangs- und komischen Vorträgen sowie einer Gabenverlosung. Die Begrüßungsansprache hielt der Vereinsvorstand Hr. Schröder. Ein flotter Ball beschloß die Feier.

* **Aus dem Polizeiberichte.** Am 24. d. Mts. nachmittags in der sechsten Stunde ist in der Altstadt von einem Rollwagen ein etwa 1 m langer und 20 kg schwerer, in graue Leinwand eingenähter Ballen mit der Bezeichnung „O. H. 100" — Station Kirchberg i. S., enthaltend vier Dutzend verschiedenfarbige Ziegenleder, gestohlen worden. Mitteilungen, die zur Ermittelung des oder der Täter führen könnten, werden zu C. Unbek. 345/02 an die Kriminalabteilung erbeten. — Am Montag nachmittag wurde in der Ostraallee ein drei Jahre alter Knabe und am Abend in der Wilsdruffer Straße ein acht Jahre alter Knabe, der einen kleinen Handwagen schob, von einem Straßenbahnwagen umgestoßen. Beide Kinder erlitten leichtere Verletzungen. Die Wagenführer trifft keine Schuld. — In einer Fabrik der Seevorstadt wurde gestern ein 61 Jahre alter Arbeiter von einer umfallenden Eisenplatte getroffen und erlitt dadurch einen Beckenbruch.

Nachrichten aus den Landesteilen.

Leipzig. Gestern ist Hr. geh. Justizrat Mecke, Rechtsanwalt beim Reichsgericht, gestorben. Der Verewigte, der sich in allen Kreisen größter Hochachtung und Verehrung erfreute, war seit Bestehen des Reichsgerichts bei diesem als Rechtsanwalt zugelassen. Er war im Februar 1834 in Coblenz geboren. Im November 1864 wurde er Rechtsanwalt beim Obertribunal in Berlin und 1879 Rechtsanwalt beim Reichsgericht.

Freiberg. Nach dem soeben ausgegebenen Programm der hiesigen Königl. Sächsischen Bergakademie für das 136. Studienjahr 1901 bis 1902 wurde die Bergakademie im Lehrjahre 1900 bis 1901 von 372 Studierenden besucht und zwar von 156 Deutschen (darunter 56 Sachsen) und 216 Nichtdeutschen. Den Diplomprüfungen unterwarfen sich nach bestandener Vorprüfung im Jahre 1900 für das Fach eines Bergingenieurs 18 Studierende, für das Fach eines Markscheiders 12, eines Hütteningenieurs 3 und für das Fach eines Eisenhütteningenieurs 7 Studierende. Der Besuch der Bergakademie betrug in den Jahren 1892 bis 1901 insgesamt 2246; davon waren 1168 Deutsche, darunter 477 Sachsen, und 1278 Nichtdeutsche. In den letzten zehn Jahren hat der Besuch der Bergakademie mit einer Ausnahme (1893 bis 1849) eine fortgesetzte erfreuliche Steigerung erfahren.

Döbeln. Wie schon gestern gemeldet wurde, ist in Döbeln am Dienstag der sozialdemokratische Fabrikant Grünberg aus Hartha bei der Ersatzwahl für Dr. Lehr (nl.) mit 11781 Stimmen in den Reichstag gewählt worden. Dr. Vogel (nl.) erhielt 6119 und Sachße (B. d. L.) 5340 Stimmen. Die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten des Königreichs Sachsen ist damit auf 12 (unter 23) gestiegen und ihre Gesamtzahl im Reichstage beträgt nunmehr 57.

Krippen. Das vom hiesigen Schifferverein abgehaltene Schifferfest und der dabei veranstaltete Festzug verliefen in der besten, fröhlichsten Weise.

L. **Schandau.** Die Schneedecke im Elbthale und an den Thalabhängen war gestern verschwunden, nur das Plateau des Großen Winterberges glänzte noch weiß ins Thal hernieder. Bei anhaltendem Sonnenschein herrschten gestern nachmittag im Thale sogar bis 7 Grad Wärme. Die Aussichten auf frisches Eis sind auch hier ungünstig, so daß es von den Brauereien, Hoteliers, Fleischern rc. diesen Winter jedenfalls von auswärts bezogen werden muß. — Gestern vormittag nahmen die Schleppdampfer zwischen hier und Tetschen den Verkehr wieder auf, ebenso fuhren einige befrachtete Schiffe von Böhmen nach Deutschland ein. Von oberhalb Postelwitz werden heute wiederum zwei mit Sandstein beladene Kähne nach Dresden abgehen.

Vermischtes.

* **Die Heilkunst auf See.** Die ärztliche Kunst wird auch auf den Schiffen in beträchtlichem Maße in Anspruch genommen. Die Hamburg-Amerika-Linie hat auf allen Passagierschiffen und überhaupt auf allen größeren Dampfern einen Arzt, auf einigen großen Auswandererschiffen sogar zwei Aerzte angestellt, sodaß im letzten Jahre unter dem Chefarzt der Gesellschaft nicht weniger als 62 Schiffsärzte arbeiteten, denen 40 Arztgehilfen und Heildiener beigegeben waren. Auf allen Schiffen sind reichlich ausgestattete Apotheken eingerichtet; auf den Schiffen, die nur eine kleinere Besatzung und keine Passagiere haben, liegt die Verwaltung der Apotheke und die Hilfeleistung bei etwaigen Verletzungen oder Erkrankungen den Kapitänen und ersten Offizieren ob, die sämtlich einen Kursus in der Krankenbehandlung und Hilfeleistung bei Verwundungen durchgemacht haben. Bei ernstlichen Erkrankungen, oder wo die Behandlung an Land geratener erscheint, werden die Patienten natürlich im nächsten Hafen dem Krankenhaus zugeführt. So gesund nun auch das Seeleben und die Seeluft im ganzen sind, so konsumieren sie doch im Laufe des Jahres bei dem großen Umfange des Betriebs insgesamt recht beträchtliche Summen von Medikamenten und Hilfsstoffen. Nach einer Statistik des Chefarztes der Hamburg-Amerika-Linie sind an deren Ozeandampfer innerhalb eines Jahres abgegeben worden 40 000 Stück Mullbinden und 3000 Stück Flanellbinden, jede 5 m lang; 4000 Pakete Watte à 250 g und 30 000 Medizinflaschen. Von sorgsamer Behandlung bei Verletzungen zeugt der Verbrauch von 250 l reiner verseifter Karbolsäure sowie 5000 Stück Sublimatpastillen und 5 kg Jodoform; außerdem kamen für die Wundbehandlung zur Ausgabe 6 l Collodium und 130 kg Salben. Die Reinigung infizierter Räume wurde außer mit Formalin mit 2000 l roher verseifter Karbolsäure vorgenommen. Verbraucht wurden ferner: 20 l Chloroform, 30 l Aether, 4 l Morphium und 10 l Chloralhydratlösung, 1200 Trional-, 6000 Morphium-, 6000 Antipyrin-, 6000 Phenacetin- und 5000 Doversche Pulver. Die Schlaf- und Beruhigungsmittel dürften überwiegend den Passagieren zu gute gekommen sein; der Seemann schläft nach seiner Arbeit meistens ohne Hilfe. Eine beträchtliche Rolle spielt ferner auf dem Schiffe folgende Gruppe von Medikamenten: 20 000 Abführpillen, 260 l Ricinusöl, 300 kg Bittersalz, 60 kg Karlsbader Salz und 10 000 Kalomelpulver; diese Mittel finden bei träger Verdauung, 12 l Opiumtropfen beim Gegenteil Verwendung. Gegen verdorbenen Magen rc. sind die Schiffe durch 8000 Wismutpulver, 40 kg doppelkohlensaures Natron und 30 kg des beliebten Kamillenthees gerüstet. Ein böser Gast, der mehr die Besatzung der Schiffe heimsucht, ist der Rheumatismus; ihn bekämpften 12000 Salicylpulver. Nicht weniger als 8000 Chininpulver wurden geschluckt,

in den weitaus überwiegenden Fällen bei Malaria — viele Schiffe gehen ja in die Tropen. Zum Einnehmen der vielen Pulver dienten 20 000 Oblaten. Wir nennen aus der Liste noch: 12 l Hoffmanns Tropfen und 60 l Salmiakgeist als Erregungsmittel bei Schwächeanwandlungen. — 10 kg Brustthee wurden gegen Erkältungen und 60 kg chlorsaures Kali als Gurgelmittel mitgegeben. Die an Bord bei der Mannschaft nicht selten vorkommenden Verbrennungen wurden mit 100 l Brandliniment behandelt, während zu Einreibungen bei den zahlreichen Kontusionen 80 l Opodeldok dienen. Zum Versüßen des Daseins auch beim Genuß von Medikamenten sind 50 l Sirup bestimmt.

* **Durst im Roten Meere.** Aus dem Berichte, den der Kapitän des deutschen Reichspostdampfers „Hamburg" an die Direktion der Hamburg-Amerika-Linie über seine letzte Ausreise nach Ostasien sandte, entnehmen wir das nachstehende Erlebnis: „Im Roten Meere herrschten steife bis stürmische Südwestwinde. Am 3. Januar morgens ½10 Uhr bemerkte ich in der Straße von Abuail auf dem Flaggenmast der türkischen Militärstation das Signal gehißt: Verschmachten wegen Mangel an Wasser. Ich ließ das Signal hissen: Senden Sie ein Boot. Da ich jedoch bemerkte, daß hohe Brandung stand und am Lande keinerlei Anstalten getroffen wurden, schickte ich den ersten Offizier mit vier gefüllten Wasserfässern im Boot an Land. Die Landung derselben gelang gut trotz der Brandung."

* **Ein „Pompeji in der Sahara"** schildert ein fesselnder Artikel in „Munsey's Magazine": Vor 1500 Jahren war die Stadt Thamugas in der römischen Provinz Numidien eine große Gemeinde von 50 000 Seelen, mit vielen Straßen und Steinhäusern, mit Bädern und Kasernen, mit Tempeln und Triumphbogen. Heute stehen ihre Ruinen auf der öden Ebene im Innern von Algerien, eine Stadt des Todes. Ihre Säulen und Bogen sind niedergelegt, der Wüstensand ist über ihre stillen Straßen hingeweht, und abgesehen von denen, die dort Ausgrabungsarbeiten vornehmen, und gelegentlichen Besuchern, lagern nur einige wandernde Beduinen zwischen den Steinen der zerfallenen Wohnstätten. Timgad, so heißt der Ort auf modernen Landkarten, liegt in einer Gegend, deren Rückeroberung erst seit kurzem von der Zivilisation unternommen ist, in die bis jetzt der unerschrockene Tourist kaum gedrungen ist. Man erreicht Timgad, wenn man von Constantine nach Batna mit der Bahn fährt und dann eine vierstündige Wagenfahrt macht. Batna ist ein französischer militärischer Vorposten in einem sandigen und öden Lande. Die Eintönigkeit der Fahrt nach Timgad wird nur dadurch gemildert, daß man an den Ueberresten der römischen Stadt Lambersa vorüberkommt und im Winter den überraschenden Anblick von Schneefeldern der Aures-Berge genießt. Die Ruinen Lambersas sind sehr interessant, werden aber durch die Timgads in den Schatten gestellt. Niemals ist eine schönere Lage als die Timgads für eine Stadt gewählt worden. Es liegt am Fuße einer großen Bergkette, die es gegen Osten schützt; im Westen erstreckt sich das offene Land. Die Erbauer arbeiteten nicht für einen Tag, sondern für kommende Zeitalter. Sogar die Ruinen zeigen noch die wunderbare Festigkeit des Baus. Man braucht eine ganze Stunde, um die Hauptstraßen herunterzugehen und am Forum, den Tempeln und dem Amphitheater vorbeizukommen. Timgad wurde der große Mittelpunkt religiöser Agitation während des vierten Jahrhunderts. 398 ergriff sein Bischof Optatus für Gildon Partei in seiner Empörung gegen Honorius und wurde als das anerkannte Haupt der Donatisten angesehen. Der heilige Augustinus, der oft auf ihn hinweist, sagt, daß Afrika zehn Jahre lang unter seinem Joch zitterte. Der berühmte lateinische Prälat stammte selbst aus dieser Gegend, er war in Tagasta geboren und verbrachte fast sein ganzes Leben innerhalb der Grenzen Numidiens. Als Solomon, der Vertreter des großen Belisarius, 534 zum ersten Male in den Aures ankam, fand er die Stadt zerstört. Sie war von den Bewohnern der Aures-Berge zerstört worden, damit sie keine Gefahr für sie werde, wenn die Byzantiner sie einnehmen sollten. Zur Zeit der arabischen Invasion war Timgad eine christliche Stadt; 646 wurde unter der Regierung Gregors eine christliche Kirche gebaut, deren Ruinen noch dastehen. Wenn der Besucher in Timgad angekommen ist, muß er seine Pferde außerhalb der Ruinen lassen. Die erste Straße innerhalb der Stadt führt zum Forum; es ist eine breite mit großen Steinen, von denen einige sogar aus Marmor sind, gepflasterte Straße. Unterwegs kann man deutlich viele Stellen sehen, wo die Räder der römischen Wagen Furchen im Pflaster zurückgelassen haben, und man erwartet fast, das laute Knallen der Peitsche oder den Klang der Hufe auf den Steinen zu hören. Dann kommt man über den Marktplatz. Die Hausfrauen von Thamugas betraten den Marktplatz durch eine Säulenhalle aus acht Säulen, von denen nur die Basis geblieben ist. Auf dem Marktplatze befand sich ein Springbrunnen und an dem kreisrunden Ende waren sieben als Läden gebrauchte Nischen. Der Eintritt zu jeder war und ist noch durch einen Steintisch gesperrt. Der Ladeninhaber mußte sich bücken und unter dem Tisch hindurch in seine Nische gelangen, wo er seine Kunden bediente. Hier betrieben Schlächter ihr Geschäft; noch jetzt im 20. Jahrhundert kann man auf den Tischen die Beilhiebe sehen, mit denen sie ihre Keulen zur Zeit der Blüte des kaiserlichen Rom abhieben.

* **Hamburg.** Der der Hamburg-Amerika-Linie gehörige Dampfer „Australia", der auf der Schelde auf der Höhe von Doel gestrandet ist, ist nach neueren, hier eingelaufenen Meldungen durchgebrochen und dürfte total verloren sein.

* **Wreschen.** Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl." wurden hier durch Feuer gestern drei Häuser eingeäschert. 14 Familien, meist arme Leute, sind obdachlos. Der Schaden ist groß.

* **Mons.** In dem nicht mehr im Betriebe befindlichen Schacht Nr. 4 der Grube Couchant de Flénu, in den vorgestern abend drei Arbeiter hinabgestiegen waren, um notwendige Arbeiten auszuführen, fand gestern morgen ganz früh eine Explosion schlagender Wetter statt. Da große Gesteinsmassen eingestürzt sind, war es bis gestern nachmittag noch nicht gelungen, zu den Verunglückten vorzudringen.

Aus Handels- und Gewerbekreisen.

* Für die bevorstehende Spielball-Saison bringt das hiesige Gummiwarenhaus des Königl. Hoflieferanten Karl Meigandt, König Johannstraße 19, eine ganz allerliebste Neuheit für jung und alt, nämlich außer den schon seither bekannten Jongenbällen, unter denen sich auch wieder verschiedene neue Muster befinden, Figurenbälle, das sind Bälle, die durch Druck auf den Ball verschiedene Figuren hervorzaubern, nämlich: Hase, Soldat, Chinese, Clown, Affe, Münchner Kindl rc. Durch mehr oder weniger Druck können die komischsten Karikaturen hervorgebracht werden, die die Lachlust ungemein anregen. Für den Wiederverkauf sind die Bälle Johannesstraße 12, I zu haben.

Statistik und Volkswirtschaft.

Dresdner Börsenbericht vom 30. Januar. Auch heute war die Börse in Berlin anfänglich nicht in der Lage, in einheitlicher Haltung zu verkehren. Banken lagen sehr fest. Fonds waren preishaltend. Spanier schwächer. Montanwerte nachgebend. Bahnen ziemlich fest. Transvaal niedriger. Oesterreichische Werte erholt. In zweiter Börsenstunde allgemein fester. Man notierte in Berlin: Kredit 210,40, Staatsbahn 144, Lombarden 20,60, Diskonto 188,60, Italiener 101, Dortmunder Union 58,25. An der hiesigen Börse lag das Geschäft etwas schwächer im großen und ganzen. Banken blieben fest. Maschinenwerte dagegen schwankend. Fonds gut preishaltend. Wir verzeichnen nachstehende Umsätze: Deutsche Fonds: 3 % Sächsische Rente 90,30, 3½ % Löbau-Zittauer 100,30, 3½ % Landeskultur 96,60, 4 %ige 104,50, 3½ % Konsols 101,60, 4 % Dresdner Grundrentenbriefe 104,50, 4 % Sächsische Bodenkreditpfandbriefe Serie IV 101,50, 4% Freimaurerlose-Anleihe 101. Ausländische Fonds: Oesterreichische Silberrente handelte man bei 101, 4½ % Ungarische Staatseisenbahnanleihe 103,90, 4 % Ungarische Kronenrente 97,90, 4 % 1890er Rumänen 82,40. Bankaktien: Nur Sächsische Bodenkredit verzeichnen bei 123,50 (+ ½ %) eine bezahlte Notiz. Transportwerte: Deutsche Straßenbahn verkehrten bei 153,50, Dresdner Straßenbahn mit 177,75 (+ ¾ %) und Kette mit 84,50 (— ½ %). Papier- rc. Fabriken: Vereinigte Strohstoff nahm man unverändert mit 58 aus dem Markte. Baugesellschaften: Residenzbaubank blieben bei 169, Dresdner Baugesellschaft mit 158 angeboten. Maschinenfabriken: Zimmermann bezahlte man mit 119,75 (— ½ %), Germania bei 129,25 (— ¼ %), Jacobiwerk mit 97,50 (+ ½ %), Lauchhammer bei 108 (— 1½ %). Bauchen zu 70, zu welchen Kursen durchgehends Nachfrage verblieb. Elektrische Unternehmungen waren umsatzlos. Fahrradaktien: Corona wurden zum gestrigen Geldkurs von 81 gehandelt. Brauereien: Feldschlößchen konnten heute 1¼ % (110,25) anziehen; Gambrinus gaben 1 % (116) nach, während Hofbräuhaus II unverändert bei 118 und Reisewitzer mit 198 genommen wurden. Porzellan- rc. Fabriken blieben umsatzlos. Aktien verschiedener Unternehmungen: Bitterfelder bedungen 176 (+ 1 %). Oesterreichische Noten blieben bei 85 gesucht.

* Die heute vormittag in Anwesenheit von acht Aktionären abgehaltene sechste ordentliche Generalversammlung der Radebeuler Guß- und Emaillier-Werke vorm. Gebr. Gebler in Radebeul-Dresden wurde von Hrn. Rechtsanwalt Dr. Meisel geführt. Die Bilanz, sowie Gewinn- und Verlust-Konto fanden einstimmig Genehmigung und es wurde Entlastung erteilt. Die aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Herren Rechtsanwalt Dr. Meisel und Bankdirektor Wenzel wurden einstimmig wiedergewählt. Die auf 2 % festgesetzte Dividende gelangt sofort an den Kassen der Gesellschaft und beim Bankhause Gebr. Arnhold zur Auszahlung. Die beantragte Statutenabänderung, zwecks Festsetzung einer festen Vergütung von 4000 M. für den Aufsichtsrat, wurde mit 107 gegen 3 Stimmen angenommen. Hr. Direktor Gebler teilte auf Anfrage mit, daß sich die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr gebessert hätten und daß das Resultat, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ein günstigeres zu werden verspreche. Hr. Direktor Froelich fügte dem noch hinzu, daß die neu aufgenommenen Spezialitäten sich als rentabel und aussichtsvoll erwiesen hätten.

* Die vierte Generalversammlung der Sächsischen Metallindustrie A.-G. vorm. Emil Görldt in Dresden fand heute vormittag unter Vorsitz des Hrn. Bankier Harlan statt. Erschienen waren 10 Aktionäre, die insgesamt 493 Aktien vertraten. Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustkonto wurden genehmigt und dem Vorstand und dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Auch den früheren Vorstand entlastete die Versammlung einstimmig auf die Zeit vom 1. Oktober 1899 bis 11. Dezember 1900. Hr. Bankier Harlan gab bekannt, daß die Angelegenheit des Hrn. Görldt auf friedlichem Wege geregelt worden sei. Alsdann wurde die Herabsetzung des Grundkapitals von 800 000 M. auf 400 000 M. einstimmig beschlossen. Die Aktien werden im Verhältnis von 2:1 zusammengelegt. Der sich dadurch ergebende Buchgewinn soll zur Beseitigung der Unterbilanz von etwa 265 000 M., zu Abschreibungen und zur Bildung eines Deficrekreditkonto verwendet werden. Die beantragten Statutenabänderungen, u. a. auch die Gewährung einer festen Vergütung von 2000 M. an den Aufsichtsrat wurden ebenfalls genehmigt. Hr. Direktor Wagner sprach sich über die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr befriedigend aus.

* In der gestern nachmittag abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrates der Leipziger Hypothekenbank wurde der Geschäftsabschluß für das verflossene Jahr vorgelegt. Ohne Berücksichtigung des Verlustes, der an der Forderung der Hypothekenbank an die Leipziger Bank eintritt, beläuft sich der Gewinnüberschuß auf 894626 M. einschließlich des Vortrags von 101219 M. aus dem Jahre 1900. Der Aufsichtsrat beschloß, auf die Forderung an die Leipziger Bank in Höhe von 2136146 M. 40 %, das sind 854458 M., abzuschreiben und für diese Abschreibung den Spezialreservefonds II mit 280000 M. voll heranzuziehen. Mit dieser Abschreibung erscheint der Verlust bei der Leipziger Bank völlig ausgeglichen, da man allgemein mit einer Konkursdividende von 60 bis 65 % für die Gläubiger rechnet. Der Gewinn des begonnenen Jahres 1902 wird also nur den Aktionären zu gute kommen und für weitere Abschreibungen nicht gebraucht werden. Die vorhandenen gesetzlichen und satzungsgemäßen Reservefonds in Höhe von 1456962,72 M. sind unberührt geblieben. Nach Absetzung von 40 % auf die Forderung an die Leipziger Bank und nach Ueberweisung der satzungsmäßen Rücklage an den Spezialreservefonds I mit 39670 M. bleiben zur Verteilung an die Aktionäre 250497 M. übrig, wovon 3 % Dividende auf das dividendenberechtigte Aktienkapital von 7500000 M. verteilt und der Rest von 25497 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen. Die ordentliche Generalversammlung wurde auf den 6. März 1902, vormittags 10 Uhr nach dem kleinen Saale der neuen Börse anberaumt.

* Zur Lage der deutschen Kammgarnspinnerei. Der Geschäftsgang in der Kammgarnindustrie ist nach wie vor ein sehr gleichmäßiger; nennenswerte Schwankungen sind in der Preisgestaltung in letzter Zeit nicht zu beobachten gewesen. Man kann wohl mit Recht sagen, daß das Kammgarngeschäft für das laufende Jahr günstige Aussichten zu haben scheint; mit Rücksicht auf die großen Verluste, die namentlich die Kammgarnspinnerei in den letzten Jahren hat erleiden müssen, wäre dies nur von großem Segen für unsere deutsche Kammgarnindustrie wie für unsere deutsche Wirtschaft überhaupt.

* Dem Bund der Industriellen sind von amtlicher Stelle zur vertraulichen Kenntnisnahme und Verwertung in Interessentenkreisen unter Ausschluß der Presse Mitteilungen zugegangen über den Bedarf an Werkzeugen in Argentinien, die Anknüpfung von Geschäftsverbindungen mit Siam und Schienenlieferungen für New-Süd-Wales. Sächsische Exportfirmen, für die diese Mitteilungen von Interesse sind, können nähere Auskünfte durch die Geschäftsstelle des Bezirksvereins Dresden-Bautzen des Bundes der Industriellen (Dresden, Ostra-Allee 9 pt. l.) erhalten.

* Die Textilindustrie in Gera und Greiz, Glauchau und Meerane sowie in allen Orten des Vogtlandes ist seit November gut beschäftigt. In wenigen Monaten hat sich ein starker Bedarf an Damenkleiderstoffen herausgebildet und dazu hat sich jetzt eine lebhafte Bewegung auf den Woll- und Garnmärkten geselli. In der Hauptsache werden nur Stoffe aus besseren Kammgarnen verlangt. Cheviots kommen erst in zweiter und dritter Linie. Neben dem Inlande hat auch das Ausland Bestellungen von größerem Umfange aufgegeben. Namentlich sind indische Shawls wieder in den Vordergrund getreten. Die von Gerser und Greizer Fabrikanten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika errichteten Filialfabriken sind ausgezeichnet beschäftigt, soweit Wollwebereien in Betracht kommen, sodaß sich eine Vergrößerung dieser Betriebe nötig macht. Von der sächsischen Textilindustrie ist die Streichgarnindustrie nicht gut beschäftigt, was seine Ursache in dem großen Bedarfe reiner Wollwaren hat. Die vogtländische Stickerei- und Spitzenindustrie ist so stark beschäftigt, wie seit langer Zeit nicht. Auch hier ist es das Ausland, das durch seine Bestellungen zum Aufschwunge die Veranlassung gegeben hat.

* Zur Lage des Holzhandels. Wie wir berichten können, zeigen sich im Holzhandel, der unter dem wirtschaftlichen Drucke schwer zu leiden gehabt hatte, seit einiger Zeit in Mittel- und Norddeutschland wieder deutliche Spuren der Besserung, allerdings nicht auf sämtlichen Gebieten der ziemlich spezialisierten Branche. Besonders bemerkenswert ist die günstigere Gestaltung des Baugeschäfts, dessen Entfaltung der milde Winter sehr förderlich gewesen ist, sodaß sich der Bedarf kräftig gehoben hat. Die Bautischlerei verspürt im Zusammenhang hiermit ebenfalls eine Besserung der Verhältnisse. Ferner zeigt sich zu erhöhten Preisen regere Nachfrage nach Kistenbrettern; daraus geht hervor, daß sich der Export, für den vorzugsweise Kisten verlangt werden, lebhafter entwickelt. Hingegen liegt die Möbeltischlerei arg darnieder, ohne daß Anzeichen einer baldigen Aenderung vorhanden wären. Dem gesamten Holzhandel kommt es zu statten, daß die Geldgeber wieder beginnen, sich ihm zur Verfügung zu stellen. Besonders bieten sich ihm die größeren Banken wieder an, die im vorigen Jahre rasch bei der Hand gewesen waren, selbst den solidesten Firmen, deren Solvenz über jeden Zweifel erhaben war, Kredite, wie sie sie ihnen sonst stets eingeräumt hatten, zu kündigen und die besten Wechsel zurückzuweisen. Der flüssige Geldstand und die auf dem Baumarkt bemerkbare Regsamkeit wirken auf eine größere Berücksichtigung der Holzgroßhändler seitens unserer Diskonteure hin. Falls noch einige Firmen, die sich von der Ungunst der letztjährigen Verhältnisse nicht haben erholen können, in nächster Zeit zahlungsunfähig werden sollten, so würde das an der günstigeren Gestaltung der Gesamtlage, die sich im Holzhandel bemerkbar macht, nichts ändern. Es läßt sich allerdings auch nicht voraussehen, ob die gegenwärtige Besserung von längerer Dauer sein wird.

* Die in Dresden in Verwaltung der Königl. Sächsischen Staatseisenbahnen befindlichen Aus- und Einschiffungsplätze zerfallen in den König Albert-Hafen zu Dresden-Friedrichstadt, in die unterhalb seiner Mündung anschließende Uferstrecke, in den Packhofkai in Dresden-Altstadt unterhalb der Augustusbrücke von der unteren Grenze des Landungsplatzes der Sächsisch-Böhmischen Dampfschiffahrtsgesellschaft bis zur Marienbrücke, in den Gehrge- und Ausschiffungsplatz von der Marienbrücke bis zum Kohleneinschiffungsplatz (einschließlich) und in den Elb- und Hafenkai in Dresden-Neustadt von der Marienbrücke abwärts bis an die Werft der Oesterreichischen Nordwest-Dampfschiffahrtsgesellschaft. Die unmittelbare Leitung und Beaufsichtigung des gesamten Verkehrs am Ufer ist der Güterverwaltung Dresden-Neustadt unterstellt, während die Regelung des Schiffsverkehrs den Hafen- und Ufermeistern, und der Rampen- und Weichendienst der Station Dresden-Neustadt übertragen ist. Die unmittelbare Geschäftsleitung und Aufsichtsführung bei der Ueberwinterung der Fahrzeuge in dem König Albert-Hafen haben der Hafenmeister in Dresden-Neustadt, der Strom- bez. Dammmeister in der Hand. Der König Albert-Hafen ist für den Umschlags- und Niederlagsverkehr im allgemeinen bestimmt mit Ausnahme feuergefährlicher Gegenstände, Kohlen im Tankverkehr und Flußholz und die Uferstrecke unterhalb der Hafenmündung in der Hauptsache zum Umschlag von Petroleum, Mineralölen und ähnlichen feuergefährlichen Gegenständen; das Ein- und Ausladen derartiger Gegenstände muß mindestens 200 m von der Überbrücke entfernt geschehen. Der Packhofkai dient in der Regel nur unter Zoll- und Steuerkontrolle stehenden Gütern und der Gehegeausschiffungsplatz im wesentlichen zum Umschlag von Kohlen, Steinen und anderen zollfreien Rohstoffen. Zur Aus- und Einladung von Kohlen bedarf es der Genehmigung der Betriebsinspektion Leipzig II bez. Dresden-Altstadt. Im übrigen sind die für den Güterverkehr auf den Sächsischen Staatseisenbahnen bestehenden Vorschriften, hauptsächlich die Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands, das Betriebsreglement, die jeweiligen Binnen- und Verbandstarife, ferner die Zoll- und Steuervorschriften und die Betriebsordnung für die Hauptbahnen Deutschlands rc. maßgebend.

* Gegen die gehegten Erwartungen hat der Rückgang des Goldaufgeldes in Italien seit Anfang dieses Jahres sich nicht fortgesetzt; im Gegenteil ist es von 1¼ auf 3⅝ % gestiegen. Die Regierung, die für die Couponzahlungen den Markt fast gar nicht in Anspruch genommen hat, schreibt die Schuld hieran der schlechten Organisation der italienischen Börsen zu, denen jeder Zusammenhang fehle. Ferner sind große Beträge von Aktien der beiden größten italienischen Eisenbahnbetriebsgesellschaften und andere italienische Werte nach Italien zurückgeflossen. Diese Umstände wirkten zusammen mit dem geringeren Fremdenverkehr ungünstig auf die Entwickelung des Goldaufgeldes ein.

* Handel und Verkehr im Kiautschongebiet. Auf das erfreuliche Wachstum des Handels und Verkehrs im Kiautschongebiet weist der „Ostasiatische Lloyd" an der Hand der statistischen Nachweise für das dritte Vierteljahr 1901 hin. Vorläufig ist ja noch mit kleineren Verhältnissen zu rechnen, da ein bedeutender Aufschwung Tsingtaus nicht vor Fertigstellung der Bahn bis Weihsien zu erwarten ist. Aber auch jetzt schon ist ein Fortschritt unverkennbar. Ein Vergleich des Dschunkenverkehrs in den Häfen des deutschen Gebiets liefert den Beweis hierfür. In diesen Häfen verkehrten im dritten Vierteljahr 1899 821, 1900 1247 und 1901 2402 Dschunken. Das bedeutet im letzten Jahre eine Zunahme von fast 100 % und seit 1899 eine Verdreifachung des Verkehrs.

* Dividenden und Geschäftsergebnisse. Von den betreffenden Aufsichtsräten und Vorständen der nachfolgenden Aktiengesellschaften werden Dividenden vorgeschlagen bez. Geschäftsergebnisse mitgeteilt: Bank in Zürich, 5 % Dividende; Leipziger Vereinsbank, 6 % Dividende; Lübecker Privatbank, 7 % Dividende gegen 8½ % im Vorjahre; Elberfelder Bankverein, 58 175 M. an den Reservefonds, 7½ % Dividende wie im Vorjahre; Credito fondiario italiano, Mailand, 4⁵/₁₆ % Dividende wie im Vorjahre; Società italiana degli Alcool, Mailand, 4 % Dividende; Berlin-Luckenwalder Wollwaren-Fabrik vorm. Müller, 3 % Dividende gegen 6½ % im Vorjahre; Wandsbecker Lederfabrik, 3 % Dividende; Schlesische Bodenkreditbank, 8 % Dividende wie im Vorjahre; Rostocker Bank, Reingewinn 317 350 M., 5 % Dividende wie im Vorjahre.

* Leipzig. Der Aufsichtsrat der Kammgarnspinnerei Stoehr u. Co. schlägt eine Dividende von 8 % vor. Die Generalversammlung findet im März statt.

* Berlin. Die Zeichnung auf die 3½ %ige Frankfurter Stadtanleihe ist wegen sehr starker Ueberzeichnung des aufgelegten Betrages heute gleich nach der Eröffnung geschlossen worden.

* Hamburg. Die Hamburger Finanzdeputation fordert zur Einreichung von Angeboten auf eine Hamburgische Staatsanleihe im Betrage von 50 Mill. zu 3½ % oder im Betrage von 55 Mill. zu 3 % auf; die Angebote sollen bis zum 15. Februar gemacht werden und bis zum 18. Februar gebunden bleiben. Die Anleihe soll zu Landankäufen für Staatsbauten und zur Rückzahlung temporärer Anleihen dienen.

* Belgrad. Von zuständiger Seite wird gemeldet: Wie aus Paris berichtet wird, hat eine Gruppe von Gläubigern vorgestern 30 000 pfandweise hinterlegte serbische Rentenobligationen übernommen, was einer Herabminderung der schwebenden Schuld Serbiens um 15 Mill. gleichkommt; somit wurde die Gesamtzahl der verpfändeten Obligationen seit dem vergangenen Jahre von 80 000 auf 25 000 herabgemindert.

* New-York. Die Bruttoeinnahmen der Northern Pacificbahn in der dritten Januarwoche 1902 betrugen 704 419 Doll. gegen 537 369 Doll. in derselben Zeit des Vorjahres, also 167 050 Doll. mehr.

* New-York. Als Erklärung der gestrigen Hausse in Stahlwerten, die sich auch auf die Stimmung der sonstigen Börsengebiete übertrug, ist das Gerücht zu erwähnen, die Steel Corporation würde in allernächster Zeit ihren günstig lautenden Jahresbericht veröffentlichen. Auch soll sich der Großspekulant Keene abermals an die Spitze der Haussebewegung in Stahlwerten gestellt haben. Morgan erklärte, die herrschende „phänomenale Prosperität" würde noch lange verhalten, er habe absolutes Vertrauen in die Zukunft.

Schiffsnachrichten der Hamburg-Amerika-Linie. Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: Nach New York: 2. Februar Postd. „Graf Waldersee", 9. Februar Postd. „Palatia", 16. Februar Postd. „Pennsylvania", 23. Februar Postd. „Pretoria", 25. Februar Schnellpostd. „Deutschland", 2. März Postd. „Phoenicia", 9. März Postd. „Melite, 16. März Postd. „Patricia", 23. März Postd. „Graf Waldersee"; nach Boston: 6. Februar Postd. „Cecilia", 20. Februar Postd. „Alexandria"; nach Baltimore: 19. Februar Postd. „Bristania"; nach Philadelphia: 6. Februar Postd. „Cecilia", 20. Februar Postd. „Alexandria"; nach Newyorleans: 15. Februar Postd. „Saxonia"; nach Portland (Maine): 6. Februar Postd. „Cecilia"; nach Porto-Rico und Venezuela: 30. Januar Postd. „Bolivia"; nach Kuba und Zentral-Amerika: 7. Februar Postd. „Alemannia"; nach Porto-Rico und Mexiko: 3. Februar Postd. „Hispania"; nach Zentral-Amerika und Columbien: 10. Februar Postd. „Holsatia"; nach Ostasien: 30. Januar Postd. „Segovia" und 10. Februar Postd. „Sagonia".

Bäder und Reisen.

Vergnügungsfahrten der Hamburg-Amerika-Linie. Einem heute eingetroffenen Berichte zufolge ist die erste Westindienfahrt der Hamburger Luftjacht „Prinzessin Viktoria Luise" die am 28. Januar in Havanna ankam, bei andauernd herrlichem Wetter zur größten Zufriedenheit aller Teilnehmer verlaufen. Von der Jacht besucht wurden, nach Verlassen New-Yorks am 4. Januar, die Häfen San Juan de Puerto Rico, St. Thomas, St. Pierre, Port of Spain, La Guayra, Puerto Cabello, Curaçao, Kingston, Santiago, und, als letzter Anlaufsplatz Westindiens, Havanna, von wo aus der Dampfer heute (30. Januar) seinen Rückweg über Charleston nach New-York nimmt. Von hier aus tritt die „Prinzessin Viktoria Luise" am 8. Februar eine zweite Luftfahrt nach den westindischen Inseln, mit einem Abstecher nach Mexiko, an. Am 9. Februar nimmt die große, 44tägige Orientfahrt der Hamburg-Amerika-Linie von Genua aus ihren Anfang, die vermittelst des Pracht-Schnelldampfers „Auguste Viktoria" ausgeführt wird. Diese Reise nach den sagenumwobenen Küsten des Mittelmeeres und den heiligen Stätten des gelobten Landes hat auch in diesem Jahre ihre Anziehungskraft nicht verfehlt; namentlich in den letzten Tagen sind noch viele Anmeldungen eingegangen und gehen noch täglich ein.

Mannigfaltig in seinem Inhalte und darum vielseitig interessant ist das neueste Heft (Nr. 192), das 3. des 17. Jahrgangs der „Illustrierten Reise- und Bäder-Zeitung" (Alwin Arnolds Verlag, Dresden-Blasewitz). Eingeleitet wird es durch einen Nachtrag des Hrn. Bürgermeister Dengler-Meinerz zu seinem Vortrage über „Streifzüge im Gebiete der Hygiene", in dem er diesmal ausführlicher über den „Betrieb der Konditoreien und Bäckereien, Hygiene in betreff des Fleisches, Handel mit solchem und dessen Transport" spricht. Darauf folgt ein „Bericht über die Thätigkeit des Verkehrsvereins für Basel und Umgebung im Jahre 1900/1901" und ein Artikel über „die Mori-Arco-Riva-Lokalbahn" mit Abbildungen. An diese schließen sich mehrere kleinere Aufsätze über den zur Restauration bestimmten alten „Meißner Dom", „Ein ideales Kinderheim" (dasjenige zu Loschwitz bei Dresden), über die „Handarbeitspflege in Schweden und in Sachsen" rc. an.

= **Verzeichnis** der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus denen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891 sowie Ziffer 5 des Schlußprotokolls während des Monats Februar 1902 zu untersagen ist. A. Oesterreich: frei. B. Ungarn: frei.

Draht-Nachrichten.

Zweite Ausgabe.

Buda-Pest, 30. Januar. Heute nacht hat der Verband der demokratischen Vereine in einer Resolution wegen der Verletzung der Redefreiheit im Abgeordnetenhause seine Entrüstung ausgedrückt und beschlossen, in dieser Sache eine Volksversammlung einzuberufen.

Nach Schluß des Blattes eingetroffen:

Berlin, 30. Januar. **Reichstag.** Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Branntweinsteuernovelle, die am 15. Mai 1901 am Tage der Vertagung des Reichstages wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen werden mußte. Die heutige Beratung sollte beginnen mit namentlicher Abstimmung über Artikel 1, Abs. 2: Forterhebung der bestehenden Branntweinsteuersätze bis 30. September 1902 unter Erhöhung um 50 Proz. Nachdem der Antrag auf namentliche Abstimmung zurückgezogen war, wird Artikel 1 Absatz 2 einstimmig abgelehnt. Auf Antrag Paasche wird hierauf die Branntweinsteuernovelle nebst dem dazu eingegangenen umfangreichen Antrag Arenberg vom vollbesetzten Hause gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten an die Branntweinsteuerkommission zurückverwiesen. Für den Antrag Müller-Sagan auf Rückverweisung an die Tarifkommission stimmten nur die Freisinnigen und Sozialdemokraten. Es folgt die zweite Beratung des Etats.

Hamburg, 30. Januar. Heute früh 5 Uhr brach in der Oelkuchenmühle von Karl Ramble eine Feuersbrunst aus, die an der Fabrik und dem sechsstöckigen Lagergebäude großen Schaden anrichtete. Das Feuer wurde auf die Gebäude beschränkt und gegen Mittag von der Feuerwehr bewältigt. Menschen sind nicht ums Leben gekommen.

Lemberg, 30. Januar. Heute wurde in feierlicher Weise ein neues Konsulatsschild am russischen Konsulat angebracht. Dem Akte wohnten der Platzkommandant, der Polizeidirektor und eine Ehrencompagnie bei.

St. Petersburg, 30. Januar. Wie der „Regierungsbote" meldet, ist wegen einiger in Batum unter pestverdächtigen Erscheinungen erfolgter Todesfälle angeordnet worden, daß alle aus Batum auslaufenden Schiffe vor ihrer Abfahrt und nach ihrem Eintreffen in den Häfen des Schwarzen Meeres sanitären Maßnahmen unterworfen werden. Auch die Batum auf der Eisenbahn verlassenden Personen unterliegen einer ärztlichen Beaufsichtigung.

Eingesandtes.

Sorgsame Mütter!

Die Pflege der Haut bei Kindern, besonders im zartesten Säuglingsalter, sollte eine Hauptaufgabe jeder Mutter sein, denn hiervon hängt in vielen Fällen das Gedeihen und die Gesundheit unsrer lieben Kleinen ab. Von größter Wichtigkeit ist es, eine milde, reizlose Seife anzuwenden, welche die Thätigkeit der Haut fördert, sie geschmeidig macht, vor Wundsein und Aufspringen schützt, überhaupt in vielen Fällen Hautleiden verhütet und beseitigt. Da nun hervorragende Aerzte die „Patent-Myrtholin-Seife" als die beste Kinderseife erklärten, liegt es im Interesse einer jeden Mutter, nur diese Seife für den täglichen Gebrauch zu nehmen. Ueberall, auch in den Apotheken, erhältlich. 815

Dresdner Börse, 30. Januar 1902.

Deutsche Staatspapiere. %

Deutsche Reichsanleihe	3	91 G.
do.	3½	102 B.
do. abg. unkfd. bis 1906	3½	102 B.
Sächs. 3% Rente à 5000 M.	3	90,30 b G.
do. à 3000 „	3	90,30 b. G.
do. à 1000 „	3	90,30 b G.
do. à 500 „	3	90,30 G.
do. à 300 „	3	90,75 G.
do. à 200 „	3	90,75 G.
do. à 100 „	3	91,50 G.
Sächs. Staatsanl. v. 1855	3	95,50 G.
v. 1852—68 à 500 Thlr.	3½	101 B.
v. 1852—68 à 100 Thlr.	3½	101 B
v. 1867 à 1500 M.	3½	101 B.
v. 1867 à 300 M.	3½	101 B.
v. 1869 à 500 Thlr.	3½	101 B.
v. 1869 à 100 Thlr.	3½	101 B.
Lpz.-D. Eis.-O. conv. v. 1873	3½	100 G.
Löbau-Zittauer à 100 Thlr.	3½	100,30 b.
do. à 25 Thlr.	4	102,75 b B.
Landrentenbriefe	3½	99,30 G.
Landeskult.-Rentensch. à 4000 M.	3½	96,40 G.
à 1500 M.	3½	97,25 G.
do. à 300 M.	3½	98 G.
do. à 1500 M.	4	104,50 B
do. à 300 M.	4	—
Preuß. konsol. Anleihe	3	91 G.
do. do.	3½	101,80 b G.
do. unkündb. b. 1905	3½	101,80 b B.
Bayerische Staatsanleihe	3½	—
Schwarzb.-Rudolst. Rente	3½	—

Stadt-Anleihen.

Dresd. Stadtschuldsch. v. 1871	3½	100,20 G.
do. do. 1875	3½	100,20 G.
do. do. 1886	3½	100,20 G.
do. do. 1893	3½	100,20 G.
do. do. 1900	4	104,75 B.
Aussiger St.-A. (Kleinb.)	4	96,25 B
Bautzner Stadtanl.	3½	—
Carlsbader Stadtanleihe	4	100,75 G.
Chemnitzer Stadtanl. 1863	3½	99,90 G.
do. do. 1874	3½	99,90 G.
do. do. 1879	3½	99,90 G
do. do. 1889	3½	99,90 G.
Freiberger Stadtanleihe	3½	98 B.
do. do. 1895	3½	98 B.
Löbauer Stadtanleihe	3½	—
Meraner Stadtanleihe	4	103,50 G.
Nürnberger Stadtanl. 1896	3½	—
Plauensche Stadtanl. v. 92	4	103 G.
do. do. v. 97	4	103 G.
Reichenbacher Stadtanl.	4	103 G.
Riesaer Stadtanleihe	3½	—
do. do.	4	103 G.
Zittauer Stadtanleihe	3	88,50 B.
do. do. v. 1901	4	102,40 G.
Kreuzkirchengemeinde zu Dresden Schuldschein	4	—

Deutsche Pfand- und Hypothekenbriefe.

Allg. D. Cred.-Anst.-Pfdbr.	3½	97,50 G.
do. do.	4	102 G.
Bayer. Hyp.- u. Wechs.-Pfbr.	3½	—
Braunschw.-Hann. Pfdbr.	4	—
Kommunalb. d. Kgr. Sachsen	3½	97,75 G.
do.	4	102,75 G.
Grundrenten- u. Hyp.-Anst. Dresden Pfandbr. S. I	4	104,50 b.
Dresdn. Gr.-Rentenbr. S. I	4	—
Residenzbankbank-Obligat.	3½	97 B.
Landwirtsch. Pfandbriefe	3	89 G.
do. do.	3½	98,50 G.
do. do.	4	102,90 G.
do. Kreditbriefe	3	89 G.
do. do.	3½	98,50 G.
do. do.	4	102,75 G.
Lausitzer Pfandbriefe	3	88,50 G.
do. do.	3½	100,25 G.
Leipz. Hypth.-Bksch. Ser. C	4	—
Leipz. Hyp.-Bk. u. Anl.-Sch.	3½	94 G.
do. do. Serie VIII	4	100 G.
do. do. Serie IX	4	99,60 G.
Meining. Hyp.-Bk.-Pfbr. VI	4	100 G.
do. b. 1906 unkfd. VII	4	100,50 G.
do. do. VIII	4	100,80 G.
Mitld. Bodenkredit-Pfdbr.	3½	91 G.
do. do.	4	96,20 G.
do. unkündbar 1907 III	4	96,20 G.
do. unkündbar 1909 IV	4	97 G.
do. Grundrentenbriefe II	3½	91 G.
do. do. I	3	—
do. do. III	4	97 G.
Preuß. Zentr.-B.-K.-Pfdbr.	3½	—
do. v. J. 1890 ufd. b. 1900	4	—
do. v. J. 1899 ufd. b. 1909	4	—
do. v. J. 1901 ufd. b. 1910	4	—
do. v. J. 1896 a. u. f. 1906	3½	—
do. Kom.-Oblg. 1887/91	3½	—
do. Kom.-Oblg. v. J. 1896	3½	—
do. v. J. 1901 ufd. b. 1910	4	—
Rhein.-Westf. Bod.-Pfdbr.	4	99 G.
do. do.	3½	92 G.
S. Bdkr.-Pfdbr. ufd. 1906 I	3½	97,50 G.
do. do. ufd. 1908 II	3½	97,50 G.
do. do. ufd. 1909 III	4	102,70 G.
do. do. ufd. 1910 IV	4	101,50 b G.
do. do. ufd. 1910 V	3½	97,50 G.
Sächs. erbländ. Pfandbr.	3½	100,05 G.
do. do. Pfandbr.	3	90 G.
Südd. Bodenkr.-Pfandbr.	4	—
Dresd. Freimaurer-Inst.-Anl.	4	—
Dresdner Logenanleihe	4	—

Ausländ. Staatspapiere.

Oesterreich. Papierrente	4½	101 G.
do. Silberrente	4½	101 b. G
do. Goldrente	4	102,60 G.
do. Lose von 1860	4	—
Ungarische Goldrente	4	101 G.
4½% Ung. Staatsbahnanl.	4½	103,90 b.
Ungarische Kronenrente	4	97,90 b.
Rumän. Staatsr. v. 1889	4	—
do. do. v. 1890	4	82,40 b.
do. do. v. 1891	4	—
do. do. amortis.	5	95,75 B.

Transport-Aktien.

1 Deutsche Strßenb.	8 — 4	158,50 b.
1 Dresd. Strßb.-A.	9 — 4	177,75 b.
4 Dresdner Fuhrw.	7 1½ 4	—
1 B. E.- u. S.-Schiff.	10 — 4	140 B.
1 Kette	5½ — 4	84,50 b. G.
1 S.-B. Dampfsch.	9 — 4	—
1 Sächsische Strßb.	3 — 4	—
1 Mainkette	5 — 4	—

Bank-Aktien.

1 A. D. Cr.-A. Leipz.	9 — 4	169,50 G.
1 Berliner Bank	5 — 4	—
1 Bri. Sp.- u. Dep.-B.	0 — 4	41 G.
1 Chemn. Bankv.	6⅔ — 4	—
1 Dresdn. Creditanst.	7½ — fr.	7,50 B.
1 Dresdner Bank	8 — 4	139 G.
1 Dresd. Bankverein	8 — 4	105,25 G.
1 Leipziger Bank	9 — fr.	2 B.
1 Löbauer Bank	8 — 4	—
1 Mitteld. Bodenkred.	6½ — 4	—
1 Oberlausitz. Bank	7½ — 4	—
1 Reichsb.-Anteile	10ℳ — 4	—
1 Sächsische Bank	9 — 4	126 B.
1 Sächs. Bodenkredit	7 — 4	123,50 b B.
1 Sächs. Diskontbank	8 — 4	101 b. G.
1 Barlchnsbk. Freibg.	8 — 4	—
1 Zwickauer Bank	8 — 4	—

Papier- u. Photogr.-Artikel-Aktien.

7 Chem. Papierf.	2½ 5 4	80 G.
7 do. St.-Pr.	6 6 4	116 G.
10 Chromo, A.-G.	6 — 4	—
7 Crößuiger Papierf.	10 18 4	—
1 Dresd. Alb.-Papierf.	8 — 4	160 B.
1 D. A.-P., Genußsch. M. 68	— fr	540 G.
7 Dresdn. Papierfabr.	7 7 4	118,50 G.
1 Ermemann, Cam.-Fabr.	9 — 4	—
1 Fabr. photogr. Appar.	10 — 4	127 B.
1 F. phot. Pap. (Kurz)	10 — 4	137 G.
1 do. Genußscheine M.	8 — fr	160 B.
1 Hasser. Maschpapfr.	7 — 4	—
1 Leykam-Josephthal	3 i. D. 4	—
1 R.-Schl. D. u. Papfr.	11 — 4	—
1 Penziger Pat.-Papfr.	9 9 4	140 G.
4 Schweizer Papierfabrik	0 0 4	57 G.
1 V. Stg. Luxuspapfr.	12 — 4	121 G.
7 Thodesche Papierfbr.	0 0 4	21 G.
1 Verein. Bautzner Pfbr.	8 — 4	—
1 Ver. Fbr. phot. Pap.	15 — 4	150 G.
1 do. Genußsch. M. 47½	— fr	460 G.
11 Verein. Strohstoffbr.	6 — 4	58 b. G.
1 Weißenborn. Papfbr.	8 — 4	—
7 Zellstoff-Verein	4 0 4	80 G.
1 Altges. f. Trockplitzfbr.	10 — 4	—
1 do. Genußsch. M.	10 — fr	—
1 Trockenpl.-F. Schleuß.	10 — 4	—
1 do. Genußsch. M.	10 — fr	—

Baugesellschafts-Aktien.

1 Bank f. Grundbesitz	10 — 4	—
4 Residenz-Baubank	7 7 4	169 B.
1 Dresdner Baugef.	11 — 4	158 B.
1 Dresdn. Bg. St. Pr.	11 — 4	—

Masch.- u. Met.-Ind.-Akt.

7 Fabr. Zimmermann	10 3 4	119,75 b. G.
7 Chemn. Fbr. Vulkan	3 0 4	—
4 Chemn. Werkz.-Fabr.	12 3 4	115,50 G.
7 Masch.-Fabr. Wiede	4 0 4	—
7 Dtsch. Werkz.-Maschf.	7 0 4	75,25 G.
7 do. Genußsch. M. 21	8ss fr	260 G.
1 Dr. Gasm.-F. (Hille) A	10 — 4	111,50 G
1 „ „ Lit. B	10 — 4	111,50 G.
1 Faber u. Schleicher M.	10 — 4	—
1 Germania	7 — 4	129,25 b. G.
7 Görlitzer Maschfabr.	15 12 4	169 G.
4 Großenhain. Webstuhl	0 0 4	38,25 G.
4 Hartgw u. Kühne u. Co.	5½ 4 4	—
7 Jakobiwerk	9 0 4	97,50 b. G.
4 König Fr. Aug.-Hütte	12 8 4	130 G.
1 Leuchh., kv. à 450 M.	7 2 4	108 b. G.
7 Maschinen Golzern	7 7½ 4	130 B.
7 do. Berz.-Akt.	5 5 4	98,50 G.
7 Maschinenfbr. Kappel	17 13 4	—
10 Masch. u. Wrkz. Paschen	10 — 4	70 b. G.
1 Metallw. Luckau & Steffen	6 — 4	—
1 M.-B.-A. u. Fbr. Seck	10 8 4	148,50 G.
1 Phönixia-Werke Göbel.	0 — 4	—
10 Radebeul. Emaillirwk.	9 — 4	70 G.
7 S. Gußstahlf. Döhlen	11 5 4	136,50 G.
7 do. Genußsch. M. 18½	5 fr	148 B.
7 Masch.-F. Hartmann	9 6 4	137,25 G.
10 S. Metall. vm. Görlitz	0 — 4	—
7 Werkstuhlf. Schönherr	15 0 4	170 B.
8 Mschf. Schimmel u. Co.	5 1 4	—
7 Th. R.- u. Stahlw.-F.	8½ 8½ 4	—
1 Verein. Eschb. Werke	15 — 4	—
1 do. Genußsch. M.	50 — fr	—
11 Betschau-Weißagk Akt.	0 — 4	—
10 Waggonf. f. elektr. B.	41. D. fr.	—
7 Petzsche u. Glöckner	0 0 4	39 B.
7 Werkz.-Maschf. Union	3 0 4	—
7 Zittauer Masch.-Fbr.	12 12 4	186 G.
8 Zwickauer Masch.-F.	0 4 4	—

Elektr. Unternehm. u. Fahrrad-Fabr.-Aktien.

1 Akt.-Ges. Pöschmann	6 — 4	—
1 Bergm. u. Co. elekt. Anl.	23 — 4	—
4 Elektra Akt.-Ges.	4 3 4	48,50 G.
1 Elektrizs.-Ges. Pöge	0 — 4	68 G.
1 E.-W. (Kummer u. Co.)	0 — fr	1 G.
1 Elektr. Anl. u. Bahnen	0 — fr	0,40 G.
10 Express, Fahrradfabr.	0 — 4	—
1 Leipzig. Elektr.-Werke	5½ — 4	—
1 Mehlich, Nähmaschf.	20 — 4	200 G.
1 Seidel u. Naumann	16 — 4	193 G.
1 Seidel u. Naum. G. M.	80 — fr	764 G.
10 Corona, Fahrradfabr.	5 5 4	81 b G.
8 Dtsch. Gußstahlkgell.	0 0 4	—
10 Fahrradfbr. Schladitz	0 — 4	—
10 Ründ. Bel.-F. Herkul.	8 0 4	—
10 „Wanderer" F.-W.	6 12 4	139 B.

Brauerei- u. Malzf.-Aktien.

10 Akt.-Brauerei Fürth	8 8 4	129,25 G.
10 Balhorns Brauerei	10 10 4	147 G.
10 Bautzner Br. u. Mälz.	5½ 5 4	96 G.
10 Berl. Unionsbrauerei	5 5 4	—
1 Böhm. Brauhaus	11½ — 4	—
10 Kons. Feldschlößchen	7 1 4	110,25 b G.
1 Braunschw. Nat.-Br.	8 8 4	155,75 G.
8 Brschw. Br. Streitb.	4 5 4	—
8 Brunner (m. C. 17)	4 1½ 4	71,50 G.
10 L. Culmb. Export-Br.	30 22 4	360 G.
8 Culmb. (Rizzi)	9 0 4	—
8 do. do. B	5 0 4	—
10 Culmb. Exp.-Br. (Pelz)	15 — 4	165 B.
7 Culmb. Mälzerei	5 6 4	110 G.
10 Eberl-Faberbräu	6 6 4	—
10 Effighaus-Brauerei	4 0 4	—
8 Eßlinger Brauerei	4 0 4	—
1 Exportbrauerei Rehau	10 — 4	141 G.
10 Felsenkellerbrauerei	25 25 4	390 B.
10 do. Genußscheine M.	50 50 fr	1010 G.
10 Gambrinusbrauerei	8 6 4	115 b. G.
20 do. G.-Sch. (m. T. 9) M.	25 15 fr	—
20 Gerzer Bierbrauerei	0 0 4	—
20 Greizer Vereinsbr.	7 4 4	—
20 Hahnenbräu	5 0 4	—
20 Harburger Akt.-Br.	8½ — 4	—
20 Höcherl-Brauerei	7 5 4	78,10 G.
20 Hofbräh. Brggs.-Akt. I	10 10 4	173 G.
20 Hofbräh. Brggs.-Akt. II	10 6 4	118 b. G.
20 Kempffsche Br.-Ges.	9 8 4	128 G.
8 Kieler Brauer. z. Eiche	12 12½ 4	186 G.
10 Lichtenfels, Bayr. B.	10 10 4	—
1 Löbauer Bierbrauerei	6 — 4	—
10 Mlz. B. Schöfferh.	12½ 12 4	171 G.
8 Meißn. Felsenkeller	8 6 4	—
10 Mittelsch. Brauereiges.	3 — 4	—
10 Münchgh. Clb.-Exp.	10 — 4	203 G.
10 Nürnberg. Br. conv.	4½ 3 4	—
10 Plauenscher Lagerk.	4 3 4	103 G.
7 Reichelbr. Kulmbach	12½ 12 4	184,25 G.
10 Reisewitzer Brauerei	14 10 4	198 b.
10 do. Genußsch. M.	25 25 4	—
10 Schloßchenmnitz Br.	18 18 4	—
10 Societätsbrauerei	16⅔ 10 4	232 G.
10 Thüringer Exp.-Bier.	0 0 4	—
10 Vereln. Freiß. Br.	6 5½ 4	—
10 Vereinsbr. St.-Pr.	14 14 4	—
10 Malzfabrik König	3 0 4	—
9 Tivn. Malzf. v. Lippe	10 9 4	—
9 S. Mlzf. Plauen b. Dr.	6 0 4	—

Porzellan-, Thon- 2c. Aktien.

1 Porzellanfbr. Kahla	30 — 4	—
1 do. Heilsdorf	12 — 4	—
1 do. Genußsch. M.	17½ — fr	—
1 Ph. Rosenthal u. Co.	10 — 4	—
1 Porzellanfbr. Triptis	5 — 4	110 B.
1 D. Th. u. Chem.-Fbr.	11 — 4	—
1 Ofenbr. C. Teichert	5 — 4	87 G.
1 do. C. Teichert	15 — 4	—
1 A.-G. f. Glasfabr.	6 — 4	—
1 Glasind. Siemens	18 — 4	—
1 Sächs. Glasfabrik	18 — 4	—
1 B. Nabeb. Glasfb. B.-A.	0 — 4	—

Diverse Industrie-Aktien.

1 D.-Oest. Bergw.-Ges.	10 — 4	—
7 Hdnich. Steinfb.-B.	5 6 4	98 b. G.
7 Laurahütte	16 14 4	—
1 Allg. Ind.-Aktieng.	0 — 4	—
1 Akt.-Färb. Münchb.	8 — 4	—
1 Ch. A.-F. u. Ap.-Akt.	0 — 4	31,25 G.
1 Chemn. Akt.-Spinn.	8½ — 4	—
1 Dtsche. Jute-Spinn.	5 — 4	—
1 Gerser do. Lit. A	14 — 4	—
1 do. do. „ B	8 — 4	—
1 Kfp. Seidrig (B.-A.)	0 — 4	—
4 Meißthaler Akt.-Sp.	6 1 4	—
1 Wtzd. Jutesp. u. W.	0 — 4	—
1 Bautz. Kunstmühle	0 — 4	—
1 do. Gußsch. M.	0 — fr	—
7 Ber. Schloß- u. Neum.	9 5 4	—
4 L. M.-A.-G. (Uhlm.)	4 4 4	—
4 Tl. u. Kftm. (Mörbitz)	7½ ½ 4	80 B.
1 Dittersdf. Fb.- u. Kchf.	0 — 4	176 b. G.
2 E. Wlm.-M. (P.-St.-A.)	0 0 4	—
7 Möbstfabr. (Haas)	0 1 Kr. 4	—
1 Militärreffekt. (Thiele)	15 — 4	210 G.
1 do. Gußsch. M.	20 — fr	—
1 A. Lch Söhne	9½ — 4	—
1 Mech. Webr. (Kunz)	10 — 4	—
1 Verein. Fränk. Schuhf.	12 — 4	—
1 Europäisch. Hof (H.-G.)	4 — 4	—
1 Hotel Bellevue	3 — 4	—
1 „4 Jahreszt.", Mchn.	6 — 4	—
8 Dynamitfrsf. (Ep. 17)	10 10 4	—
1 Erzgeb. Dynamitf.	7½ — 4	—
7 Holzind. Radenau	6 2 4	—
7 Schles. Holzindustrie	9 7 4	107 G.
1 Rühmasch.-Zwirnfabr.	6 — 4	—
1 S. Mühlf. Heydenreich	7 — 4	—
1 do. B.-A.	11 — 4	150 B.
7 Cartonn.-Industrie	5 0 4	78 B
7 do. Gsch. Lit. A u. B M.	25 0 fr	300 B.
1 Chem. F. Heffenberg	9 — 4	—
1 Chem. Fabr. v. Heyden	15 — 4	140,50 G.
1 Compagnie Laterne	15 — 4	—
1 Allg. Dtsch. Cognakbr.	9 — 4	—
1 C. Caoutschouc-Co.	45 — 4	—
1 Dr. Gab.- u. Spitzenf.	12 — 4	146 G.
7 Dresd. u. Spr.-F.	11 7½ 4	148 G.
1 Kalliope-Musikwerke	8 — 4	—
1 Kunstdruck. Drescher	10 — 4	—
1 Kunstfabr. Mittw.	6⅔ — 4	—
1 do. Gsch. M.	10 — fr.	—
7 Plauener Spitzenf.	10 10 4	185 B.
8 Gardinenf. Plauen	12 6 4	181,50 G.
1 Sped. u. Speich. Riesa	7 — 4	109 G.
1 Schl. Tem. Gresch.	13 — 4	—
1 B. F. engl. Sicherhtsg.	10 — 4	—
1 Verein. Hanfschl.-F.	10 — 4	140 B.

Obligat. industr. Gesellsch.

Balhorns Brauerei	98,25 G.
Bautzner Brauerei u. Mälz.	94,50 G.
Bayerisch. Brauhaus II. Em.	—
Brauerei Feldschlößchen	98 ct. b. G.
Erste Culmbacher Exportbr.	96,25 B.
Culmb. Exp.-Brauerei Rizzi	92,50 G.
Gambrinusbr., Kal. v. 99	—
Greizer Vereinsbrauerei	—
Hahnenbräu (103 rückg.)	98,50 ct. b.
Hahnenkamm Br.-Prior.	101 G.
Hansa-Brauerei	99 G.
Hofbrauhaus	100 G.
Homb. Brauerei (105 rckg.)	95 G.
Kempff Br. Frankfurt	97,75 G.
Kieler Br. z. Eiche (105 rckg.)	—
Löbauer Brauerei	90 G.
Mainzer Br. Sch. (103 rckg.)	100 G.
Meißner Felsenkellerbr.	97,50 G.
Mittelsch. Brauereigesellsch.	—
Plauenscher Lagerkeller	100,50 G.
Schloßbrauerei Kiel	100 G.
Sor.-Brauerei Waldschlößch.	101 G.
B. Frankl Brauer. (103 rckg.)	97 G.
Dresdn. Malzfabrik (König)	93 G.
Malzfabr. Pirna (à 105 rckg.)	—
Sächs. Mlzfbr. Plauen b. Dr.	—
Aktiengesellschaft Chromo	96,50 b.
Crößuiger Papierfabrik	99 G.
Dresdner Papierfabrik	100,50 G.
P.-Pp.-F. J. Penig (106 rckg.)	—
Niederschl. Holzst.- u. Papierf.	—
Schniper Papierf. (105 rckg.)	—
Thodesche Papierfabrik	63,50 ct. b G.
Verein. Bautz. Papierfabr.	100 G.
Verein. Strohstoff-Fabriken	96,50 G.
Zellstoff-Verein. (105 rckg.)	98,50 b. G.
Weißenb. Papierfabr. v. 1899	98 B.
Bernburger Masch. (103 rckg.)	—
Ch. Wm. Schad u. Sly. (105 r.)	98 G.
D. W. v. Sanb. u. Stier v. 1885	—
do. do. 1895	—
Dresdn. Gasm.-Fabr. Hille	100 G.
Dresdn. Strickmf. (105 rckg.)	—
Elektr.-Werke vorm. H. Pöge	94,50 G.
Elektr.-Werke Betr.-Akt.-Ges.	88,75 b.
Elektr.-W. (v. O. L. Kummer)	—
do. do. (102 rckg.)	—
Frdr. Augustb. (m. 105 rckg.)	98 G.
Germania (Prioritäten)	99 G.
Göl. Mschb.-A. u. Eiseng. abg.	98,50 G.
do. do.	102,75 G.
Hartg.-M.-F. (Kühne) 105 rg.	96,50 G.
Königin Marienhütte	96,50 G.
Lauchhammer	98,50 G.
do. (103 rckg.)	103 G.
Jacobiwerk	95 G.
Radeb. Emaillierwerke	96 B.

Dresdner Börse, 30. Jan. 1902.

(Schluß.)

S. Gußstahlf. Döhlen	4	—
do. neue	4	97,75 b. G.
S. M.-F. Hartmann	4½	104,25 G.
Verein. Eschch. Werke	4½	103 B.
Wtl. Petschke u. Glöckner	4	—
A. D. Kib (m. 102 rckg.)	4½	—
Ver. Elbe- u. Saale-Sch.	4	99 G.
Deutsche Straßenbahn	4	102,50 G.
b. v. 1898 b. 1903 n. rckg.	4	102,50 G.
Dresdn. Straßenbahn	4½	104,60 b.
Tramw. Co. of Germ.	4	—
Dr. Fhrwgef. (m. 102 rg.)	4	94 G.
D.-Oe. Dch. (m. 102 rg.)	4	96 B.
Kette, Dtsch. Elbschiffgef.	4	98 B.
Sächs. B. Dampfschiff.	4½	104 B.
A. G. f. Lctn.-Jb. rg.	105	96 B.
Bank für Bauten	4½	99 G.
Bauz. Tuchf. u. Kstm.	4½	99 G.
Chem. Fabr. v. Heyden (m. 103 rückg.)	4½	101 G.
Chemn. Akt.-Spinn.	4	99,25 G.
Dtsch. Jutesp. u. Web.	4	—
D. Thr. u. C. F. (105 rg.)	4	98 B.
Dresdn. Baugef. Prior.	4	100,25 G.
Dresd. Cent.-Schlchthf. I	4	101,50 B.
do. do. II	4	101,50 B.
Dr. G. u. Sp.-W. Prior.	4	99,50 G.
Dr. Vrthhf. Bremsch	4½	104,25 B.
Ell. Jutesp. Bischweiler	4	—
Erdmannsd. Flachsgsp.	5	—
do. (rückzb. 105)	4	95 B.
F. phot. App. à 105 rckg.	4	—
H. u. Donnersmk. H.-A.	4	103 G.
Kalliope Musikwerke	5	102,25 G.
Lehmann A.-G. Flanf.	4	—
Mch. Treibr.-F. Kunz	4	—
Nd. Jutesp. (à 103 rg.)	4	—
Porzell.-Fabrik Kahla	4	99 G.
S. Holzi.-G. Rabenau	4	—
S. Mühlf. Heydenreich	4	98,50 G.
Sl. Hzi.-G. Langenöls	4½	—
Speicher. u. Spedit.	4½	100 b. G.
Fränk. Schuhfabriken	4	—
Verein. Radeb. Glasfb.	4½	—
do. do. II. Emiss.	5	—
Weißth. A.-Spinn.	4½	98,50 G.
Wurz. Teppichf. konv.	3½	—
Zeh Münsterb. (105r.)	4½	—

Die im Kursblatt den Industrieaktien vorgedruckten Ziffern bezeichnen die Abschlußmonate der betr. Unternehmung; z. B. 1 = Januar, 4 = April 2c.

Wechsel. Amsterdam pr. 100 Fl. 3 % t. S. —,—, 2 M. —,—, Brüssel, Antwerpen pr. 100 Frcs. 3 % t. S. —,—, 2 Mon. —,—,—, London pr. 1 Pfd. Sterl. 3½ % t. S. —,—, 3 Mon. —,— G. Paris pr. 100 Frcs. 3 % t. S. —,—, 2 Mon. —,—, Wienpr. 100 fl. 4 % 3 Mon. —,—, t. S. —,— G.

Sorten u. Banknoten. Oesterr. Banknoten 85,35 G., Russische Banknoten —,—, 20 Frcs. —,—.

Eisenbahnprioritäten. Russig-Teplitz 3½ % Gold 95,80 G., do. 4½ % Priorität. 95,30 b. G., Böhm. Nordb. 4 % Gold —,— G., Buschtiehrader 5 % I. bis III. Emission —,— B., steuerfreie 4 % Prioritäten von 1896 —,—.

Neueste Börsennachrichten.

Leipzig, 30. Januar. (Schlußkurse.) Staatspapiere 3 % sächsische Rente große 90,50, sächs. Staatsanleihe v. 1855 95,50, do. v. 1852—1868 große 101,20, do. v. 1869 kleine 101,20, Löbau-Zittau B 101,50, sächsische Landrentenbriefe 99,80, Dresdner 1875 100,30, Erfländer 3½ % große 100,30, Mansfelder Gewerksch. v. 1867 —,—, do. v. 1875/79 101,25, do. v. 1882 101,25, do. v. 1883 101,10, Mansfelder Kuxe 880, österreichische Bank- und Staatsnoten 85,35. Prioritäten. Leipzig-Dresden 1868 bis 1872 99,90, Russig-Teplitz. Gold 95,40, böhmische Nordbahn 1882 101,75, Buschtiehrader konv. 1896 100,15, do. konv. 1882 103,50, Dux-Bodenbach 1871 107,00, Pilsen-Priesen 98,20, Prag-Duz 1884 —,—, Buschtiehrader B —,—, Elektrische Straßenbahn 83,50. Bank- und Kreditaktien. Allg. Deutsche Kreditanstalt 169,00, Chemnitzer Bankverein 98,25, Kredit- und Sparbank —,—, Dresdner Bank 138,75, Dresdner Bankverein 105,50, Leipziger Bank 1,90, Sächsische Bank 125,75, Zwickauer Bank —,—. Industrieaktien. Germania 129,00, Golzern 129,00, Hartmann 138,50, Schönherr 167,75, Sondermann 74,50, Wiede —,—, Zimmermann 120,00, Selbig 75,00, Braunschweiger Nationalbrauerei —,—, Kette 85,00, Leipziger Elektrizitätswerke 111,50, Kunstdruckerei Drescher Nachf. —,—. Wechsel. Amsterdam kurz 168,50, London kurz 20,43, London lang 20,26, Paris kurz 81,30, Wien kurz 85,20, Wien lang 84,50.

Berlin, 30. Januar. (Vorbörse.) 12 Uhr 30 Min. Kredit 210,10, Diskont 188,40, Staatsbahn 144,00, Lombarden 20,60, Laura 199,25, Deutsche Bank 210,25, Dresdner Bank 138,75, Warschau-Wien —,—, Ostpreußen 78,75, Handelsgesellschaft 149,60, Gotthard 170,00, Mittelmeer —,—, Meridional 126,50, Gelsenkirchen 172,00, Hibernia 163,00, Harpener 165,75, Lloyd 111,90, Dynamit 169,00, Italiener 101,00, Türkenlose 108,00. Schwächer.

Berlin, 30. Januar. (Schlußkurse.) Wechsel: Amsterdam kurz 168,45, London kurz 20,43, do. lang 20,28 5, Paris kurz 81,35, Wien kurz 85,50, do. lang —,—, Italien kurz 79,60, St. Petersburg kurz —,—, 20 Frcs.-Stücke 16,24, österreich. Banknoten 85,35, russische Banknoten 216,15. — Deutsche Fonds: 3½ % Reichsanleihe 1905 102,00, 3½ % do. 102,00, 3 % do. 91,30, 3½ % Preuß. Konsols 1905 101,80, 3½ % do. 101,80, 3 % do. 91,20, Sächsische Staatsrente 90,20. Ausländische Fonds: 4 % 1897er Argentinier 64,75, 6 % Buenos-Ayres Stadtanleihe 1891 37,10, 4½ % Chinesen von 1898 89,10, 4 % Italiener 101,10, 5 % Mexikaner von 1899 98,70, 4 % österreichische Goldrente 102,70, 4½ % do. Silberrente ½ bis ½ 101,10, 4½ % Portugiesen 1888—89 41,80, 4½ % Portugiesische Tab.-Mon.-Obl. —,—, 5 % Rumänier 95,50, 4 % amortisierb. Rumänier von 1890 82,60, 4 % Russen kons. Anl. 1880 101,10, 4 % Russen 1889 25 R. —,—, 4 % russische Staatsrente 96,25, Serbische Gold-Pfandbriefe 5 % 97,25, 4 % amort. Staatsanl. von 1895 66,70, 4 % Spanier 78,30, Türkenlose 108,50, 4 % ungar. Goldrente 101,00, 4 % do. Kronenrente 97,75, 4½ % ungar. E.-B.-Anleihe 1000 103,50. Deutsche Bahnen: Aachen-Mastricht —,—, Dortmund-Gronau 161,90, Lübecker 189,00, Marienburger 65,70, Ostpreußen 79,40, Ausländische Bahnen: Buschtiehrader B —,—, Oesterr.-Ung. Staatsbahn 144,25, österreichische Elbethalbahn —,—, Südösterreichische L